

Wirtschaftspolitik:

Verlorene Jahre

Steigende Arbeitslosenzahlen,
stagnierende Durchschnittslöhne ... 30

Eine Predigt von Kaplan Franz Sieder:

Arbeitslosigkeit

Es ist möglich, dass Arbeitslosigkeit
beseitigt wird ... 38

Am Beispiel Ericsson:

So funktioniert Ausverkauf

Einst Paradebetrieb mit
1800 Beschäftigten, jetzt 120 ... 40

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

N°7-8 | Juli-August 2006 | 60. Jahrgang | € 2,- | www.arbeit-wirtschaft.at

Sozialpolitik 2000-2006:

Bilanz Arbeitsrecht

Seite 8

Sozialpolitik 2000-2006:

Bilanz Pensionen

Seite 12

Seit dem Jahr 2000:

Schleichende Pensionskürzung

Seite 16

Jeremy Rifkin:

Niemand gibt das Sozialmodell auf

Seite 22

Frische Kraft. Neue Richtung.



Seite 8

Unser **ÖGB** wird neu.

Schwerpunkt:

Sozialpolitik 2000 – 2006: Bilanz Arbeitsrecht

8 ^a

Von der »Aktion Unfairness« zu den unfairen Vertragsklauseln.

Sozialpolitik 2000 – 2006: Bilanz Pensionen

12 ^a

Frontalattacke auf den Sozialstaat – der Widerstand hat sich gelohnt.

Schleichende Pensionskürzung seit dem Jahr 2000

16 ^a

Das Sozialministerium hat zu Jahresbeginn mit der Informationsbroschüre »Die Pensionsanpassung« für Empörung gesorgt. Die Arbeiterkammer haben zahlreiche Briefe, E-Mails und Telefonanrufe erreicht, in denen diese Broschüre von den von den Pensionsanpassungen der letzten Jahre betroffenen Pensionisten als Provokation bezeichnet wird.

Hintergrund:

Interview: Niemand gibt das Sozialmodell auf

22 ^a

Das europäische Sozialmodell steht unter Beschuss der neoliberalen Globalisierer. Der amerikanische Sozialaktivist, Ökonom und Bestsellerautor Jeremy Rifkin sieht Europa jedoch langfristig im Vorteil gegenüber den USA und behauptet, der europäische Traum werde weltweit langsam aber sicher den »American Dream« ablösen.

Diskussion: Verlorene Jahre

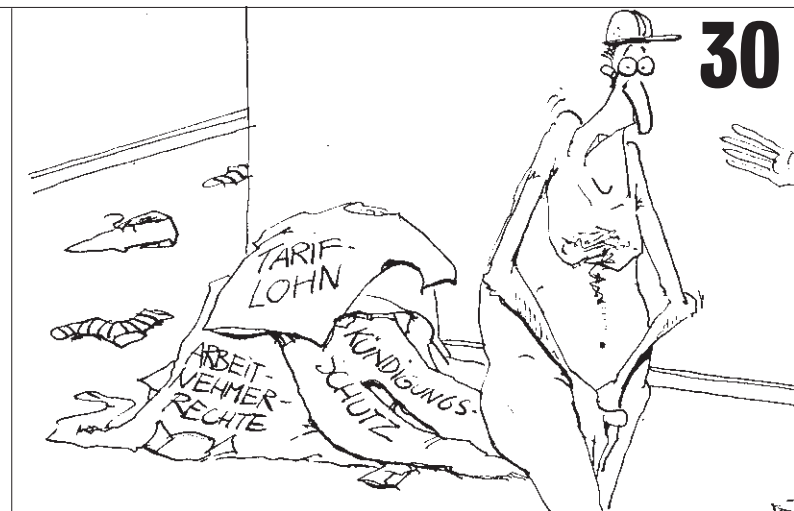
30

Sechs Jahre tief schwarze Wirtschaftspolitik haben deutliche Spuren hinterlassen: Steigende Arbeitslosenzahlen, stagnierende Durchschnittslöhne und –gehälter, eine deutliche Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Lobbyinggrauzone?

34

Europäische Transparenz-Initiative: Die Europäische Kommission will mit einem neuen Grünbuch eine Debatte über Lobbying in Brüssel lancieren und im schwer durchschaubaren Geschäft der politischen Einflussnahme neue Regeln für LobbyistInnen aufstellen – allerdings nur auf freiwilliger Basis.



Meinung

- @ 27** | Interview: Verlust von zwei Millionen Arbeitsplätzen
- @ 38** | Predigt: Arbeitslosigkeit
- @ 40** | Interview: So funktioniert Ausverkauf

Aus Arbeiterkammern&Gewerkschaften

- 6** | AK Vorarlberg: Neuer Präsident
- 6** | Baustoffe: Preisunterschiede bis zu 103 Prozent
- 37** | Gesundheit: Gleiches Recht auf Förderung
- 37** | Internet-Verdienstangebote: Nicht alles nett im Internet
- 37** | Gewerkschaftsreform: Dialog mit BetriebsrätInnen

Wirtschaft&Arbeitsmarkt

- 33** | Verbraucherpreise

Gesellschaftspolitik

- 28** | ÖIAG: Seltsame Sitten

Internationales

- 26** | Andenländer: Freihandel gegen Arbeitsplätze

Kultur Bildung Medien

- 42** | Schöne neue Kleinbetriebswelt

Bücher

- 36** | José Saramago: Die Stadt der Sehenden
- 36** | Batya Gur: Und Feuer fiel vom Himmel
- 44** | Detlef Horster: Sozialphilosophie



So gekennzeichnete Beiträge sind im Internet abrufbar, man kann sie von dort zur Vervielfältigung ausdrucken oder an Interessierte versenden
www.arbeit-wirtschaft.at

Letzte Meldungen: Wasser und Mitgliederbefragung

Die Transparenz des Wassers und seine Symbolkraft als Mittel zur Reinigung wurden als Zeichen für die Erneuerung des ÖGB gewählt. Anfang September werden über die »Solidarität«, die Mitgliederzeitschrift des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Fragebögen und Rücksendekuverts an die Mitglieder verteilt. Ab 4. September kann jeder über die »Reformhomepage« www.oegbreform.at an der Befragung

teilnehmen. Alle Fragebögen, die bis einschließlich 18. Oktober im ÖGB eintreffen, werden ausgewertet. Wer kein Internet hat oder zur Mitgliederbefragung Auskünfte möchte, kann sich ab 4. September unter der kostenlosen Rufnummer **0800/57 77 44** informieren. Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung wie auch die Ergebnisse der geplanten Regionalkonferenzen (siehe Seite 7 dieses Heftes) werden

in den Reformprozess einfließen. Bei den erwarteten Rückmeldungen hat man sich das quantitative Ziel von 250.000 Rückmeldungen gestellt. Die Letztentscheidung über die Umsetzung der Ergebnisse der Befragung obliegt dem ÖGB-Bundeskongress im Jänner nächsten Jahres. Das Reform-Leitungsgremium wird sich aber schon vorab damit beschäftigen, um für den Kongress Anträge zu formulieren.



Wasser von der Quelle.



Wasser ist Energie.



Wasser ist Transparenz.



Wasser ist Erneuerung.



Wasser ist Reinigung.



Wasser ist Bewegung.

Frische Kraft. Neue Richtung.



Frische Kraft. Neue Richtung.



Unsere Arbeitswelt ohne Gewerkschaft
wäre wie Österreich ohne Wasser.

Unser **OGB** wird neu.

IMPRESSUM

Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:

Hohenstaufengasse 10, 1011 Wien,
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,
Siegfried Sorz (Chefredakteur): Klappe 304,
Sekretariat: Sonja Adler, Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

E-Mail: aw@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154-156,
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Arthur Ficzkó (Vorsitz), Annemarie Kramser (Stellvertretender Vorsitz), Thomas Angerer, Günther Chaloupek, Ortrun Gauper, Karl Kollmann, Georg Kovarik, Sabine Letz, Fritz Luger, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Alexander Schneider, Siegfried Sorz, Stefan Stöger, Erik Türk

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:

Siegfried Sorz (Chefredakteur), Sepp Bacher, Kai Biehl, Martin Bolkovac, Frank Brassel, Astrid Fadler, Barbara Lavaud, Wilfried Leisch, Martin Margulies, Gabriele Müller, Wolfgang Panhölzl, Thomas Plaßmann, Reinhold Russinger, Franz Sieder, Robert Streibel, Tansel Terzioglu, Erik Türk, Herbert Wabnegg, Sepp Wöss

Gestaltung:

Medienservice, Stephanie Guberner (Artdirector);
Dietmar Kreuzberger (Grafik & Layout), Thomas Reimer (Fotoredaktion, ÖGB-Archiv)

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20-22, und Österreichischer
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Hohenstaufeng. 10-12

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154-156,
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller:

Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,
Altmannsdorfer Straße 154-156,
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor trägt die Verantwortung für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Leserschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

AK Vorarlberg:

Neuer Präsident

Der neu gewählten Präsidenten der AK Vorarlberg, Hubert Hämmerle, will die Themen Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Integration und Arbeitsmarkt vorrangig anpacken.

Hubert Hämmerle folgt Josef Fink nach, der fast 20 Jahre Präsident der Vorarlberger Arbeiterkammer war. Unter seiner Präsidentschaft verstand sich die gesetzliche Vertretung der ArbeitnehmerInnen immer als kompetenter Partner.

Außerdem konnte sich die AK Vorarlberg als Vorreiter und Ideenlieferant bei etlichen sozialpolitischen Themen platzieren. Dazu zählen für Josef Fink die Pensionsharmonisierung, die AK-Weiterbildungspolitik und vor allem die »Abfertigung Neu«, die von Vorarlberg initiiert letztlich auf Bundesebene umgesetzt wurde. Dem neuen AK-Präsidenten Hubert Hämmerle ist »die Vereinbarkeit von Beruf und Familie extrem wichtig.

Frauen müssen die Möglichkeit haben, sich frei entscheiden zu können ob sie sich im Berufbeweisen möchten oder ihre zentrale Rolle als Hausfrau und Mutter sehen«.

Auch hat in seinen Augen »eine entsolidarisierte Gesellschaft keine Zukunft: »Wie viel mit Solidarität erreicht werden kann, hat uns zuletzt die geplante Dienstleistungsrichtlinie der EU mehr als deutlich vor Augen geführt.

Der Vorschlag der EU-Kommission wurde erst entscheidend abgeändert, nachdem Zehntausende Arbeitnehmervertreter in Brüssel und Straßburg ihren Unmut gegen den Entwurf zum Ausdruck gebracht hatten«.

W. L.

Baustoffe:

Preisunterschiede bis zu 103 Prozent

Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Erhebung der AK-Konsumentenschützer bei der Analyse von Baustoffen in Baumarkt-Ketten in Niederösterreich. Tipp: Preise vergleichen!

Reißend Absatz finden derzeit Grundbaustoffe wie Sand, Kalk, Kies, Mauermörtel usw. Die AK NÖ wollte deshalb wissen, wie es um die Preisgestaltung steht und erhob in 35 Filialen von großen Baumarkt-Ketten in Niederösterreich und zum Vergleich auch stichprobenartig bei fünf regionalen Baustoffhändlern bzw. Baumeistern die Preise. Einige Beispiele: 60 Liter Baumit Spezi Kalk CL 90-S kosten bei den Ketten zwischen 4,69 und 9,50 Euro. Preisdifferenz: fast 103 Prozent. Beim regionalen Händler zahlt man dafür zwischen 6,20 und 9,25 Euro. Oder: 40 Kilo Baumit Trockenbeton bekommt man in den Baumarktketten um 3,94 bis 7,44 Euro. Preisunterschied: ca.

89 Prozent. Regionale Händler verlangen dafür 5,47 bis 5,76 Euro. Bei der Rückgabe von leeren Gebinden verlangen immerhin sechs Baumarkt-Filialen 20 Prozent und ein Händler 15 Prozent vom Kaufpreis als Gebühr. Für Zustellung und Paletteneinsatz wird nach den Recherchen der AK eine Pauschale von 18 bis 54 Euro berechnet. Preisunterschied: 200 Prozent. Die Händler verlangen zwischen 7,85 und 15 Euro (91 Prozent Preisdifferenz). Fazit der AK-Erhebung: Preise vergleichen! Regionale Händler sind durchaus konkurrenzfähig! Detaillierte Ergebnisse der Erhebung sind im Internet unter noe.arbeiterkammer.at abrufbar.

W. L.

Frische Kraft. Neue Richtung

So lautet der neue ÖGB-Slogan. Symbol dazu ist ein Glas frisches Wasser, das Aufbruch, Frische und Transparenz symbolisieren soll. ÖGB-Reformprozess – Eckpunkte und Umfrage:

»Unser Ziel ist eine echte Erneuerung des ÖGB, wir wollen eine der modernsten Gewerkschaftsbewegungen Europas werden«, so ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer bei der Präsentation der Eckpunkte zum gestarteten Reformprozess mit VertreterInnen der Teilprojekte sowie einer IFES-Umfrage. »Eine Erneuerung von innen und außen«, so der ÖGB-Präsident, sei nötig, um die Veränderungen in der Arbeitswelt entsprechen und in Zukunft bestimmte Gruppen wie zum Beispiel atypisch Beschäftigte besser ansprechen und vertreten zu können. Dazu wurden **sechs Teilprojektgruppen, eine Steuerungsgruppe**, die das Projekt Verwaltung neu umsetzen soll und ein **Projektleitungsausschuss**, dem auch die Themen Finanzen und gewerkschaftspolitische Inhalte und Kongresse zugeordnet ist, ins Leben gerufen.

Neue Glaubwürdigkeit

Erich Gumpelmaier, Landessekretär des ÖGB Oberösterreich, der das **Teilprojekt »Neue Glaubwürdigkeit«** (Themen: Vertrauen, Ethik, Transparenz, Kontrolle, Überparteilichkeit, Einkommen und Funktion) leitet: »Unsere Mitglieder brauchen einen nachhaltigen Nachweis, dass derartige Vorgänge im ÖGB nicht mehr passieren können.« Dazu seien eine neue politische Kultur sowie Richtlinien für die Kontrolle und für künftige Personalentscheidungen erforderlich. Weil wir »verschiedene Gruppen, wie zum Beispiel die Frauen, mit den herkömmlichen Mitteln nicht so ansprechen können wie wir das gerne hätten«, wollen wir »die verschiedenen Zielgruppen verstärkt in ihrer Vielfältigkeit ansprechen und vertreten«, skizziert Renate Lehner, Zentralsekretärin der Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst (HGPD) und Leiterin des **Teilprojekts »Zielgruppen«** (Themen: Jugend, Frauen, PensionistInnen, Behinderte, Atypische, Arbeitslose, MigrantInnen, nicht-organisierte Betriebe, Initiativen), ihre Reformideen. Zu diesen neuen Zielgrup-

pen zählt sie u. a. MigrantInnen der zweiten Generation, atypisch Beschäftigte, junge EinsteigerInnen ins Berufsleben und gut qualifizierte Frauen, die Beruf und Familie vereinbaren wollen. »Als Kernstück der Gewerkschaftsbewegung«, das erneuert und erweitert gehört, sieht Markus Wieser, Landessekretär der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung in Niederösterreich und Leiter des **Teilprojektes »Organisation«** (Themen: Betreuung, internationale Arbeit, Grundsatzausschüsse, Mitgliederwerbung-Werbemethoden, Gremien), »die regionale, flächendeckende Betreuung der Betriebe.« Dabei gehe es ebenso um die moderne Ausgestaltung des Leistungsangebotes für BelegschaftsvertreterInnen als auch um die effiziente Aufgabenverteilung zwischen ÖGB und Gewerkschaften. In der **Teilgruppe »Kommunikation«** werden Vorschläge zu Öffentlichkeitsarbeit und Krisenmanagement, BetriebsrätInnenbetreuung, ArbeitnehmerInneneinbeziehung, Servicecenter, Marketing, Kampagnen und Mitgliederbindung erarbeitet, weiß Josefine Rasztovits, ÖGB-Bezirkssekretärin in Mattersburg und Oberpullendorf. Mit der **»Neuorganisation der Verwaltung«** (Themen: Buchhaltung, Mitgliederevidenz, EDV, Beitrag & Leistung, Serviceangebot und Beitragswahrheit/Einhebung) befasst sich Thomas Maurer-Mühlleitner, Referatsleiter im ÖGB, im Umsetzungsprojekt aus der Steuerungsgruppe. Im Teilprojekt **»Mitsprache und Mitbestimmung«** (Themen: BetriebsrätInnen- und Mitgliedermitbestimmung, Fraktionen, Verhältnis zu politischen Parteien, parteiunabhängige FunktionärInnen) werden bisherige und künftige neue Formen der Einbindung in die Gewerkschaft analysiert, erläutert Sandra Steiner, Genderbeauftragte der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA).

Ein Glas klares, frisches Wasser ist das neue Logo des ÖGB. Ist das Glas halbvoll, oder halbleer? Bei der zum Start des ÖGB-Reformprozesses präsentierten IFES-Umfrage zeigen sich Möglichkeiten

und Abgleitflächen. Für ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer ist klar: »Österreich ohne Wasser wäre wie die Arbeitswelt ohne Gewerkschaft.« Tatsächlich sehen das trotz des BAWAG-Skandals sowohl die Gesamtbevölkerung als auch – stärker – die Gewerkschaftsmitglieder so. Rund vier Fünftel aller Befragten meinen, dass Gewerkschaften wichtiger denn je sind, es ohne ihnen den ArbeitnehmerInnen wesentlich schlechter gehen würde und Gewerkschaften zur Aufrechterhaltung des gesamtgesellschaftlichen Gleichgewichtes gebraucht werden. Derzeit haben nur rund 30 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder weiterhin Vertrauen in ihre Interessenvertretung. 70 Prozent der Mitglieder erwarten sich ein kämpferisches Auftreten gegenüber den Arbeitgeberverbänden. Weitere Details: Für 92 bzw. 79 Prozent der Mitglieder bzw. der Bevölkerung ist der ÖGB wichtig, für 81 (61) sachkundig, 65 (51) demokratisch, 64 (49) neuerungswillig, 58(40) verantwortungsbewusst, 51 (32) glaubwürdig, 49 (37) basisnah, 42(33) modern, 21 (19) politisch unabhängig. 83 Prozent der Mitglieder und 71 Prozent der Nichtmitglieder sind davon überzeugt, dass der ÖGB seine Krise über kurz oder lang überwinden und an früheren Erfolgen anknüpfen können wird.

Einmalige Chance im Leben

Die Eckpunkte des Reformprozesses sollen bis zum ÖGB-Bundeskongress Ende Jänner 2007 stehen. ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer spricht an alle Interessierten die Einladung aus: »Alle, die davon überzeugt sind, dass es auch in Zukunft eine schlagkräftige Gewerkschaftsbewegung geben muss, werden Möglichkeiten bekommen, mitzuwirken. Ich hoffe, dass sich sehr viele Interessierte beteiligen werden und fordere bereits jetzt alle auf, sich aktiv in den Reformprozess einzubringen. Denn man hat wohl nur einmal im Leben die Chance seine Gewerkschaft von Grund auf mitzugestalten.«

Wilfried Leisch

Sozialpolitik 2000–2006: Bilanz Arbeitsrecht

Von der »Aktion Unfairness« zu den unfairen Vertragsklauseln

Autor: Josef Wöss

*Leiter der Abteilung Sozialpolitik
der AK Wien*

Als noch offene »Hinterlassenschaften« der großen Koalition lagen zu Beginn der schwarz-blauen Koalition zwei große Reformpakete auf dem Tisch: die Aktion Fairness und die Reform der Abfertigung. Erstere wurde von der neuen Regierung im Handumdrehen zu einer Aktion »Unfairness« umfunktioniert. Bei der Abfertigungsreform, die ein Jahr später gestartet wurde, wurden wegen regierungsin-
terner Meinungsunterschiede die Sozialpartner eingeschaltet, was sich wohltuend bemerkbar machte. Wesentliche Rechtsänderungen gab es auch bei der Alterszeit, zuerst wurde der Zugang weit geöffnet, später wieder zugekehrt.

Unfaire Vertragsklauseln

Weitere Stationen waren die Einführung der Familienhospizkarenz und der Elternzeit. Bei der Arbeitszeit gab es immer wieder Vorstöße zu einer weiteren »Liberalisierung«, die von der Regierung geplante Kompetenz-Verlagerung von den Kollektivverträgen auf die Betriebsebene konnte bisher aber verhindert werden.

Beim Großprojekt »Bundesmitarbeitersgesetz« blieb es im Wesentlichen bei der Annullierung. Zuletzt wurde dann noch eine enttäuschende Rechtsänderung zu unfairen Klauseln in Arbeitsverträgen im Parlament beschlossen. Der Bogen

spannt sich damit von der Aktion Unfairness Anfang 2000 bis zur verunglückten Reform zu unfairen Vertragsklauseln Anfang 2006.

Aktion Unfairness

■ Umverteilungsaktion hin zu den Arbeitgebern:

Zu einem Lehrbeispiel an politischer Schönfärberei wurde die gleich im Frühjahr 2000 in Angriff genommene Behandlung der Aktion Fairness. Das Forderungspaket des ÖGB nach Beseitigung der Benachteiligungen der Arbeiter wurde von der Regierung filetiert und nur ein einziger Punkt herausgenommen. Eine Gleichstellung erfolgte nur bei den Fristen zur Entgeltfortzahlung bei Krankheit. Gleichzeitig wurde ein anderer Anspruch, der Urlaubsanspruch bei Beendigung, massiv zurückgeschraubt. Die »generelle Urlaubsaliquotierung« spart den Arbeitgebern bei Kündigungen viel mehr Geld, als ihnen die längere Entgeltfortzahlung bei Arbeitern kostet. Zahler sind sowohl die Arbeiter als auch die Angestellten.

In Summe brachte das »Arbeitsrechtspaket 2000« eine Umverteilung von gut 200 Millionen Euro von den Arbeitnehmern zu den Arbeitgebern. Aber nicht nur das. Ohne jede Vordiskussion wurde in diesem Paket auch noch der seit Jahrzehnten bestehende Entgeltfortzahlungsfonds abgeschafft. Grundlage war ein Abänderungsantrag, der im Parlament eingebracht und umgehend beschlossen wurde. Die Leidtragenden sind vor allem chronisch kranke Arbeiter, die es nun noch schwerer haben, ihren Arbeitsplatz

zu halten oder einen neuen zu finden. In der Beratungspraxis tauchen aber auch immer häufiger Fälle der Kündigung selbst nach kurzen Krankenständen auf. Mit der fast zeitgleich erfolgten ersatzlosen Streichung des Hausbesorgergesetzes wurde dann noch eins draufgesetzt.

Die dramatische Schiefelage zu Lasten der Arbeitnehmer hinderte die Regierung nicht daran, auf Plakatwänden und in Hochglanzbroschüren das Ganze als »Umsetzung der Aktion Fairness« zu präsentieren. Richtiger war eine von ÖGB und AK gewählte Bezeichnung: Aktion Unfairness.

Abfertigung

■ Erst die Sozialpartner-Einigung brachte die Abfertigung »für alle«:

Forderungen nach einer Reform der Abfertigung wurden schon in den 90er-Jahren immer wieder erhoben. Hauptkritikpunkt am alten Recht war, dass es wohl mitunter relativ hohe Abfertigungsansprüche bringt, sehr viele aber leer ausgehen. Mit der steigenden Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt wurde dieses Problem immer deutlicher.

Vom ÖGB gab es vor allem zwei zentrale Forderungen:

■ Wegfall der Drei-Jahres-Frist für den Erwerb von Anwartschaften.

■ Schutz erworbener Anwartschaften bei Selbstkündigung.

Bald zeigte sich, dass eine Umsetzung dieser Forderungen nur bei Auslagerung

der Ansprüche aus den Betrieben realisierbar war. Im Februar 1999 wurden sowohl von der SPÖ als auch von der ÖVP Entschließungsanträge im Parlament eingebracht. Zur Vorbereitung der Reform wurde dann im Sozialministerium eine umfangreiche Studie erarbeitet.

Die schwarz-blaue Regierung hat das Thema in ihr erstes Regierungsprogramm aufgenommen. Es heißt dort, die Beitragszahlung solle grundsätzlich nach Ablauf eines Dienstjahres beginnen und nach 25 Beitragsjahren enden. Die Höhe des Beitragssatzes wurde offen gehalten. Bemerkenswert ist, dass die Beitragszahlungen zur neuen Abfertigung im Regierungsprogramm als »Beitrag zur Pensionsversicherung« titulierte wurden.

■ Luft ausgegangen

Als dann die Regierung Anfang 2001 die Reform konkret in Angriff nehmen woll-

te, wurden rasch erhebliche Differenzen innerhalb der Regierungsparteien sichtbar. Der »Speed Kills«-Politik des ersten Jahres war inzwischen die Luft ausgegangen.

Ziemlich überraschend wurde die Großbaustelle »Abfertigungsreform« dann von der Regierung an die Sozialpartner abgetreten. Sie wurden ersucht, einen gemeinsamen Reformvorschlag vorzulegen. Vielleicht war das als Falle gedacht, um bei einer Nicht-Einigung die Sozialpartner weiter aus dem politischen Geschehen zurückdrängen zu können.

Es kam aber anders. Die Sozialpartner legten einen gemeinsam erarbeiteten Reformvorschlag vor und gaben damit ein kräftiges Lebenszeichen. Die Sozialpartner-Einigung vom Oktober 2001 bildete in weiterer Folge die Grundlage für die Erarbeitung des neuen Gesetzestextes.

Besonders wichtig ist, dass auf Sozialpartner-Ebene eine Einigung auf eine sehr rasche Aufnahme der Beitragszahlungen erzielt werden konnte. Diese sollte nicht wie von der Regierung geplant, erst nach einem Jahr, sondern spätestens nach Ablauf eines Beschäftigungsmonats erfolgen und auch nicht nach 25 Beitragsjahren wieder enden. Anders als nach dem Regierungskonzept wurde damit tatsächlich der Aufbau von Abfertigungsansprüchen »für alle« erreicht. Vereinbart wurde auch der Schutz erworbener Ansprüche bei Selbstkündigung. Der Beitragssatz wurde mit 1,53% festgelegt. Mit diesem Wert sollte im Laufe eines durchschnittlichen Erwerbslebens ein Jahresentgelt an Abfertigung erreicht werden.

Die zwischenzeitlich gesammelten Erfahrungen mit dem am 1. 1. 2003 in Kraft getretenen neuen Abfertigungsrecht zeigen, dass die Ausweitung des Anwart-



schaftserwerbs auf alle Arbeitnehmer voll gelungen ist. Aktuell werden von den Kassen 1,9 Millionen Anwartschaften verwaltet.

Altersteilzeit 2003

■ Die zuerst großzügige Öffnung wurde abgedreht:

Begleitend zur Pensionsreform 2000 wurde die bereits 1999 eingeführte Altersteilzeit weit geöffnet. Die Bindung der öffentlichen Förderung an die Einstellung von Ersatzkräften wurde gestrichen, das Blocken der Arbeitszeit uneingeschränkt zugelassen.

Wie zu erwarten wurde das neue Recht – nicht zuletzt um der kurzfristigen Anhebung des Pensionsalters um 1,5 Jahre zu entgehen – massiv in Anspruch genommen. 2004 waren 40.000 ältere Arbeitnehmer in Altersteilzeit. Aus dem AMS-Budget wurden 560 Millionen Euro an Förderung bezahlt, das waren 16,5 Prozent der Gesamtausgaben.

Bereits 2003 hatte die Regierung einen kräftigen Schwenk nach rückwärts gemacht, der Zugang wurde wesentlich erschwert. Eine wahrlich abenteuerliche Politik auf dem Rücken der Arbeitnehmer wenn man bedenkt, dass gleichzeitig mit der Pensionsreform 2003 das Pensionsalter innerhalb von fünf Jahren um weitere 3,5 Jahre nach oben gesetzt werden sollte. Ohne die Widerstandsaktionen der Gewerkschaften hätte das für Zigtausende geheißen: Altersarbeitslosigkeit statt Altersteilzeit.

Familienhospizkarenz

Am 19. September 2002 hat Kanzler Schüssel im Parlament Bilanz gezogen über die ersten Jahre der schwarz-blauen Regierung. Besonders hervorgehoben hat er in seiner Rede das »Jahrhundertprojekt der Familienhospizkarenz«. Ein ziemlich eigenartig anmutende Klassifizierung wenn man bedenkt, dass das neue Recht pro Jahr nur etwa 400 bis 500 Personen in Anspruch nehmen.

An sich ist die Einführung der Familienhospizkarenz zweifellos ein Fortschritt. Hierdurch wurde die Möglichkeit zur befristeten Herabsetzung der Arbeitszeit bzw. zur gänzlichen Freistellung von der Arbeit zum Zweck der Sterbebeglei-

tung eines nahen Angehörigen geschaffen.

Das neue Recht hat allerdings einen ganz zentralen Haken. Finanzielle Hilfe zur Überbrückung des Einkommensverlusts gibt es nur über einen sehr restriktiv gefassten Härteausgleich.

Elternteilzeit

■ Das neues Gesetz schafft zwei Klassen von Eltern:

Der Rechtsanspruch auf Elternteilzeit wurde vom ÖGB seit langem gefordert. 2003 wurde dann eine Regelung im Parlament beschlossen. Das neue Recht ist ein Schritt in die richtige Richtung, fiel aber letztlich um einiges zu zaghaft aus.

Ein durchsetzbarer Anspruch auf Änderung von Ausmaß und/oder Lage der Arbeitszeit kommt de facto nur Eltern zugute, die in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitnehmern arbeiten. Darüber hinaus wird verlangt, dass sie bereits mehr als drei Jahre dort beschäftigt sind. Wie die Beratungspraxis zeigt, türmen sich aber selbst bei Erfüllung dieser Voraussetzungen für viele Eltern unüberwindbare Hürden auf.

Eltern, die in Kleinbetrieben oder erst kürzer als drei Jahre im Betrieb arbeiten, sind von vornherein um einiges schlechter gestellt. Eine Rechtsdurchsetzung gegen den Willen des Arbeitgebers ist für sie fast unmöglich.

Die neue Elternteilzeit mit ihren zwei Klassen von Eltern und den massiven Schwierigkeiten bei der Rechtsdurchsetzung ist damit als Puzzlestein auf dem Weg zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie leider nur eine halbe Sache.

Arbeitszeit

■ Die Flexibilisierung als verdeckte Lohnkürzung:

Bei der Arbeitszeit setzte die schwarz-blaue Regierung von Beginn an auf weitere Flexibilisierung, ganz im Sinne der Forderungen der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer. Primäres Ziel der Wirtschaft ist es, Überstundenzuschläge einzusparen und die zu zahlenden Arbeitsstunden zu reduzieren. Am leichtesten erreichbar ist das über den Weg der »Flexibilisierung«. Dass in

Österreich ohnehin sehr flexibel gearbeitet wird, wird dabei geflissentlich übergangen. Seit 1997 räumt das Arbeitszeitgesetz den Kollektivverträgen erhebliche Gestaltungsspielräume ein, die in den meisten Fällen bereits genutzt werden.

Vor allem von Minister Bartenstein wurden in den letzten Jahren unter dem Schlagwort »Flexibilisierung« immer wieder Anläufe zu einem Abbau der gesetzlichen Schutznormen gemacht.

Vor allem wurde verlangt, die Verhandlungskompetenz von den Kollektivverträgen auf die Betriebsebene zu verlagern, wo es bekanntermaßen ein klares Machtübergewicht der Arbeitgeber gibt. Bisher konnte das verhindert werden. Geholfen hat dabei, dass die Regierung nach den Auseinandersetzungen um die Pensionsreform 2003 keinen neuerlichen Frontalkonflikt mit den Gewerkschaften riskieren wollte.

Optingout

In letzter Zeit war das Augenmerk vor allem auf die Novellierung der EU-Arbeitszeit-Richtlinie gerichtet. In dieser Richtlinie sind vor allem Höchstgrenzen der Wochenarbeitszeit geregelt. Relativiert wird die Bedeutung dieser Regelung durch die Möglichkeit zum »Opting-out«. Bei der Novellierungs-Diskussion geht es fürs erste darum, in der Richtlinie erstmals auch Zeiten der Arbeitsbereitschaft gezielt anzusprechen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Schicksal der Opting-out Regelung. Neben den Gewerkschaften fordern auch etliche Staaten und das EU-Parlament die Streichung dieser Regelung. In Diskussion ist aber auch der Vorschlag, den »Durchrechnungszeitraum« bei der Höchstgrenze der Wochenarbeitszeit ohne Zustimmung der Gewerkschaften von derzeit vier Monaten auf ein Jahr auszudehnen.

Die österreichische Bundesregierung nahm in all diesen Punkten eine sehr verständnisvolle Haltung gegenüber den Flexibilisierungs-Hardlinern in Großbritannien und in anderen EU-Staaten ein, die eine Beibehaltung des »Opting-out« und die Ausschaltung der Gewerkschaften bei der Durchrechnung fordern. Europäische Mindeststandards zum Schutz gegen Sozialdumping waren für die österreichische Bundesregierung offenbar kein vordringliches Anliegen.

Bundesmitarbeitergesetz

■ Es blieb bei der Ankündigung:

Groß angekündigt wurde von der Regierung die Schaffung eines neuen »Bundesmitarbeitergesetzes«. Die Behandlung dieses Vorhabens spricht für sich: Erst zu einem Zeitpunkt, als klar war, dass sich innerhalb der Legislaturperiode eine seriöse Behandlung nicht mehr ausgehen kann, wurde ein Entwurf vorgelegt. Zu hoffen ist, dass in der kommenden Gesetzgebungsperiode das Thema mit mehr Sorgfalt abgehandelt wird.

Vertragsklauseln

■ Eine Eingrenzung unfairer Klauseln schaut anders aus:

Unfaire Vertragsklauseln wurden in den letzten Jahren mehr und mehr zu einem Massenphänomen. Gängige Praxis sind vor allem Versetzungsklauseln (Arbeitsort, Tätigkeit), All-inclusive-Klauseln, Konkurrenzklauseln, Klauseln über die

Rückerstattung von Ausbildungskosten und Verfallsklauseln.

Erst als die AK- und ÖGB-Forderungen nach rechtlichen Schranken für derartige Klauseln auch von den Medien aufgegriffen wurden, sah sich die Regierung zum Handeln veranlasst. Leider in einer sehr verunglückten Art und Weise. Abgeordnete der Regierungsparteien brachten ohne jede Begutachtung einen Initiativantrag im Parlament ein. Wie zu befürchten war, war der Inhalt der Gesetzesvorlage mehr als dürftig.

■ Beharrungsbeschluss

Die Kritik von ÖGB und AK an dieser Gesetzesvorlage wurde weitgehend übergangen, ebenso der spätere Einspruch des Bundesrates. Im Jänner 2006 wurde die Vertragsklausel-Reform von den Regierungsparteien mit einem »Beharrungsbeschluss« im Nationalrat abgesegnet.

Das neue Recht bezieht sich nur auf zwei Arten von Vertragsklauseln: auf Konkurrenzklauseln und auf Klauseln zur Rückzahlung von Ausbildungskosten. Bei

den Konkurrenzklauseln gibt es zumindest eine Verbesserung gegenüber der alten Rechtslage: Sie sind nunmehr bis zu einer Einkommenshöhe von 2.125 Euro pro Monat unwirksam.

Dieser Wert wurde allerdings auch erst nach massiver Kritik durch AK und ÖGB zugestanden, anfangs nannte die Regierung die Geringfügigkeitsgrenze als Limit. Bei den Ausbildungskosten-Klauseln bedeutet das neue Recht zum Teil sogar ein Zurückgehen hinter die bisherige Judikatur.

So wurde die Rückerstattungsfrist im neuen Recht grundsätzlich mit fünf Jahren festgelegt, wogegen in der Rechtsprechung bisher zumeist drei Jahre als Grenze genannt wurden.

Wer einen neuen Arbeitsvertrag abschließt, muss damit auch in Zukunft mit unfairen Vertragsklauseln rechnen, gegen die er sich kaum zur Wehr setzen kann, wenn er seine Chance auf den Arbeitsplatz nicht riskieren will.

Eine seriöse, an den Problemen der Menschen orientierte Arbeitsrechtspolitik muss anders aussehen.

Fachbuchhandlung
für Arbeit und Recht



**So kommen Sie
zu Ihrem Recht**
Umfangreiches Sortiment
und bester Service

- Vertrieb der Publikationen des ÖGB-Verlags
- Umfangreiches Buchsortiment zum Thema Arbeit und Recht
- Besorgungsgeschäft
- Außendienst-Kundenbetreuung

Unser thematischer Fokus
ArbeitnehmerInnen-interessens-
orientierte Fachliteratur

- Arbeitsrecht
- Sozialrecht
- Konsumentenschutz
- Geschichte – Österreich
- Politik
- Soziologie
- Wirtschaft
 - Globalisierung
 - Management
 - Büroorganisation
 - Berufsalltag



Unsere Öffnungszeiten:
Mo-Do 9-18 Uhr, Fr 9-15 Uhr

ÖGB VERLAG



**Mythos Rotes Antiquariat
aus Berlin**

... denn das Linke liegt so nah

Man muss nicht mehr nach Berlin reisen. Zumindest nicht, um die legendären Werke des Roten Antiquariats zu erwerben.

Gesammelte Werke und Prunkausgaben aus dem „Roten Antiquariat“ – die Standardwerke der Arbeiterbewegung, Marx, Engels & Co wurden vom Team der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags nach Wien geholt. Soeben ist eine neue Lieferung von 2.000 Exemplaren eingetroffen.

Schauen Sie einfach in der Wipplingerstraße 37 vorbei!

GARANTIERT GUT INFORMIERT
www.oegbverlag.at

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Buch-Media-Service
Wipplingerstraße 37, A-1010 Wien

Telefon: 01/534 44/132, Fax: 01/534 44/136
E-Mail: buchmedia@oegbverlag.at

Sozialpolitik 2000–2006: Bilanz Pensionen

Frontalattacke auf den Sozialstaat – der Widerstand hat sich gelohnt.

Autor: Josef Wöss

Leiter der Abteilung Sozialpolitik
der AK Wien

Die mit Abstand brutalste Attacke auf den Sozialstaat unter der schwarz-blau-orangen Regierung war die Pensionsreform 2003. Wenige Tage nach Bildung der Regierung Schüssel II wurde ein Gesetzesentwurf in Begutachtung geschickt, der im ganzen Land Empörung auslöste: Drastische Kürzung der Neupensionen, noch drastischere Kürzung der Pensionen der Jüngeren, kurzfristige Abschaffung aller vorzeitigen Alterspensionen.

Noch kurz zuvor hätte so etwas kaum jemand für möglich gehalten. In den Wahlprogrammen hörte sich alles noch ganz anders an. Ein Beispiel: »Die ÖVP bekennt sich bei den Pensionen zur Wahrung des Vertrauensschutzes, der gerade in einem so sensiblen Bereich wie der Altersvorsorge besonders wichtig ist.« Von einer bevorstehenden Brutal-Kürzung der Pensionsansprüche war keine Rede. Auch zur kurzfristigen Abschaffung aller vorzeitigen Alterspensionen findet sich im ÖVP-Wahlprogramm vom Oktober 2002 keine Andeutung.

Letztlich kam es aber doch um einiges anders als von der Regierung geplant. Durch die vom ÖGB angeführten Widerstandsaktionen in ganz Österreich wurde die Regierung zu einem gewissen Einlenken gezwungen. Das fand bereits im Parlamentsbeschluss zur Reform 2003 und mehr noch bei der Reform 2004 seinen Niederschlag.

Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung 1985–2000

	Ausgaben der PV (in % des BIP)	Bundesbeitrag (in % des BIP)	Beitragssatz (Unselbständige)
1985	10,8%	2,6%	22,7%
2000	10,6%	2,0%	22,8%

Rückblick

Pensionsreformen sind an sich nichts Neues. Über Jahre hinweg verbreitet nun die Regierung die Mär, erst sie hätte Reformen zur Sicherung der Finanzierbarkeit der Pensionen in Angriff genommen, vorher seien nur laufend neue Leistungen erfunden worden.

Die Wahrheit ist eine andere: Seit Mitte der Achtzigerjahre gab es gleich mehrere Reformen mit dem Ziel, das Ausgabenwachstum zu dämpfen. Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass das ganz gut gelungen ist (**siehe Tabelle: »Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung 1985–2000«**).

Im Unterschied zur Zeit ab 2000 wurde bei den vorher durchgeführten Reformen (Ausweitung des Durchrechnungszeitraums auf 15/18 Jahre, Wegfall der beitragsfreien Anrechnung von Schul- und Studienzeiten, Umstellung auf »Nettoanpassung« etc.) deutlich mehr auf den Vertrauensschutz geachtet. Viel mehr Gewicht wurde auf einen breiten Konsens gelegt, was in einem so bedeutenden und sensiblen Bereich wie den Pensionen besonders wichtig ist.

Unstrittig war Ende der Neunzigerjahre, dass in Anbetracht der Alterung der Bevölkerung, der Ausbreitung neuer Arbeitsformen und auch wegen verschiedener De-

fizite im System (unzureichende eigenständige Alterssicherung der Frauen etc.) weitere Reformschritte erforderlich waren.

Pensionsreform 2000: Speed Kills

Gleich nach dem Regierungswechsel wurde im Frühjahr 2000 die erste Pensionsreform unter Schwarz-Blau in Angriff genommen. Im Eiltempo (»Speed Kills«) wurden die Abschaffung der vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Erwerbsfähigkeit, die Anhebung des Frühpensionsalters um 1,5 Jahre und eine Erhöhung der Pensionsabschläge beschlossen.

Der Vertrauensschutz wurde dabei auf eine harte Probe gestellt. So wurden z. B. 58-jährige Männer ohne Vorwarnung mit der Hinaufsetzung ihres Pensionsalters um 18 Monate konfrontiert. Die ÖGB- und AK-Forderungen nach längeren Übergangsfristen und vor allem nach wirksamen Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungschancen Älterer wurden in den Wind geschlagen. Wer mit seinem Arbeitgeber ein entsprechendes Arrangement treffen konnte, nutzte die neue Form der Altersteilzeit. Ein besonderes »Schmankerl« war, dass die Regierung wenige Monate nach der allgemeinen Anhebung des Pensionsalters in den eigenen Ministerien umfangreiche Frühpensionierungsaktionen durchführte.

Nach dem Schnellschuss im Jahr 2000 glaubten viele, dass für weitere Reformen wieder ein breiterer Konsens gesucht werden würde. Wie sich herausstellte, war das eine grobe Fehleinschätzung. Die gleich zum Start der Regierung Schüssel II vorgelegte »Pensionsreform 2003« stellte alles vorher da Gewesene weit in den Schatten.

Pensionsreform 2003: Frontal- attacke auf den Sozialstaat

Bis heute wird von der Regierung versucht, das Ausmaß der ursprünglich geplanten Einschnitte zu verschleiern und schön zu reden. Hier der zentrale Inhalt des Gesetzesentwurfs vom März 2003 im Überblick:

Im Durchschnitt sollten die Neupensionen schon im Jahr 2004 um 13,5% gesenkt werden, mit lebenslanger Wirkung. In den Erläuterungen zum Begutachtungsentwurf ist das klipp und klar nachzulesen.

Genau so abwegig wie die geplanten Brutal-Kürzungen war der Plan der Regierung, alle vorzeitigen Alterspensionen mit Übergangsregelungen für nur fünf Geburtsjahrgänge abzuschaffen. Zusammen mit der »Pensionsreform 2000« wäre damit das Pensionsalter binnen

Reform als unumgänglich dargestellt, die geplanten Einschnitte wurden heruntergespielt und die Finanzlage der Pensionsversicherung völlig verdreht dargestellt.

Die von ÖGB und AK vorgelegten Rechenbeispiele wurden monatelang – wider besseres Wissen – als »Gräuelpopaganda« verunglimpft. Wie unsachlich und überzogen das Kürzungsprogramm der Regierung war, bestätigte diese ungewollt selbst durch die Daten, die dem Entwurf beigelegt waren.

Sie zeigen, dass für die Jahre 2003 – 2007 selbst ohne sofortiges Wirksamwerden der neuen Reform ein Rückgang der Pensionsausgaben zu erwarten gewesen wäre (**siehe Grafik »Aufwandsprognose ASV-Pensionen«**).

Zur Erinnerung

Der weitere Ablauf nach der Aussendung des Begutachtungsentwurfs ist sicherlich vielen in lebhafter Erinnerung:

- Die Stellungnahmen fallen fast durchwegs vernichtend aus.
- Wenige Tage vor der Behandlung im Ministerrat ersuchen die Präsidenten von ÖGB und Wirtschaftskammer den Bun-

AK und ÖGB auf, das Ausmaß der geplanten Einschnitte wird dadurch immer mehr Menschen bewusst.

■ Auch innerhalb der Regierungsparteien regt sich Widerstand.

■ Der Kanzler muss die Notbremse ziehen und lädt die Sozialpartner zu Gesprächen am »Runden Tisch«.

■ Es kommt zu keiner Einigung, die Regierung muss aber massive Abstriche machen (10%-Verlustdeckel, längere Übergangsfristen bei der Abschaffung der vorzeitigen Alterspensionen, länger wirkende Übergangsregelungen für so genannte »Hackler«).

Der Ablauf der Ereignisse bei der Pensionsreform 2003 ist ein Paradebeispiel dafür, wie wichtig und unverzichtbar starke Interessensvertretungen der Arbeitnehmer sind. Hätte es die Widerstandskaktionen und die exakten Analysen und Beispielrechnungen nicht gegeben, so wäre der aberwitzige Gesetzesentwurf vom März 2003 mit ziemlicher Sicherheit mit den Stimmen der Regierungsparteien im Parlament beschlossen worden.

Pensionsreform 2004: ÖGB-Modell zeigt, dass es auch anders geht

Die negativen Erfahrungen mit dem Alleingang bei der Reform 2003 veranlassen die Regierung, bei der Reform 2004 einen anderen Weg zu gehen. Die Sozialpartner wurden vom Start weg in die Vorbereitungen eingebunden. Wenn gleich es letztlich zu keiner Einigung kam, blieb das nicht ohne Wirkung. ÖGB und AK haben erneut ihre enorme Bedeutung unter Beweis gestellt. Diesmal nicht mit Methoden des Arbeitskampfes, sondern mit Stärke in Verhandlungen und mit fundierter Expertenarbeit.

Mit der »Österreich-Pension« des ÖGB wurde ein Reformmodell vorgelegt, das die Regierung nicht übergehen konnte. Mit diesem Modell wurde schwarz auf weiß klar gemacht, dass Generationengerechtigkeit, Pensionsharmonisierung, nachhaltige Sicherung der Finanzierung, etc. anders aussehen als das Regierungskonzept.

Vor allem bei der Konzeption des neuen Pensionskonto-Rechts konnten die

Begutachtungs-Entwurf zur »Pensionsreform 2003«

- Sofortkürzung der Neupensionen um bis zu 20%!
- Kürzung der Pensionen der Jüngeren um bis zu 40%!
- Kurzfristige Verunmöglichung des Pensionsantritts vor 65 (Männer) bzw. vor 60 (Frauen)!

kurzer Zeit um fünf Jahre nach oben gesetzt worden – und das trotz der höchsten Arbeitslosenzahlen seit Jahrzehnten. Sozusagen als »Draufgabe« wurde 2003 von der Regierung auch noch der Zugang zur Altersteilzeit massiv erschwert. ÖGB und AK nannten das mit Recht eine Demolierung der gesetzlichen Pensionsversicherung, eine Verhöhnung von Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet und Pensionsbeiträge bezahlt haben.

Geradezu provokant war es, dass die Regierung ihren Gesetzesentwurf als »Pensionsversicherungsreform« titulierte. Bei den vielen Fernsehauftritten von Regierungsmitgliedern wurde die

deskanzler gemeinsam um Rücknahme des Entwurfs.

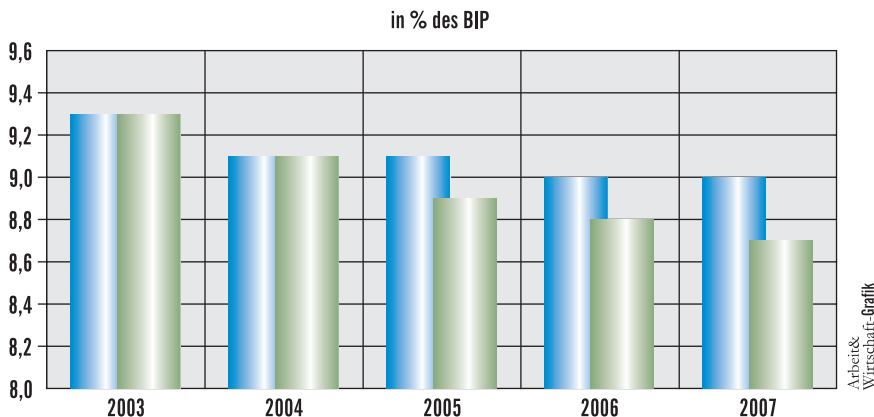
■ Die Regierung kümmert sich nicht um die Kritik und beschließt das Kürzungsprogramm ohne substantielle Änderungen im Ministerrat.

■ Der ÖGB ruft im ganzen Land zu Protestaktionen in den Betrieben und zu einer Großdemonstration in Wien auf, später wird der größte Streik seit Jahrzehnten organisiert.

■ Fast alle Medien des Landes greifen die Beispielrechnungen der Experten von

Aufwandsprognose ASVG-Pensionen Finanzielle Erläuterungen zur Pensionsreform 2003

■ Beibehaltung altes Recht (vor Reform 2003) ■ Umsetzung Regierungskonzept zur Reform 2003



Arbeitnehmervertreter einige ganz wichtige Erfolge erreichen:

■ Ausweisung klarer Leistungsansprüche auf dem neuen Pensionskonto:

Die Regierung wollte auf dem Konto nur die bezahlten Beiträge ausweisen – die Leistungshöhe sollte offen bleiben.

■ Faire Aufwertung:

Die Regierung beharrte noch bei der Pensionsreform 2003 auf den sehr schlechten alten Aufwertungsfaktoren – dadurch ergaben sich bei den längeren Durchrechnungszeiträumen »automatisch« enorme Pensionskürzungen.

■ Bundesbeitrag als zusätzliches Finanzierungsstandbein:

Die Regierung wollte mit ihrem »beitragsdefinierten« Modell erreichen, dass der Bundesbeitrag überflüssig wird – massive Pensionskürzungen wären dadurch unvermeidbar geworden.

■ Kräftige (wenngleich noch immer unzureichende) Anhebung der Bewertung von Kindererziehungszeiten:

Im Regierungsmodell der Reform 2003 war eine wesentlich geringere Anhebung vorgesehen.

Erfolge gab es nicht nur beim neuen Pensionskonto-Recht, in Teilbereichen konnte die Regierung auch zu einem Abgehen vom Parlamentsbeschluss 2003 bewegt werden. So wurde zum Beispiel

der Verlust-Deckel auf anfangs 5% zurückgenommen, der Anstieg auf 10% erfolgt nun in einem Übergangszeitraum von 20 Jahren.

Eine gravierende Änderung gegenüber der Reform 2003 ist auch die Wiedereinführung einer vorzeitigen Alterspension unter der Bezeichnung »Korridor-Pension«.

Die zuletzt genannten Beispiele zeigen gleichzeitig, dass die Regierung zu einem wirklichen Umdenken nicht bereit war. Bei der »Korridor-Pension« beharrte sie auf der Vorschreibung doppelter Abschläge. Sie beharrte auch darauf, dass diese neue Pensionsart generell erst ab 62 zugänglich ist, womit sie für die Frauen auf Jahrzehnte ohne jede Relevanz ist.

Viel Gerede, wenig Substanz

Viel Gerede, aber sehr wenig Substanz bringt die Schwerarbeiter-Pension. Die Kriterien sind so eng gefasst, dass die meisten Schwerarbeiter davon nichts haben werden. Mehr Menschen bringt die erstmals bei der Reform 2000 eingeführte »Hackler-Regelung« etwas, die in Wahrheit eine Regelung für Langzeitversicherte mit 45/40 Beitragsjahren ist (Ersatzzeiten werden nur eingeschränkt anerkannt). Diese »Hackler«-Regelung ist allerdings zeitlich relativ eng befristet.

Die Weigerung der Regierung, die ÖGB-Forderung nach einem »Zurück an den Start« aufzugreifen und die Reform

2003 zurückzunehmen, machte eine sachlich angelegte Pensionsreform 2004 von vornherein unmöglich. Diese Haltung führte auch schnurstracks dazu, dass wir nun ein Pensionsrecht haben, das mit Verlust-Deckelung und drei nebeneinander bestehenden Pensionsrechten noch viel komplizierter ist als jemals zuvor.

Ein weiteres Thema der Pensionsreform 2004 war die Harmonisierung der unterschiedlichen Pensionssysteme. Im Wesentlichen ging es dabei um

■ eine Harmonisierung innerhalb der gesetzlichen Pensionsversicherung (ungleiche Beitragssätze bei Selbständigen und Unselbständigen)

■ eine Harmonisierung zwischen gesetzlicher Pensionsversicherung und dem Pensionsrecht der Beamten (Unterschiede im Beitrags- und im Leistungsrecht).

Im ersten Punkt ist die von der Regierung als großer Erfolg verkaufte »Harmonisierungs-Reform« völlig gescheitert. Die Beiträge der Selbständigen liegen auch nach der Reform dauerhaft weit niedriger als bei den Unselbständigen.

Im zweiten Punkt wurde wohl eine Harmonisierung erreicht, diese gilt aber nur für Berufsanfänger. In Teilbereichen wurde das Harmonisierungstempo sogar gebremst. So hätte z. B. nach der Reform 1997 ab dem Jahr 2020 ein gleicher Bemessungszeitraum für Beamtenpensionen und ASVG-Pensionen gegolten. Nach der »Harmonisierungs-Reform« im Jahr 2004 wird diese Gleichstellung nun erst viel später erreicht werden.

Abschließend ein grober Überblick über die Probleme, die uns die unter den schwarz-blau-orangen Regierungen beschlossenen Pensionsreformen im Bereich der öffentlichen Alterssicherung – trotz der von ÖGB und AK erreichten Erfolge – hinterlassen haben:

■ Nicht vertretbare Einschnitte:

Doppelte Abschläge und de facto Ausschluss der Frauen bei der »Korridor-Pension«, Pauschalkürzungen, Pensionsaltersanhebung auch für Langzeitversicherte, etc.

■ Ein völlig unübersichtliches Leistungsrecht:

Pensionshöhe muss jahrzehntelang aus drei sehr unterschiedlichen Pensionsrechten errechnet werden.



© Plattmann

■ **Eine »Harmonisierung«, die keine ist:**

Wesentlich niedrigere Beitragssätze bei den Selbständigen; unterschiedliches Übergangsrecht ASVG/Beamte.

■ **Einen massiven Vertrauensschaden für die gesetzliche Pensionsversicherung:**

Noch lange nachwirkende Verunsicherung durch die drastischen Kürzungs-Ankündigungen der Regierung.

■ **Eine beträchtliche Verschärfung der Probleme der Älteren auf dem Arbeitsmarkt:**

Kurzfristige Hinaufsetzung des Pensionsalters ohne Sicherstellung, dass die Betroffenen auch länger arbeiten können.

Betriebspensionen – Gesetzgeber reduziert Mindestverzinsungsgarantie, als sie erstmals schlagend wird

Unverantwortlich haben die schwarz-blau-orangen Regierungen nicht nur bei den öffentlichen Pensionen agiert, bei den Betriebspensionen schaut es um nichts besser aus.

Die kapitalgedeckten Systeme der so genannten »Zweiten Säule« wurden durch die Einbrüche auf den internationalen

Finanzmärkten in den Jahren 2000 bis 2002 schwer erschüttert. Pensionskürzungen bis zu 20% waren keine Seltenheit. Ein »Auffangnetz nach unten« bildete die im Pensionskassengesetz vorgeschriebene Mindestverzinsungsgarantie. Das war zuletzt eine Verzinsung in Höhe von ca 1,5% im Fünf-Jahres-Schnitt. Ein relativ bescheidener Wert, vor allem wenn man bedenkt, dass die Pensionskassen in den 90er-Jahren ihren Kunden im Regelfall 7,5% »rechnungsmäßigen Überschuss« in Aussicht stellten. Die Pensionskassen sollten durch die Garantieverpflichtung unter anderem dazu angehalten werden, bei der Veranlagung des Pensionskapitals der Arbeitnehmer die nötige Vorsicht walten zu lassen. Mit der von den Pensionskassen geforderten – und auch durchgesetzten – Ausweitung des zulässigen Aktienanteils von ursprünglich 30% auf später 50% wurde aber das Risiko laufend erhöht.

Dann kam das böse Erwachen. 2003 gaben einige Pensionskassen bekannt, dass sie im Fünf-Jahres-Schnitt die Mindestverzinsung nicht erreichen. Sie stellten sogar eine Insolvenz ihrer Institute in den Raum. Wie reagierte der Gesetzgeber? Auf Vorschlag des Finanzministers wurde eine Novelle eingebracht (und umgehend beschlossen), in der die Garantie massiv ent-

wertet wird. Die Pensionskassen hatten damit das Problem weitgehend los, die Zahler der »Reform« waren einzig und allein die Anwartschafts- und Leistungsberechtigten. Eine Konsensfindung mit den Sozialpartnern war vom Finanzminister nicht einmal ernsthaft versucht worden.

2005 ging es in ähnlicher Manier weiter. Der Finanzminister beharrte darauf, dass die von der EU vorgeschriebene neue »Mindestertrags-Rücklage« im Eigenkapital der Pensionskassen zu führen ist. Die Kosten für den Aufbau der Rücklage wurden von den meisten Pensionskassen 1:1 den Anwartschafts- und Leistungsberechtigten vorgeschrieben. Und wie reagierte diesmal der Gesetzgeber? Er öffnete den Anwartschafts- und Leistungsberechtigten den Weg zum Opting-out aus der Mindestverzinsungsgarantie. Sie hatten damit nur die Wahl, entweder eine Eigenkapitalaufstockung der Pensionskassen zu finanzieren oder auf den letzten – nach der Reform 2003 noch verbliebenen – Rest der Mindestertragsgarantie zu verzichten.

Es bleibt nur zu hoffen, dass in der kommenden Gesetzgebungsperiode mit dem Thema Alterssicherung wieder sorgfältiger umgegangen wird und dass die Interessen der arbeitenden Menschen wieder mehr Beachtung finden.

Schleichende Pensionskürzung seit dem Jahr 2000

Das Sozialministerium hat zu Jahresbeginn mit der Informationsbroschüre »Die Pensionsanpassung« für Empörung gesorgt. Die Arbeiterkammer haben zahlreiche Briefe, E-Mails und Telefonanrufe erreicht, in denen diese Broschüre von den von den Pensionsanpassungen der letzten Jahre betroffenen Pensionisten und Pensionistinnen als Provokation bezeichnet wird.

Autoren:

Erik Türk und Wolfgang Panhölzl

*Mitarbeiter der Abteilung Sozialpolitik
in der AK Wien*

Was ist passiert? Wie konnten im Grunde so positive Informationen wie »Höhere Pensionen – Jahr für Jahr«, »Jährliche Anpassung, Erhaltung der vollen Kaufkraft«, »Fair und gerecht, 2,5 Prozent mehr Pension«, »4,1 Prozent mehr für alleinstehende Mindestpensionist(inn)en«, »kostenlose Benützung öffentlicher Verkehrsmittel« ein derart negatives Echo zeitigen? Die Antwort ist einfach. Die Informationen stimmen nicht oder nicht wirklich oder nur halb oder fast gar nicht.

Alarmierende Fakten

Die Arbeiterkammer hat in den vergangenen Jahren immer wieder auf die Kaufkraftverluste der Pensionisten hingewiesen, die durch Pensionsanpassungen mit Einmalzahlungen und Fixbetrags erhöhungen entstehen. Eine Untersuchung der kumulierten Auswirkungen der Pensionsanpassungen für den Zeitraum 2000 bis 2006 kommt zu einem alarmierenden Befund. Bei fast allen österreichischen Pensionisten hat die Inflation nicht nur

die gesamte Erhöhung »aufgefressen«, sondern zu beträchtlichen Realverlusten geführt. Einerseits gibt es enorme Kaufkrafteinbußen bei höheren Pensionen. Der Arbeiterkammer liegt beispielsweise ein konkreter Fall vor, bei dem der summierte Gesamtverlust seit dem Jahr 2000 fast € 12.000,- beträgt. Aber auch die Verluste von Niedrigpensionsbezieherinnen haben dramatische Ausmaße erreicht, und dies vor dem Hintergrund enormer Teuerungsraten bei Gesundheits- und Heizkosten, Energie und Mieten.

Trick der AK?

Die Arbeiterkammer hat die Ergebnisse der Studie mit dem Ziel veröffentlicht, auf die lebensstandard- und zum Teil auch existenzgefährdende Dimension dieser über Jahre hinweg erfolgten Minderanpassungen hinzuweisen, die in einem eklatanten Widerspruch zu den Positivmeldungen der Informationsbroschüre stehen.

Parallelrealität

Die Betroffenen selbst bestätigten vielfach die Ergebnisse der Untersuchung, die Vertreter der Regierungsparteien waren demgegenüber bemüht weiter ihre Parallelwirklichkeit aufrecht zu erhalten. Zu diesem Zweck wurde unter anderem

eine so genannte »Tatsachenfeststellung« (OTS 0031 vom 22. 1. 2006), vom Bundesobmann des österreichischen Seniorenbundes, Nationalratspräsident Andreas Khol, veröffentlicht, die belegen sollte, dass alles nur ein »Trick der Arbeiterkammer« sei. Die Bundesregierung stellte fest, dass keine Regierung jemals zuvor soviel für sozial schwache Pensionisten und keine jemals soviel für Frauen getan habe, zudem seien die Berechnungen der Arbeiterkammer nicht nachvollziehbar und überhaupt solle man nach Deutschland schauen, dort sei alles viel, viel schlechter.

Pensionsanpassung in Deutschland

Am 9. März 2006 hat Franz Müntefering anlässlich der Präsentation des Rentenversicherungsberichtes erklärt, dass in Deutschland die gesetzlichen Renten bis 2008 schwach bis gar nicht angepasst werden. Das »Negativbeispiel Deutschland« bot damit eine gute Gelegenheit, um von den massiven Kaufkraftverlusten der österreichischen Pensionisten abzulenken.

Die Pensionsanpassung in Deutschland ist grundsätzlich an der Lohnentwicklung orientiert. Dies hatte in der Vergangenheit zur Folge, dass die Pensionsanpassung durchaus höher war als in Österreich. Die ungünstige Wirtschaftsentwicklung in Deutschland¹⁾ hat nun-

Konkreter Fall Herr G.

Pensionsentwicklung 2000–2006

1

Jahr	Bruttopen- sion*) in €	KV-Beitrag in €	Steuer in €	Nettopen- sion in €	Nettopension in € wie sie ohne Kaufkraftverluste sein müsste	Kaufkraft- verlust in € pro Jahr	Verlust in %	Ursachen des (Kaufkraft-) Verlustes
2000	2.444,22	91,65	493,00	1.859,57				
2001	2.463,78	92,38	542,31	1.829,09	1902,34	1025,50	3,85	Steuerreform, Minderanpassung
2002	2.490,88	93,48	553,00	1.844,40	1953,70	1530,20	5,59	Minderanpassung
2003**)	2.503,33	94,83	569,23	1.864,82	1988,87	1736,70	6,24	Minderanpassung
2004	2.513,35	109,33	554,84	1.849,18	2014,73	2317,70	8,22	Minderanpassung, KV-Beitragserhöhung
2005	2.523,65	124,92	520,59	1.878,14	2057,04	2504,60	8,70	Minderanpassung, KV-Beitragserhöhung
2006	2.570,53	127,25	537,80	1.905,49	2104,35	2784,04	9,45	Minderanpassung
Gesamtverlust in € bis inklusive 2006						11.898,74		

*) Die Bruttopen-sion enthält einen besonderen Steuerbetrag aufgrund einer Höherversicherung, die Herr G. bezahlt hat.

**) Nettopension inklusive Einmalzahlung von € 25,55
KV-Beitrag=Krankenversicherung

mehr einen gegenteiligen Effekt. Des Weiteren hat sich die deutsche Bundesregierung vor dem Hintergrund einer nicht zuletzt wegen der Wiedervereinigung sehr angespannten Finanzsituation der Rentenversicherung²⁾ und der Absicht, die private, kapitalgedeckte Pensionsvorsorge (Riester-Rente) zu Lasten der gesetzlichen Rente zu stärken, zu Sparmaßnahmen entschlossen, die auch die Rentner belasten.

1-Euro-Jobs

Bedingt durch diese Entwicklungen wurde zum 1. Juli 2004 die Rentenanpassung ausgesetzt und es erfolgte eine Modifizierung der Anpassungsformel durch Einführung eines zusätzlich dämpfenden Nachhaltigkeitsfaktors. Der starke Anstieg der so genannten 1-Euro-Jobs und

1) Laut Rentenversicherungsbericht ging man im Jahr 2000 von einem BIP-Wachstum von zwei Prozent im Jahre 2001 sowie von 2,3 Prozent in den Jahren 2002 und 2003 aus. Eingetreten ist aber nur ein Wachstum von 0,8 Prozent im Jahre 2001 und 0,2 Prozent im Jahre 2002 und eine Stagnation der Wirtschaft im Jahr 2003.

2) Ebenfalls laut Rentenversicherungsbericht übersteigen in den Jahren 2005 bis 2009 in den neuen Ländern die Ausgaben die Einnahmen trotz fünf Milliarden € an Beiträgen aus Arbeitsverhältnissen in den alten Ländern um € 9,8 bis € 11 Milliarden. Seit 1990 ist das Beschäftigungsniveau in den neuen Ländern von 8,6 Millionen Personen auf 5,4 Millionen gesunken. Die vergleichsweise hohen Rentenausgaben in den neuen Ländern basieren auf einer hohen Anzahl an rentenrechtlichen Zeiten. Alte Länder Männer/Frauen: 40,1/26,2 Versicherungsjahre. Neue Länder Männer/Frauen: 45,1/36,8 Versicherungsjahre).

dessen negativer Effekt auf die durchschnittlichen beitragspflichtigen Bruttolöhne hätte sogar eine negative Rentenanpassung bewirkt. Eine Rentenkürzung wurde allerdings durch Sondergesetze verhindert. Künftig werden bei der Ermittlung der beitragspflichtigen Bruttolöhne die 1-Euro-Jobs außer Acht gelassen.

Die Situation in Deutschland ist daher aufgrund der Unterschiede der Anpassungssysteme, aber auch der Rahmenbedingungen mit der österreichischen kaum zu vergleichen.

Hinzu kommt, dass die Politik in Deutschland das Ziel einer lebensstandardsichernden, paritätisch finanzierten solidarischen Rente aufgegeben hat. Welchen Weg Deutschland in der Altersvorsorge auch immer gehen mag ändert jedenfalls nichts an den massiven Kaufkraftverlusten, die österreichische Pensionisten seit dem Jahr 2000 hinnehmen müssen.

Enorme Kaufkrafteinbußen bei höheren Pensionen

Im Folgenden werden an einem konkreten Beispiel die summierten Verluste bei höheren Pensionen seit dem Jahr 2000 dargestellt. Es handelt sich dabei um keine fiktive Berechnung, sondern

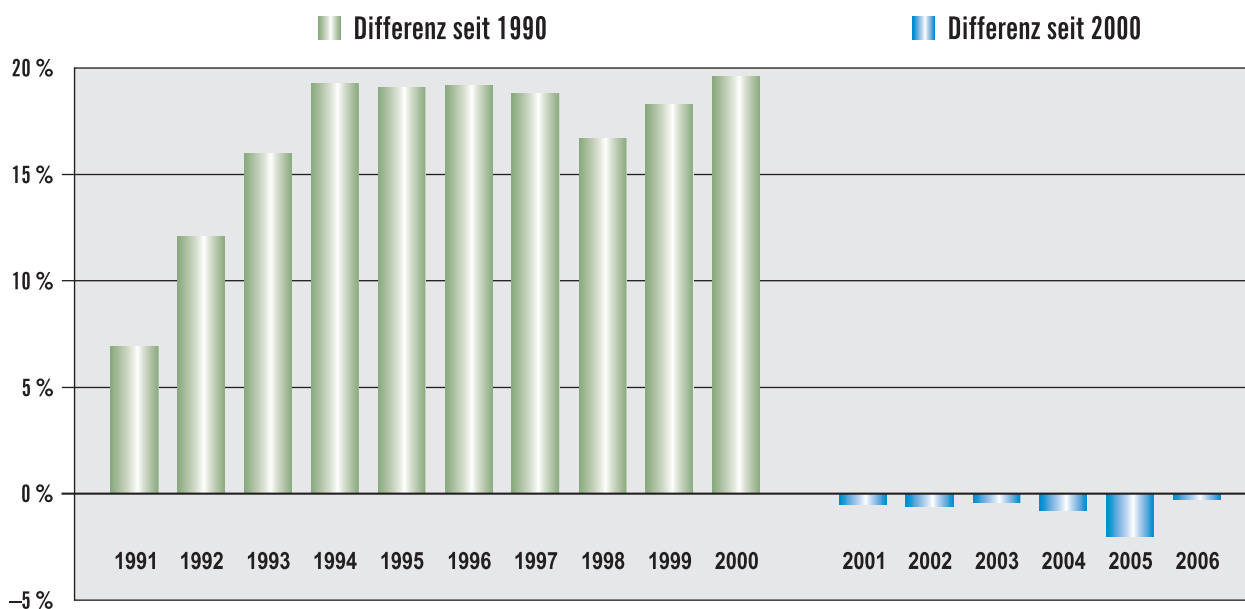
um die Darstellung der Entwicklung einer konkreten Brutto- bzw. Nettopension entsprechend den Mitteilungen der Pensionsversicherungsanstalt (**siehe Tabelle: »Konkreter Fall Herr G.«**).

Herr G. verfügt über eine, für ASVG-Verhältnisse vergleichsweise hohe Pension von netto rund € 1900,-, die zum Teil auch aus langjährigen Beitragszahlungen zur freiwilligen Höherversicherung resultiert. Nun muss er seit sechs Jahren ununterbrochen Minderanpassungen seiner Pension in Kauf nehmen. Seine Pension wurde jedes Jahr weniger wert.

In den Jahren 2001 und 2004 war die Nettopension von Herrn G. sogar nominal niedriger als im jeweiligen Jahr davor.

Um den durch die Minderanpassung und Beitragssatzerhöhungen tatsächlich verursachten Kaufkraftverlust zu errechnen, muss man der Nettopension, die Herr G. von der Pensionsversicherungsanstalt ausbezahlt bekommt, jene Pension gegenüberstellen, die notwendig wäre, um die ursprüngliche Kaufkraft seiner Pension zu erhalten. Der Berechnung wurde die Entwicklung des Verbraucherpreisindex (VPI) zugrunde gelegt. Das heißt, auf Basis dieser Kaufkraft erhaltenen Pension könnte sich Herr G. auch in den Folgejahren zumindest das leisten, was er sich um den ursprünglichen Be-

Differenz zwischen der Entwicklung des Ausgleichszulagen-Einzelrichtsatzes* (netto) und des VPI



*) Werte jeweils zu Jahresbeginn inklusive allfälliger anteiliger Einmalzahlungen

Arbeit&
Wirtschaft-
grafik

trag im Ausgangsjahr 2000 kaufen konnte, aber auch nicht mehr. **Jeder Euro weniger stellt hingegen eine reale Kürzung, weil Schmälerung seiner Kaufkraft dar.**

Der konkrete Verlust von Herrn G. ist von 3,85 Prozent im Jahr 2001 auf 9,45 Prozent im Jahr 2006 angestiegen. Derzeit beträgt sein monatlicher (Kaufkraft-)Verlust rund € 200,-, das sind jährlich knapp € 2800,-.

Der summierte Gesamtverlust von Herrn G. ab dem Jahr 2001 beträgt inklusive 2006 rund € 11.900,-.

SPÖ-Gusenbauer

Der Hinweis in der eingangs erwähnten »Kholschen Tatsachenfeststellung«, dieser von höheren Pensionen zu leistende Solidarbeitrag liege jedoch noch immer deutlich unter jenen 10 Prozent, die SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer von den Beziehern höherer Pensionen verlangt, ändert nicht nur nichts an der Tatsache dieser beträchtlichen Kürzungen, er ist auch schlichtweg falsch.

Wie man auch immer zu dem SPÖ-Vorschlag eines Solidarbeitrags von Beziehern höherer Pensionen – über der

ASVG-Höchstpension – stehen mag, er richtet sich zweifellos nicht an Personen wie den Herrn G., dessen Pension nur dank einer freiwilligen Höherversicherung knapp über der ASVG-Höchstpension liegt. Dieser Solidarbeitrag im Ausmaß von zehn Prozent bezieht sich nur auf Pensionsteile über der ASVG-Höchstpension von rund € 2500,-. Die eigentlichen Adressaten sind daher auch nicht jene Personen, deren Pensionen sich noch im »Nahbereich« der ASVG-Höchstpension befinden, sondern vielmehr Spitzenverdiener wie z. B. auch (ehemalige) Nationalratspräsidenten, deren Pensionen in der Regel weit jenseits einer ASVG-Pension liegen.

Auch bei Niedrigpensionen haben die Kaufkraftverluste dramatische Ausmaße erreicht. Frauen sind besonders betroffen.

Zynisch und falsch

Eine weitere Schlüsselbotschaft in der oben zitierten »Tatsachenfeststellung« war, dass es sich bei der AK-Studie um eine »völlig einseitige Darstellung« bzw. bloß um einen »Trick« handle, da sich diese weitgehend auf die »überdurch-

schnittlich hohen Pensionen von über € 1000,-« beziehen würde und die Pensionen der sozial Schwächeren, die von der Bundesregierung immer überdurchschnittlich erhöht worden wären, unberücksichtigt blieben. Diese Behauptung ist nicht nur zynisch, sie ist auch – und zwar gleich in zumindest zweifacher Hinsicht – falsch.

Zynisch erscheint es jedenfalls, wenn Bruttopensionen ab € 1000,- (die durchschnittliche Eigenpension ohne zwischenstaatliche Teilleistungen betrug im Dezember 2005 € 1012,-) zu hohen Einkommen erklärt werden, deren beträchtliche Kürzung scheinbar als legitim anzusehen ist. Falsch ist diese Behauptung zum einen, weil sich die AK-Studie keineswegs auf »hohe« Pensionen beschränkt, zum anderen aber auch deshalb, weil Niedrigpensionen ebenso von erheblichen Kürzungen betroffen sind.

Die jahrelange Minderanpassung der Niedrigpensionen trotz mehrfacher Erhöhungen der Beitragssätze zur Krankenversicherung trifft vor allem Frauen. Sie bekommen im Alter nicht nur zumeist bedeutend weniger Pension als Männer, sie bleiben auch von den Kaufkraftverlusten durch die zu geringe Anpassung

nicht verschont. Von den 228.000 Personen, die im Dezember 2004 eine Ausgleichszulage erhalten haben, waren rund 160.000 Frauen.

Keine Rede von Wertsicherung für Niedrigstrenten

Sogar BezieherInnen einer Ausgleichszulage für Alleinstehende³⁾ haben zwischen 2001 und 2006 (unter Bezugnahme auf das Basisjahr 2000) real insgesamt mehr als 400 Euro verloren. Im Jahr 2005 kam es zu einem Spitzenwert von rund 182 Euro jährlichem Verlust. Der Verlust verringert sich 2006 zwar durch die außertourliche Erhöhung der Ausgleichszulage für Alleinstehende auf 690 Euro, es kommt aber selbst nach dieser Erhöhung neuerlich zu einem Kaufkraftverlust von knapp 30 Euro. Die – in der Informationsbroschüre des Sozialministeriums besonders hervorgehobene – kürzlich er-

3) Die so genannte Mindestrenten, die bei weitem überwiegende Mehrheit der Ausgleichszulagen wird auf Basis des Einzelsatzes für Alleinstehende ausbezahlt.

folgte Anhebung des Einzelsatzes um 4,1 Prozent war zwar ein – längst überfälliger – Schritt in die richtige Richtung, aber immer noch zu wenig, um die realen Verluste wieder auszugleichen.

Diese Tatsache kommt auch in der Grafik »Differenz ...« deutlich zum Ausdruck, in der die Differenz zwischen der Entwicklung des Ausgleichszulageneinzelsatzes für Alleinstehende nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrages (also des monatlich tatsächlich zur Verfügung stehenden Betrages inklusive allfälliger anteiliger Einmalzahlungen) und der Entwicklung des Verbraucherpreisindex (VPI) in Form der realen Wertsteigerung bzw. Wertminderung seit dem Jahr 1990 bzw. dem Jahr 2000 dargestellt wird. Seit 2000 liegt der Nettowert des Einzelsatzes für Alleinstehende unter dem jeweils zugehörigen Indexwert des VPI, woraus sich eine negative Differenz ergibt, was wiederum nichts anderes als die reale Kürzung der verfügbaren Nettorenten von allein stehenden Ausgleichszulagenbezieherinnen widerspiegelt.

Durch die außertourliche Erhöhung im Jahr 2006 verringerte sich zwar der Fehlbetrag wieder merklich, der Nettowert bleibt aber immer noch hinter der Entwicklung des VPI zurück. Somit gilt auch für diese Gruppe der NiedrigstrentenbezieherInnen, dass im Zeitraum seit dem Jahr 2000 nicht einmal die Kaufkraft ihrer ohnehin sehr bescheidenen Nettorenten erhalten blieb, geschweige denn, dass es hier zu nachhaltigen realen Verbesserungen gekommen wäre, wie das etwa in der »Informationsbroschüre« des BMSG suggeriert wurde.

Tatsächlich verschaut

Die einzige Gruppe, die in diesem Zeitraum tatsächlich nicht nur von Kaufkraftverlusten verschont blieb, sondern durch deutliche Erhöhungen in den Jahren 2003 und 2004 sogar reale Zuwächse verzeichnen konnte, war jene der rund 41.000 Bezieher einer Ausgleichszulage nach dem Ehepartnereinzelsatz.

Noch ein weiteres Faktum kommt in dieser Grafik deutlich zum Ausdruck: Die



Entwicklung einer 800-Euro-Pension 2000–2006

2

Jahr	Bruttopension inklusive Einmalzahlung	KV-Beitrag in %	laufende Pension (netto)	Inflationsrate	Nettopension wie sie real sein müsste	Kaufkraftverlust pro Jahr (inkl. Einmalzahlungen)
2000	800,-	3,75	770,00	2,3		
2001	814,40	3,75	783,86	2,7	787,71	53,90
2002	828,20	3,75	797,14	1,8	808,98	165,73
2003	831,58	3,75	800,40	1,3	823,54	323,96
2004	829,37	4,35	793,29	2,1	834,25	573,44
2005	839,67	4,95	798,11	2,3	851,77	751,24
2006	860,66	4,95	818,06		871,36	746,20
Gesamtverlust in € (inklusive 2006)						2614,47

Entwicklung des Ausgleichszulagenrichtsatzes für Alleinstehende war – trotz der Aussetzung der Anpassung und der bloßen Auszahlung von Einmalzahlungen 1997 – im vorangegangenen Jahrzehnt wesentlich günstiger als ab dem Jahr 2000. Vor allem durch die mehrfachen außertourlichen Erhöhungen des AZ-Richtsatzes in der ersten Hälfte der 90iger Jahre hat sich die reale Situation von AusgleichszulagenbezieherInnen tatsächlich wesentlich – um rund 20 Prozent – verbessert. Die zumindest mittelfristige Gewährleistung von über die bloße Anpassung an die VPI-Entwicklung hinausgehenden Erhöhungen der Ausgleichszulagenrichtsätze stellt auch in sozialpolitischer Hinsicht eine absolute Notwendigkeit dar. Denn nur dadurch kann eine Beteiligung der sozial Schwächsten an der gesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung gewährleistet und eine zunehmende relative Verarmung vermieden werden. Wenn aber über Jahre hinweg nicht einmal die reale Kaufkraft gewahrt bleibt, gleichzeitig aber immer wieder die »Wertsicherung der Pensionen« behauptet wird, dann kommt zu den empfindlichen Verlusten noch die Geringschätzung der Situation der Betroffenen. Vor allem das empört die Menschen – und dies zu Recht.

Viele Bezieherinnen von Niedrigpensionen ohne Anspruch auf Ausgleichszulage

Rund 300.000 Frauen haben eine Eigenpension unter dem Richtsatz (derzeit € 690,- für Alleinstehende), erhalten aber keine Ausgleichszulage. Viele Bezie-

herinnen von Niedrigpensionen haben keinen Anspruch auf eine Ausgleichszulage, weil beispielsweise das Einkommen des Partners »zu hoch« ist. **In diesen Fällen ist der Wertverlust noch wesentlich höher.** Eine Frau mit einer Bruttopension von beispielsweise € 545,- hat ebenso wenig einen Ausgleichszulagenanspruch wie ihr Ehepartner, der über eine Bruttopension von € 756,- verfügt, weil ihr gemeinsames Einkommen eben deutlich über dem Ehepartnerrichtsatz (im Jahr 2006 € 1055,99) liegt. Verglichen mit der Kaufkraft ihrer gemeinsamen Pension im Jahr 2000 hat ihr jährliches Nettoeinkommen im Jahr 2006 bereits über € 1000,- an Wert verloren.

Die sich seit dem Jahr 2001 aufsummierenden Verluste sind beträchtlich:

Eine Pensionistin mit 600 Euro brutto monatlich muss im Zeitraum 2001 bis einschließlich 2006 einen realen Verlust von rund 1780 Euro hinnehmen.

Noch deutlichere Einbußen gibt es bei Pensionen knapp über dem Ausgleichszulagenrichtsatz. Bei einer Bruttopension von 700 Euro beträgt der kumulierte Kaufkraftverlust bereits mehr als 2100 Euro, bei einer Bruttopension von 800 Euro sogar mehr als 2600 Euro (siehe Tabelle 2: »Entwicklung einer 800-Euro-Pension«).

Enorme Teuerungsraten bei Gesundheitskosten, Heizkosten, Energie und Mieten

Tatsächlich dürften die errechneten Kaufkraftverluste für Bezieherinnen von Nied-

rigpensionen aber noch deutlich unterschätzt sein, weil diese in der AK-Studie auf Basis der Entwicklung des Verbraucherpreisindizes ermittelt wurden, der seit 2000 um etwas mehr als 13 Prozent angestiegen ist. Diesem Index liegt jedoch ein »allgemeiner Warenkorb« zugrunde, der quasi ein durchschnittliches Konsumverhalten abbilden soll, in dem »Zeitgeistartikel« (Telefonkosten, Computer, Flugtickets, etc) den Indexanstieg dämpfen.

Das Einkommen von Niedrigpensionsbezieherinnen reicht aber gerade einmal für das unbedingt Notwendige, also für Wohnung, Essen, Heizkosten, Körper- und Gesundheitspflege und manchmal nicht einmal dafür. Die Preise dieser Güter sind aber in den vergangenen sechs Jahren wesentlich stärker gestiegen als der allgemeine Verbraucherpreisindex.

Heizkosten und Energie sind um rund 24 Prozent, Mieten um 17 Prozent angestiegen. Extrem starke Preissteigerungen gab es vor allem auch bei Gesundheitskosten. Die Politik der deutlichen Erhöhung von Selbstbehalten trifft BezieherInnen von Niedrigpensionen besonders hart.

So wurde die Rezeptgebühr außertourlich von € 3,27 im Jahr 2000 auf € 4,60 im Jahr 2006 erhöht. Das entspricht einer Erhöhung um 41 Prozent.

Der Spitalskostenbeitrag nach dem Krankenanstaltengesetz wurde von € 5,23 auf rund € 8,- bis € 10,- (nach Bundesländern unterschiedlich) angehoben. Das bedeutet eine Erhöhung von über 50 Prozent bis 90 Prozent.

260 Prozent

Der Kostenanteil der Versicherten für Sehhelfer wurde von 20 Prozent der (täglichen) Höchstbeitragsgrundlage auf 60 Prozent erhöht. Insgesamt ergibt sich daraus eine Erhöhung um rund 260 Prozent.

Alleinstehende, die eine Ausgleichszulage beziehen (€ 690,-), sind von der Rezeptgebühr befreit. Bei außergewöhnlichen Aufwendungen wegen einer chronischen Erkrankung kann eine Befreiung von der Rezeptgebühr für Alleinstehende bis € 793,50 (2006) erfolgen. Bei Ehepaaren betragen die Werte € 1055,99 bzw. bei außergewöhnlichen Aufwendungen wegen chronischer Erkrankungen € 1214,39.

Wer eine Pension oder ein Einkommen über diesen Beträgen oder eine niedrigere Pension, aber keine Ausgleichszu-

lage bezieht, muss die Preissteigerungen voll in Kauf nehmen. Vor allem PensionistInnen sind typischerweise mehrfach von chronischen Erkrankungen betroffen (z. B. Bluthochdruck, Zucker, Herz, Schilddrüse, Rückenleiden, etc.). Allein der Aufwand für Rezeptgebühren führt in diesen Fällen zu einer erheblichen finanziellen Belastung von € 50,- und mehr pro Monat. Für eine alleinstehende Pensionistin mit einer Pension ab etwa € 800,- bedeutet damit jeder Gang zur Apotheke eine empfindliche Kürzung des ohnehin real stark gesunkenen Haushaltsbudgets.

Die Arbeiterkammer legt – wie oben bereits ausgeführt wurde – ihren Berechnungen die Steigerung des VPI in der Höhe von 13,2 Prozent zwischen 2000 bis 2006 zugrunde, weil es keinen offiziellen Preisindex (mehr) gibt, der auf das spezifische Konsumverhalten von Bezie-

herInnen von (Niedrig-)Pensionen Bezug nimmt.⁴⁾ Tatsächlich dürften daher die Verluste gerade bei den NiedrigpensionsbezieherInnen noch deutlich höher liegen, da – wie anhand mehrerer Beispiele ausgeführt wurde – jene Güter und Leistungen, die im von dieser Gruppe typischerweise nachgefragten Warenkorb einen hohen Anteil einnehmen, in der Regel von wesentlich stärkeren Preissteigerungen betroffen waren.

4) Nach Fertigstellung dieses Beitrages – im Juni 2006 – wurde von Statistik Austria der im Auftrag des österreichischen Seniorenrats ermittelte Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH 2005) veröffentlicht. Dieser unterscheidet sich jedoch vom alten Pensionistenindex 1996, der ab dem Jahr 2000 nicht mehr publiziert wurde. Der alte Pensionistenindex berücksichtigte nur Pensionistenhaushalte mit niedrigem Einkommen. Der neue PIPH berücksichtigt alle österreichischen Haushalte, in denen der Hauptverdiener Pensionist ist, also auch Pensionistenhaushalte mit mittleren und höheren Einkommen. Selbst beim neuen PIPH zeigen sich im Durchschnitt 2001–2005 mit jährlich 0,2 Prozentpunkten Abweichungen nach oben deutlich stärkere Preissteigerungen als auf Basis des allgemeinen VPI. (vgl.: www.statistik.at, Unterlagen zur Pressekonferenz zum PIPH)



Niemand gibt das Sozialmodell auf

Das europäische Sozialmodell steht unter Beschuss der neoliberalen Globalisierer. Der Sozialaktivist, Ökonom und Bestsellerautor Jeremy Rifkin sieht Europa jedoch langfristig im Vorteil gegenüber den USA und behauptet, der europäische Traum werde weltweit langsam aber sicher den »American Dream« ablösen.

Arbeit&Wirtschaft: Herr Rifkin, wir erleben gegenwärtig im Wirtschaftsreich einen etwas anderen »Kampf der Kulturen«, nämlich zwischen den Anhängern des US-Modells und des europäischen Modells. Wie wird das ausgehen?

Jeremy Rifkin: Es ist entscheidend, ein geeignetes Gleichgewicht zwischen dem kontinentaleuropäischen Sozialmodell und dem amerikanischen Marktmodell zu finden. Wir müssen uns fragen, wo das europäische Sozialmodell besser ist und was seine Schwächen sind. Die gleiche Frage müssen wir uns für das amerikanische Marktmodell stellen und dann die Stärken des einen Modells als Gegenmittel gegen die Schwächen des anderen verwenden.

Was sind die jeweiligen Stärken der beiden Modelle?

Die Stärken des kontinentalen Sozialmodells sind Solidarität, Sorge um die Lebensqualität, nachhaltige Entwicklung, Glaube an die Menschenrechte und die sozialen Rechte, Streben nach Frieden, Inklusivität. Seine Schwäche ist, dass all die Brüderlichkeit vor der Zeit der Reformation und der Aufklärung, also die katholische Kirche und die feudale Gesellschaft, weiterhin einsickert. Das führt dazu, dass man das Eigenverantwortlichkeitsgefühl verliert, nach dem Motto »Der Staat wird sich für immer um mich kümmern.«

Die Stärke des amerikanischen Modells ist, dass es ein kleiner Motor für Wirtschaftswachstum ist, weil es auf dem Prinzip »Jeder steht auf seinen eigenen Füßen« basiert: Keine Brüderlichkeit, friss oder stirb, die Gesetze des Marktes. Seine Schwäche ist, dass es die Früchte nicht gut verteilt, weil die so genannte »unsichtbare Hand« (Selbstregulierungsprinzip nach Adam Smith, A. d. R.) eine Fiktion ist. Wenn man dieses Modell ohne Regulierung laufen lässt, werden die Reichen reicher und die Armen ärmer.

»Die nordeuropäischen und skandinavischen Länder rationalisieren ihr Sozialmodell, aber sie haben es nicht aufgegeben.«

Einen Teil dieser Stärken Europas wollen viele unserer Politiker abschaffen, weil sie darin eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Wirtschaft sehen.

Niemand gibt das Sozialmodell auf, das muss uns klar sein. Die nordeuropäischen und skandinavischen Länder rationalisieren ihr Sozialmodell, aber sie haben es nicht aufgegeben. Sie unterstützen den Markt, den Unternehmergeist und das Marktkapital, aber sie unterstützen

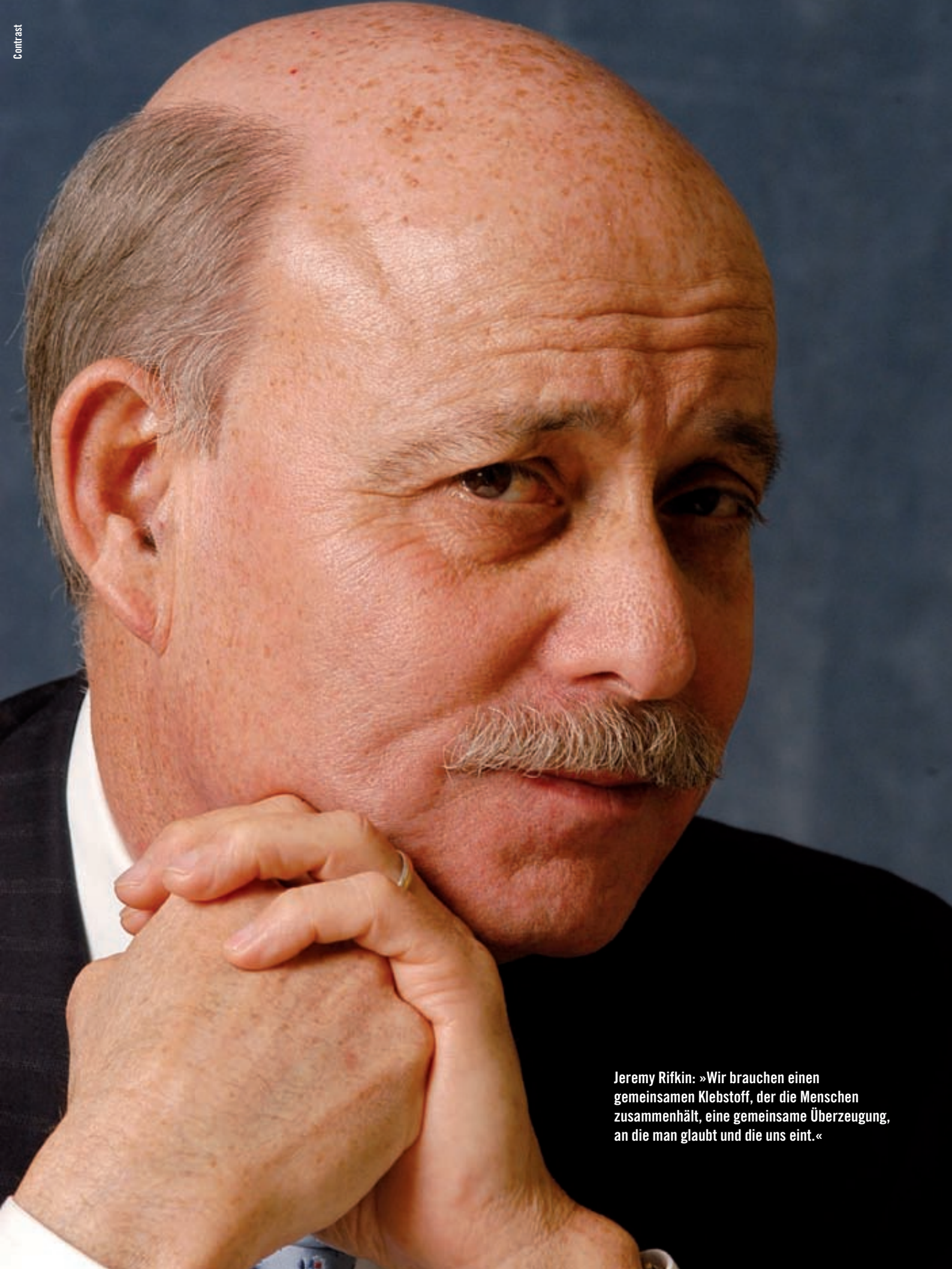
gleichzeitig das soziale Kapital. Diese dialektische Spannung halten sie recht gut aufrecht. Wenn das von Holland bis Finnland machbar ist, warum sollte es nicht auch im Rest Europas funktionieren?

»Flexicurity« nach dem Vorbild der skandinavischen Länder ist ja der letzte Schrei bei Europas Politikmachern. Ist das mehr als nur ein anderes Wort für das amerikanische »Hire and Fire«-Modell?

Zumindest könnte es mehr sein. Ich sage zu Businessleadern, dass Arbeitsflexibilität in beide Richtungen gehen muss. Es darf kein Euphemismus für »einstellen und feuern, wann immer man will« sein. Sagen wir beispielsweise, in einer perfekten Welt möchte ein Unternehmen eine völlig flexible Belegschaft haben – »Just in Time« (JIT), bedarfsorientiert, wenn man sie nicht braucht, kann man

ÜBER DIE PERSON

Jeremy Rifkin (62) ist Gründer und Präsident der »Foundation on Economic Trends« in Washington und Autor mehrerer Bestseller, darunter »Das Ende der Arbeit« (1995) und »Der europäische Traum« (2004). Der Wirtschaftswissenschaftler war auch persönlicher Berater des ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission Romano Prodi.



Jeremy Rifkin: »Wir brauchen einen gemeinsamen Klebstoff, der die Menschen zusammenhält, eine gemeinsame Überzeugung, an die man glaubt und die uns eint.«

sie loswerden. Aber eine Gesellschaft kann nicht auf Grundlage von »Just in Time«-Arbeitskräften funktionieren, denn wie würden diese Menschen ihre Rechnungen bezahlen oder ihre Kinder ernähren?

Wenn man JIT-Arbeitskräfte will, muss man etwas tun. In vielen Ländern gibt es jetzt professionelle Beschäftigungsorganisationen, die Arbeiter jeder Art vom Fabrikarbeiter bis zur Führungskraft vertreten und sie vermieten. Dann sollte es auch Kollektivverträge mit diesen professionellen Beschäftigungsorganisationen geben. Sie sind verantwortlich für die Sozialleistungen, und sie sollten Löhne für zukünftige Arbeit zahlen, so wie wir es im amerikanischen Immobiliengeschäft machen.

Wer in Amerika Immobilien verkauft, weiß nicht, wann er ein Geschäft abschließen wird. Deshalb zahlt das Unternehmen einen fortlaufenden Lohn, und wenn man eine Kommission erhält, zahlt man zurück. Flexibilität muss auf beiden Seiten eingebaut sein. Andere Länder kennen Zeitkredite für Arbeitnehmer, die für

verschiedene Zwecke bis zu einem Jahr aussetzen können. In Norwegen können Eltern zwei Jahre Auszeit nehmen mit 70 Prozent ihres Einkommens. Das ist Flexibilität auf der anderen Seite.

Die EU hat 2006 zum Jahr der Arbeitnehmermobilität ausgerufen, weil sie in der geringen Mobilität der Europäer im Vergleich zu den Amerikanern eine große Schwäche sieht. Macht mehr Mobilität bessere Arbeitnehmer aus den Amerikanern?

Nicht unbedingt. Es stimmt, wir haben eine hohe Mobilität, aber bedenken sie: Von den späten 50-ern bis in die frühen Neunzigerjahre hinein haben die EU-Mitgliedsländer uns beim Produktivitätszuwachs jedes Jahr übertroffen. Danach haben wir aufgeholt, weil wir die Informationstechnologie-Revolution schneller eingeführt haben als die Europäer. Aber laut OECD-Zahlen haben selbst 2003 sieben EU-Länder unsere Produktivitätssteigerung übertroffen, darunter Frankreich und Deutschland. Viele eu-

ropäische Unternehmen führen die IT-Revolution erst jetzt ein, aber die gute Nachricht ist: Ihr seid bei der Rastertechnologie, die die nächste große Produktivitätsrevolution sein wird, 18 Monate im Vorsprung. Dabei verbindet man alle seine Computer und macht Supercomputing über Industrien und Unternehmen hinweg.

Wer wird also künftig die Nase vorne haben?

Die EU hat eine bessere Chance, in den nächsten paar Jahren vorne zu sein. Wir haben eine massive Privatverschuldung, massive Handelsdefizite und einen abgewerteten Dollar. Ihr habt ein höheres Sparniveau, eine niedrigere Staatsverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt und starke Gewinne im Banken- und Versicherungssektor. Wenn ihr die Kurve kriegt, habt ihr also das Geld. Jetzt geht es darum, die Infrastruktur Europas zu integrieren, damit sie nahtlos ist und ihr genauso einfach Wirtschaft und Handel treiben könnt wie wir.



© Pflaum

Wie kann man die europäischen Arbeitnehmer zu mehr Mobilität anregen?

Schlussendlich ist Mobilität eine Frage der Gemütsverfassung, der geistigen Einstellung. Es geht darum, die Bedingungen zu schaffen, damit man sich trotz der Unterschiede überall in der EU heimisch fühlt. Alle Gesetze und Richtlinien der Welt werden niemanden dazu bringen, von einem Ort an den anderen zu ziehen, wenn er sich dort nicht zu Hause fühlt.

Wie kann man das erreichen?

Indem man einen gemeinsamen Klebstoff hat, der die Menschen zusammenhält, eine gemeinsame Überzeugung, an die man glaubt und die uns eint. Das ist die große Stärke des amerikanischen Erfahrung der letzten 200 Jahre. Wir haben sehr viel Mobilität, weil wir einen gemeinsamen Traum teilen. Der europäische Traum ist etwas komplizierter und er steckt noch in den Anfängen, aber es gibt ihn. Und seine Komponenten sind die Stärken des europäischen Modells, die ich vorhin genannt habe.

Wie passt die Erweiterung der Europäischen Union in diesen Traum?

Die Erweiterung war die nächste Stufe der europäischen Mission nach dem Euro, sie ist absolut essenziell. Die zehn neuen Länder haben Europa frisches Blut, neue Vitalität, eine neue Hoffnung gebracht. Die jungen Leute sind heiß, sie sind das Beste, was je geschehen ist. Das haben wir in Amerika aus der Geschichte gelernt: Her mit dem neuen Blut!

Ja, wir mühen uns ab, und wir meckern und stöhnen über jede neue Gruppe, aber im Grunde genommen mögen wir das auch irgendwie. Was Amerika ständig in Bewegung gehalten hat, ist, dass wir alle möglichen neuen Kulturen hereingenommen haben, die jede Menge neuer Ideen mitgebracht haben. Dann werden sie integriert, sodass Teile neuer Kulturen zu einem Teil neuer Kulturen werden. Kultur ist kein statisches Konzept, sie ändert sich ständig. Wir sind nicht mehr das Amerika von vor 50 Jahren. Schauen sie sich nur einmal die asiatischen und lateinamerikanischen Einflüsse an.

Sie sprechen über die Angst vor dem Islam in Europa. Ist der Islam die Grenze, wenn es um das Hereinnehmen neuer Kulturen geht?

Ich denke nicht, dass das die Grenze ist. Ich bin mehr denn je für die Aufnahme der Türkei in die EU. Europa ist ein Geisteszustand, aber es ist auch Geographie. Es wird sich nicht über die ganze Welt erstrecken.

Aber man kann sicher den Standpunkt vertreten, dass die Türkei zumindest teilweise geographisch in Europa liegt. Europa hat den türkischen Einfluss schon seit 1000 Jahren gespürt.

Mit den Mauren in Spanien und dem Osmanischen Reich, das vor den Toren Wiens stand, gab es seit Jahrhunderten viel muslimischen Einfluss in Europa. Die Türkei wird gut für die Union sein, und die Union gut für die Türkei.

Anstatt sich vor dem Islam zu fürchten, sollten wir fragen, was wir tun können. Ein Willkommenskorps – lasst die jungen Leute raus, die nicht fremdenfeindlich sind, damit hereinkommende junge islamische Menschen nicht isoliert sind.

Wenn man mit drei Generationen der Isolation dasteht wie in Teilen Londons oder in Paris, dann gibt es Probleme.

Es ist mühsam. Sie werden die Geschlechterfrage im Islam nicht mögen. Sie müssen ihren jungen islamischen Freunden sagen, was sie diesbezüglich fühlen. Dann werden die ihnen erzählen, was sie bezüglich des Hedonismus und des Materialismus hier in Europa fühlen.

Man muss damit ringen, und über eine Generation hinweg müssen die Leute einander ausgesetzt sein, um Vorurteile zu beenden. Denn nur dann identifiziert man sich mit einer anderen Person. Das nennt sich Empathie oder Einfühlungsvermögen.

Diese Bereitschaft, sich einzufühlen, kann man nicht per Gesetz verordnen, sondern man muss einander ausgesetzt sein.

Per Gesetz kann man nur Programme beschließen, die den jungen Menschen mehr Ausgesetztsein erlauben.

(Mit dem Wirtschaftswissenschaftler Jeremy Rifkins sprach Tansel Terzioglu.)

INFORMATION

Europas Willkommenskorps

Ein Vorschlag **Jeremy Rifkins** zur Erhöhung der Mobilität der europäischen Arbeitnehmer ist die Einrichtung von »Willkommenskorps« für Migranten. Ähnlich wie beim amerikanischen Friedenskorps sollen junge Europäer die Möglichkeit haben, in einem Willkommenskorps mitzumachen.

Diese Jugendlichen können in einer Organisation der Zivilgesellschaft (Bürgerorganisation) ausgebildet und dann in die Gesellschaft ausgeschickt werden, um Arbeitnehmer aus anderen Regionen Europas und Immigranten von außerhalb Europas bei uns willkommen zu heißen.

Sie können den Neuankömmlingen in allen möglichen Fragen helfen, von den beruflichen Qualitäten über Unterkunftsmöglichkeiten bis zu Sprachkenntnissen. Ein wichtiger Bestandteil des Willkommenskorps soll auch der gegenseitige kulturelle Austausch sein.

Jeremy Rifkin: »Wenn zum Beispiel ein polnischer Arbeitnehmer nach Frankreich kommt, gibt es da eine Gruppe von engagierten und interessierten französischen Jugendlichen, die sagt: Du bist willkommen.

Wir möchten etwas über deine Kultur lernen und wir wollen, dass du etwas über uns lernst. Wir wollen helfen, damit du dich hier abseits deiner Heimat zu Hause fühlst. Wir sind Europäer, nicht nur Franzosen oder Polen.«

INKLUSIVITÄT

Dieser Begriff verbindet in der Wohlfahrtsstaatsforschung Politik und Wirtschaft.

Dabei bezieht er immer auch familiäre und schulische Sozialisation mit ein.

Er bezeichnet den Grad, das Ausmaß an sozialen Chancen, die jedem Menschen Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen und Beteiligung an der Macht ermöglichen.

Das heißt, es geht um die Chancen für die Inklusion jeder Person in die Gesellschaft in Form von Zugehörigkeit zu Gemeinschaften.

Der Grad an möglicher Inklusion wird als Inklusivität beschrieben. (M. B.)

Andenländer:

Freihandel gegen Arbeitsplätze und Bauern

Die Mehrzahl der Bevölkerung Lateinamerikas fühlt sich durch die Wirtschaftsverträge mit den USA existenziell bedroht.

Für den Freihandelsvertrag (TLC – Tratado de Libre Comercio) mit den USA gibt es keinerlei Grundlage. Zuerst müssten unsere Wirtschaft und die Infrastruktur gestärkt sein«, bringt Jorge Herrera, der Vorsitzende der Indio- und Bauernbewegung der ecuadorianischen Provinz Cotopaxi MICC seine Ablehnung gegenüber dem geplanten Abkommen zum Ausdruck. Fast nahtlos schließt sich die Argumentation von Pedro de la Cruz, dem Präsidenten der eher sozialistisch orientierten FENOCIN (Föderation der Bauern, Indios und Schwarzen) diesen Ausführungen an: »Der TLC würde dazu führen, dass wir mit hochsubventionierten Agrarprodukten überschwemmt werden und unsere einheimische Landwirtschaft, insbesondere die kleiner Produzenten, weiter leidet.« Die Gewerkschaften in sämtlichen Andenstaaten marschierten am 1. Mai mit einer klaren Ablehnung des Freihandelsvertrages durch die Straßen.

Nix ist frei bei »Freihandel«

Die USA erfanden den TLC, nachdem ihr Konzept einer amerikaweiten Freihandelszone ALCA am Widerstand insbesondere der starken Volkswirtschaften Südamerikas, Argentiniens und Brasiliens gescheitert waren. Seitdem sucht Washington bilaterale Abkommen (z. B. mit Chile 2003) und regionale Verträge (z. B. CAFTA mit Zentralamerika 2004). Seit Mai 2004 verhandeln die USA den »Freihandelsvertrag« mit den Andenstaaten Ecuador, Kolumbien und Peru. Bolivien und Venezuela blieben außen vor. Das Wort »frei« in dem geplanten Vertrag ist reine Propaganda, denn die USA haben von vornherein klar gemacht, dass sie beispielsweise über ihre milliardenschweren Subventionen für die Landwirtschaft nicht verhandeln werden, und der Gedanke, dass Freiheit nur sozial gerecht ausgestaltet sein kann und sich an den

Menschenrechten orientieren sollte, spielt bei den Verhandlungen keinerlei Rolle. Als Resultat bleibt der TLC der Versuch, die ökonomischen und geopolitischen Interessen der USA in den Andenstaaten durchzusetzen.

Keine Überlebenschance

»Die Bauern und Indigenas sind am meisten von den Freihandelsverträgen bedroht«, sagt Pedro de la Cruz. »Schon jetzt sehen wir die Zerstörung der Natur durch das moderne Agrobusiness, Privatisierungen zum Beispiel von Wasser, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die Dollarisierung unserer Wirtschaft, der TLC stellt eine Vertiefung des neoliberalen Modells dar.« Die Indigenas, die mehr als ein Drittel der Bevölkerung Ecuadors und die große Mehrheit unter den Landwirten in den Anden ausmachen, wissen genau, was sie durch den TLC verlieren würden. Eine Studie der UN-Entwicklungskommission für Lateinamerika, CEPAL, hat bereits Anfang 2005 die existenzielle Bedrohung der Mehrzahl der traditionellen Kleinproduzenten durch den TLC bestätigt.

Viele Produzenten von Reis, Milch und Fleisch, Hühnern, Mais oder Kartoffeln hätten keine Überlebenschance. Stattdessen setzt die Regierung auf die exportorientierte kapitalintensive Produktion von Blumen und Früchten.

Gewerkschaftsbünde aller Andenstaaten

Der TLC soll einhergehen mit einer Liberalisierung der Investitionen ausländischer Konzerne, was in diesem Fall US-Konzerne bedeutet, die zukünftig zum Beispiel bei Ausschreibungen von Regierungsaufträgen den einheimischen gleichgestellt werden müssten. Eine eigenständige Politik zur Förderung der nationalen Wirtschaft wird damit unmöglich. Die großen Gewerkschaftsbünde aller An-

denstaaten haben sich deshalb gegen den TLC ausgesprochen (siehe Interview). Doch Peru hat Ende 2005 den TLC unterschrieben und Kolumbien, der engste Verbündete Washingtons in der Region, im Februar 2006. Daraufhin hat der venezolanische Präsident Chavez im April angekündigt, sein Land würde die Andengemeinschaft CAN verlassen, da Kolumbien und Peru mit ihrer Unterschrift unter dem TLC die gemeinsame Geschäftsgrundlage verlassen hätten. Denn die USA haben durchgesetzt, dass der bislang existierende gemeinsame Außenschutz für strategische Agrarprodukte bei niedrigen Weltmarktpreisen aufgegeben werden muss.

Derzeit auf Eis

Der TLC zwischen den USA und Ecuador liegt derzeit auf Eis, da Washington in Konflikt mit dem Andenstaat ist, nachdem dieser den Vertrag mit dem größten Erdölunternehmen im Lande, dem US-Konzern Occidental, im Mai wegen Vertragsbrüchen gekündigt hat. Daraufhin hat Chavez bei einem Besuch in Quito angeboten, der Erdölindustrie Ecuadors unter die Arme zu greifen. Boliviens Morales wiederum versucht geschickt, die CAN zusammenzuhalten, aber zu mehr politischer und ökonomischer Eigenständigkeit zu verhelfen. Bei einem Sondergipfel der CAN in Quito am 13. Juni ist aber wenig Neues erreicht worden. Faktisch ist der »Freihandelsvertrag« TLC auf dem besten Wege, nicht nur zahllose Arbeitsplätze und Bauernhöfe, sondern auch ein Projekt der regionalen Kooperation zu zerstören, das die Europäische Union wiederum fördern will, wie auf dem Wiener EU-Lateinamerika-Gipfel betont wurde.

Frank Brassel

Der Autor arbeitet für den Deutschen Evangelischen Entwicklungsdienst bei einem unabhängigen Forschungszentrum in Quito/Ecuador.

Interview mit Fabio Arias Giraldo, Stellvertretender Vorsitzender der CUT Kolumbien:

Verlust von zwei Millionen Arbeitsplätzen

Arbeit & Wirtschaft: Die Befürworter des Freihandelsvertrages TLC sagen, aus einer Belebung des Handels werden Arbeitsplätze erwachsen. Wieso ist dann eine Gewerkschaft wie die CUT dagegen?

Fabio Arias: Das sind die Argumente der Befürworter, doch die Realität ist eine andere. Seit der Öffnung der kolumbianischen Wirtschaft vor 16 Jahren sind keine Arbeitsplätze entstanden, sondern verloren gegangen. Die Regierung verfügt über keine Studien, die einen Zuwachs an Arbeitsplätzen belegen würden. Kritiker erwarten demgegenüber in den ersten fünf Jahren des TLC einen Verlust von bis zu zwei Millionen Arbeitsplätzen, insbesondere in der Landwirtschaft, wo wir gegen die subventionierten Importe aus den USA nicht standhalten können, aber auch im Textilsektor, wo wir jetzt schon unter den Billigimporten aus China leiden.

Der TLC soll aber auch neue Investitionen bringen, um wiederum Arbeitsplätze zu schaffen.

Die einzigen ausländischen Investitionen, die wir bislang im Zuge der Freihandelspolitik gesehen haben, sind die Aufkäufe staatlicher Firmen wie Telecom, die Fluggesellschaft Avianca, Teil des Ölunternehmens Ecopetrol und Banken. Die Folgen in diesen Unternehmen sind der massive Abbau von Arbeitsplätzen und eine Zerschlagung der Gewerkschaften. Die Arbeitsplätze die verbleiben, werden überwiegend in prekäre Arbeitsverhältnisse umgewandelt. Und die Weltbank bereitet das Land scheinbar schon auf den TLC vor: Kürzlich schlug sie die Flexibilisierung und Absenkung des gesetzlichen Mindestlohnes vor, der jetzt mit 402.800 Pesos (zirca 140 Euro) völlig unzureichend ist.

Die Argumente gegen den TLC und die Wirtschaftspolitik des Präsidenten Uribe sind einleuchtend, es gab auch breite Proteste, doch seine Popularität erscheint ungebrochen. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?



Fabio Arias Giraldo, Stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft CUT in Kolumbien

Es gibt viele Widersprüche in diesem Zusammenhang, nicht nur in Bezug auf den TLC. Die Menschen wollen Frieden, aber Uribe steht für eine Politik des Krieges. Die Menschen kritisieren, dass es keine Sozialpolitik gibt, und Uribe hat das Gesundheitswesen privatisiert, so dass sich viele Arme keine Behandlung mehr leisten können. Aber immer noch glaubt eine Mehrheit an die Politik der »harten Hand« Uribes, die mehr Sicherheit schaffen soll. Die Gewerkschaften, andere soziale Bewegungen und die Oppositionsparteien haben es nicht geschafft, die Menschen von einer Alternative zu überzeugen.

Die Regierung Uribe hat den TLC unterzeichnet, lohnt sich jetzt noch der Protest dagegen?

In jedem Fall, die CUT ist Mitglied im Netzwerk RECALCA aus zivilen Initiativen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Bauern- und Indio-Bewegungen, das Weiterarbeiten und Alternativen zum neoliberalen Modell präsentieren wird. Das Thema des TLC

wird eines der beherrschenden Themen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition gegen Uribe sein. Selbst viele Unternehmen sind besorgt, denn sie können einem Wettbewerb mit den US-Konzernen nicht standhalten. Innerhalb von RECALCA diskutieren wir die Möglichkeit einer Volksbefragung zum Thema.

Wie bewerten Sie das Engagement der internationalen Gewerkschaften zum Thema Freihandelsvertrag?

In der Region sehr gut. Der lateinamerikanische Gewerkschaftsbund ORIT hat ein eigenes Programm gegen die Freihandelsverträge entwickelt. Der Rat der Gewerkschaften der Andengemeinschaft CAN hat unsere Anliegen sehr stark unterstützt. Die Position des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaft war eher zurückhaltend, intern gibt es offenbar viel Unterstützung für das Freihandelskonzept.

(Das Interview führte Frank Brassel im April in Bogotá.)



TELE
KOM
AUS
TRIA



ÖIAG: Seltsame Sitten

Die Staatsholding ÖIAG ist dafür bekannt, dass sie den Privatisierungskurs der Regierung übererfüllt. Kritiker werden aus Gremien brutal entfernt. So zuletzt bei der Telekom Austria.

Die Telekom Austria, eine Tochtergesellschaft der Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG), soll nach dem Willen der Regierung umstrukturiert und voll privatisiert werden. Geplant ist, die Bereiche Mobilkom und Festnetz zu trennen und unter einer Holding als eigenständige Gesellschaften zu führen. Insider befürchten, dass dies nur die Vorbereitung dazu sei, um die Mobilkom leichter verkaufen zu können.

Abberufen

Als sich der langjährige Generaldirektor der Telekom Austria, Heinz Sundt (**im Bild oben**), diesem Ansinnen widersetzte, weil er keine geschäftspolitische Notwendigkeit dafür sah, wurde er – hochdotiert – abberufen.

Als der Telekom-Aufsichtsrat und Ex-Sony-Austria-Chef Otto Zich die Personalpolitik und ebenfalls die Strategie der Telekom kritisch hinterfragte, wurde er – ebenfalls vorzeitig, sein Mandat wäre erst 2008 ausgelaufen – abberufen.

Zurückgetreten

Der ausgewiesene Telekomexperte wurden durch den ehemaligen Lutz-Geschäftsführer Hans Jörg Schelling nachbesetzt. Da dies aus fachlichen Gründen nicht nachvollziehbar sei, trat in der Folge der AT&S-Vorstandsvorsitzende Harald Sommerer von seiner Telekom-Aufsichtsratsfunktion zurück und begründete dies mit seinem Protest gegen die Vorgangsweise des bestimmenden Telekom Austria-Aktionärs ÖIAG: »Ich habe das Mandat in dem Verständnis angenommen, dass man dort fachlich versierte Aufsichtsräte haben will, die eine eigene Meinung vertreten. Das scheint nicht der Fall zu sein.«¹⁾

Ausgetauscht

Doch diese Vorgangsweise der ÖIAG-Spitze scheint Methode zu haben: Das zeigt ein ähnlich gelagerter Vorfall bei der ÖIAG-Tochtergesellschaft Austrian Airlines (AUA). Dort wurde eine kritische

Aufsichtsrätin, die Wirtschaftsanwältin Martine Dornier-Tiefenthaler, ausgetauscht, nachdem sie mehr Informationen im Aufsichtsrat eingefordert hatte und vom Vorsitzenden Rainer WIELTSCH erfahren musste, dass »über die wirklich wichtigen Dinge leider nicht informiert werden könne.«²⁾

Bedrohlich

Für den Betriebsratsvorsitzenden der Telekom-Austria, Michael KOLEK³⁾, sind diese Vorkommnisse ein bedrohliches Sittenbild. An den beiden ÖIAG-Vorständen Peter Michaelis und Rainer WIELTSCH übt er heftige Kritik: »Wir nähern uns zunehmend einer Bananenrepublik. Jeder, der den Mund aufmacht, muss aus dem Aufsichtsrat raus. Die Vorgangsweise der ÖIAG erinnert an ein diktatorisches System, in dem einsame Entschei-

1) Profil, Nr. 22, 29. 5. 06

2) Der Standard, 26. 5. 06

3) Gespräch mit BRV Michael Kolek, 23. Juni 2006



Gottfried Sommer, Sekretär der ARGE ÖIAG

dungen getroffen werden und Kritik nicht geduldet wird. Da stellt sich – auch in Zeiten von Bawag & Co – die Frage, ob man überhaupt einen Aufsichtsrat braucht.«

Arbeitsverfassung

Tatsächlich können die jeweiligen Eigentümer ihre Aufsichtsräte selbst bestimmen. Bekanntlich sind laut Arbeitsverfassungsgesetz auch die Arbeitnehmervertreter berechtigt, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Beeinflussen können sie dort kaum etwas, da die Aufsichtsratsmitglieder der Eigentümer in der überwältigenden Mehrheit sind. Es besteht zwar seitens der Vorstände die Pflicht, alle Aufsichtsratsmitglieder voll zu informieren, bei den Arbeitnehmervertretern landen aber seltsamerweise oft nur ein Bruchteil der wahren Informationen.

Berufsaufsichtsräte

»In meiner restlichen Naivität«, so Kolek, »bin ich bis zu den Aufsichtsratsstürmen bei der Telekom davon ausgegangen, dass die fachliche und erfahrungsmäßigen Aspekte eine Rolle spielen. Ich denke, dass die politikfreie, nur von Fachexperten getragene Entscheidung in Aufsichtsräten nur eine leere Phrase ist.«

Dabei hätte, so Kolek, ein Aufsichtsrat, wie der Name schon sagt, zwei wesentliche Aufgaben zu erfüllen: »Erstens die Aufsicht, das heißt die verantwortlichen Vorstände und Geschäftsführer bei

ihrer Tätigkeit zu beaufsichtigen, im Sinne des Unternehmens und nicht im Eigeninteresse. Zweitens: Rat, das heißt ebenfalls, den Verantwortlichen mit Rat zur Seite zu stehen. Viele Aufsichtsräte haben aber ihre eigentliche Aufgabe schon vergessen, sehen diese Funktion nur als Reputation ihrer Person an, erwerben sich damit so genannte Wichtigkeit und sind Berufsaufsichtsräte.«

Am Hungertuch nagen muss ein Eigentümer-Aufsichtsrat wirklich nicht. Ein Mitglied des Aufsichtsrates erhält durchschnittlich ca. 12.000 Euro im Jahr. Der Vorsitzende z. B. des Telekom-Aufsichtsrates bekommt nach einer Erhöhung um 11.800 Euro nunmehr 30.000 Euro im Jahr für diese Funktion. In Österreich gibt es schätzungsweise mehr als 4000 Aufsichtsratsmandate.

Im vergangenen Jahr fanden z. B. bei der Telekom sieben Sitzungen und acht Treffen statt.⁴⁾ Im Schnitt hat laut ORF, der Richard Schenz, Kapitalmarktexperte der Regierung, zitiert, eine Person fünf solcher Mandate. Das wären also im Schnitt für einen »Berufsaufsichtsrat« mindestens 60.000 Euro im Jahr oder mehr als 8000 Euro pro Sitzung. Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhalten eine Aufwandsentschädigung von 220 Euro je Sitzung, »die wir«, so Kolek, »nach Abzug der Steuern, die dafür abzuführen sind, spenden«.

Aber da Angriff die beste Verteidigung ist und von der eigenen Geschäftspolitik des Gleichschaltens so am besten abgelenkt werden kann, wird von Medien⁵⁾ immer wieder behauptet, dass aus dem Aufsichtsrat der ÖIAG-Holding Arbeit-



Michael Kolek, Betriebsratsvorsitzender Telekom Austria

nehmervertreter Informationen an die Öffentlichkeit tragen würden.

Für Gottfried Sommer, Sekretär der ARGE ÖIAG⁶⁾, steckt hinter diesen unhaltbaren Behauptungen Methode: »Es gibt keine Grundlage für diese Behauptungen. Solche Mutmaßungen dienen nur dazu, in Zeiten wie diesen Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten zu diskreditieren. Und sie führen dazu, dass sich manche Aufsichtsratspräsidenten gar nicht mehr trauen, den gesamten Aufsichtsrat umfassend zu informieren, mit dem Hinweis, die Arbeitnehmervertreter würden alles an die Medien weitergeben. Tatsächlich aber werden Arbeitnehmervertreter von Medien auf Dinge aufmerksam gemacht, noch bevor reguläre Tagesordnungen oder Unterlagen überhaupt bei ihnen eingelangt sind.«

Wie umgekehrt Kapitalvertreter mit der Informationspflicht umgehen, zeigen nicht nur die jüngsten Aufsichtsrats-Turbulenzen in der ÖIAG-Tochter Telekom Austria, sondern etwa auch die laufenden Insider-Verfahren oder frühere ÖIAG-Transaktionen bei der Telekom, die zu Prüfungen der Börsenaufsicht geführt haben.«

Kolleginnen und Kollegen in Aufsichtsräten

Für den Telekom Austria-Betriebsratschef Michael Kolek sind die Konsequenzen klar: »Das Verhalten der Personalvertretung im Aufsichtsrat wird sich daher noch mehr auf das Hinterfragen der einzelnen Entscheidungen konzentrieren, da es ja bald niemanden mehr geben wird, der kritische Fragen stellt. Unsere Entscheidungen werden wir noch genauer überdenken. Ich kann nur allen Kolleginnen und Kolleginnen in Aufsichtsräten empfehlen, alles protokollieren zu lassen, z. B. auch, dass man eben gewünschte Informationen nicht bekommen hat. Dann ist auch dokumentiert, dass die Arbeitnehmervertreter nicht für etwas verantwortlich gemacht werden können, das sie gar nicht erfahren haben.«

Wilfried Leisch

4) Wirtschaftsblatt, 26. 5. 06

5) z. B. Die Presse, 5. 5. 06

6) Die Arbeitsgemeinschaft ARGE-ÖIAG ist die Interessengemeinschaft der BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen der ÖIAG Beteiligungen

Verlorene Jahre

Sechs Jahre tief schwarze Wirtschaftspolitik haben deutliche Spuren hinterlassen: Steigende Arbeitslosenzahlen, stagnierende Durchschnittslöhne und -gehälter, eine deutliche Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Autor: Martin Margulies

Landtagsabgeordneter, Budget- und
Wirtschaftssprecher der Wiener Grünen

Die Wirtschaft entwickelte sich nur wenig dynamisch. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den Jahren 2000 bis 2005 betrug in Österreich magere 1,9 Prozent.

Waren im Jahr 2000 238.000 Menschen arbeitslos (inklusive Schulungen und Pensionsvorschuss), betrug diese Zahl 2005 bereits 322.740.

Werden diese, letzten Endes nicht allzu viel über die gedeihliche Entwicklung eines Landes aussagenden Zahlen noch um andere Zielkriterien erweitert, sieht die Bilanz der schwarz-blauen Bundesregierung noch viel kläglicher aus.

Nicht nur die Arbeitswelt hat sich dramatisch verändert. Sozial- und Versicherungsleistungen wurden gekürzt, das Bildungssystem ausgehungert, die Zweiklassen-Medizin ist wieder in aller Munde.

ZUR PERSON

Martin Margulies, 41, abgeschlossenes Studium der Technischen Mathematik (Diplom-Ingenieur), Landtagsabgeordneter, Budget- und Wirtschaftssprecher der Wiener Grünen seit 2001, von 1997 bis 2001 Landesgeschäftsführer der Wiener Grünen, von 1988 bis 1989 Vorsitzender der Hochschülerschaft an der TU Wien

Erfolgreich – für wen?

Und dennoch spricht die Bundesregierung von einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Schließlich ist Erfolg vor allem eines: eine Frage des Blickwinkels. Und tatsächlich – Schlüssel war erfolgreich.

Zwar weder in seinen Versprechungen noch in seinen vorgeblichen wirtschaftspolitischen Zielen – doch im Gegensatz dazu wurden die Erwartungen seines Klientels punktgenau erfüllt: die Reichen wurden reicher (und die Armen wurden mehr).

Und so bleibt auch das Nichterreichen des konjunkturpolitisch absurden Ziels eines Nulldefizits möglicherweise ein kleiner öffentlicher Makel. Doch nach einem Jahrzehnt EU-weiter neoliberaler Politik sozialdemokratischer Prägung gelang es mit diesem Vorsatz, konservativste Gesellschaftspolitik mit neoliberaler Wirtschaftspolitik zu vereinen.

Betrachtet man die Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre unter den Gesichtspunkten der Verbesserung der sozialen Lage, einer verstärkten ökologischen Nachhaltigkeit oder last but not least unter Aspekten der Gendergerechtigkeit, zerrinnt der Erfolg zwischen den Fingern. Denn werden oben genannte Kriterien als Maßstab zugrunde gelegt, ist die Politik der Bundesregierung auf allen Linien gescheitert.

Lebendige Klientelpolitik

Die soziale Lage hat sich verschlechtert, folgerichtig brachte selbst die schwarzblaue Steuerreform 2005 der breiten Bevölkerungsmehrheit nur sehr wenig. Die

untersten Einkommensklassen gingen überhaupt leer aus. 2,3 Millionen Menschen bekamen von dieser Steuerreform nichts zu spüren. Die Leistungskürzungen seitens des Staates sowie die vorgenommenen Steuer- und Abgabenerhöhungen wiederum, trafen und treffen in erster Linie jedoch genau ebendiese Personengruppe.

Auch kleine Unternehmen und EPU's gingen bei der Steuerreform, deren Herzstück, die Senkung der Körperschaftsteuer in erster Linie Kapitalgesellschaften zugute kam, meist leer aus. Dies, obwohl sie für die österreichische Wirtschaft von herausragender Bedeutung sind und einen Großteil der Arbeitsplätze bereitstellen.

Begleitmusik

Als Begleitmusik wurden und werden nach und nach sämtliche Beteiligungen des Staates an Unternehmen ohne Konzept verkauft.

Darunter auch zahlreiche Unternehmen, die für die Erbringung von Dienstleistungen im öffentlichen Interesse von entscheidender Bedeutung sind. Deren Privatisierung wird über kurz oder lang wieder jene treffen, die wegen niedriger Einkommen auf flächendeckende und leistbare Bereitstellung von Dienstleistungen angewiesen sind.

Während Einmal Erlöse lediglich dazu dienen, das Budgetdefizit kurzfristig in Grenzen zu halten, forcieren Privatisierungen und Börsengänge in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zusätzlich eine Verschärfung der Lage auf dem ohnehin angespannten Arbeitsmarkt.

Ökologie?

In Sachen Ökologie wurde Österreich vom Vorbild für andere Länder zum Nachzügler: In Zeiten steigender Erdölpreise, in denen auch die Abhängigkeit von großen Erdöl- und Erdgas exportierenden Ländern immer deutlicher wird, reagierte die österreichische Bundesregierung, leider auch mit Zustimmung der oppositionellen Sozialdemokratie, mit einer Kürzung der Fördermittel für neue Ökostromanlagen um 80 Prozent, anstatt einen zukunftsweisenden Wirtschaftssektor verstärkt zu fördern. Die extrem hohe Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten dämpft die Konjunktur und schwächt die Wirtschaft. Dies umso mehr, je stärker die Preise anziehen.

Frauenpolitik?

Frauenpolitisch geht es weit zurück ins vorige Jahrhundert. Mit der deutlichen Anhebung des Alleinverdienerabsetzbe-

trages und auch der Ausgestaltung des Kindergeldes wird ein patriarchales Familienmodell gefördert, in dem der Mann das Familieneinkommen erwirtschaftet und die Frau ein bisschen dazuverdient. Frauen konnten überdies nur unterproportional von der Steuersatzsenkung profitieren, da ein erheblicher Anteil nur steuerfrei gestellte Niedrigeinkommen erzielt.

Darüber hinaus hat es die österreichische Bundesregierung verabsäumt, in eine zukünftige positive Wirtschaftsentwicklung zu investieren. Ausgaben für Bildung, Universitäten und Forschung und Entwicklung stagnieren real. Im universitären Bereich ist die finanzielle Situation dramatisch. Einsparungen in diesen Bereichen wirken sich jedoch mittel- bis langfristig negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung aus.

Der Sparszwang ist dabei selbst auferlegt. Steuergeschenke an Unternehmen engen den finanziellen Spielraum ein. Die wenigen Arbeitsplätze, die durch neu an-

siedelnde Unternehmen vielleicht entstehen, werden den langfristigen volkswirtschaftlichen Schaden durch geringe Investitionen in die Zukunft nicht aufwiegen können.

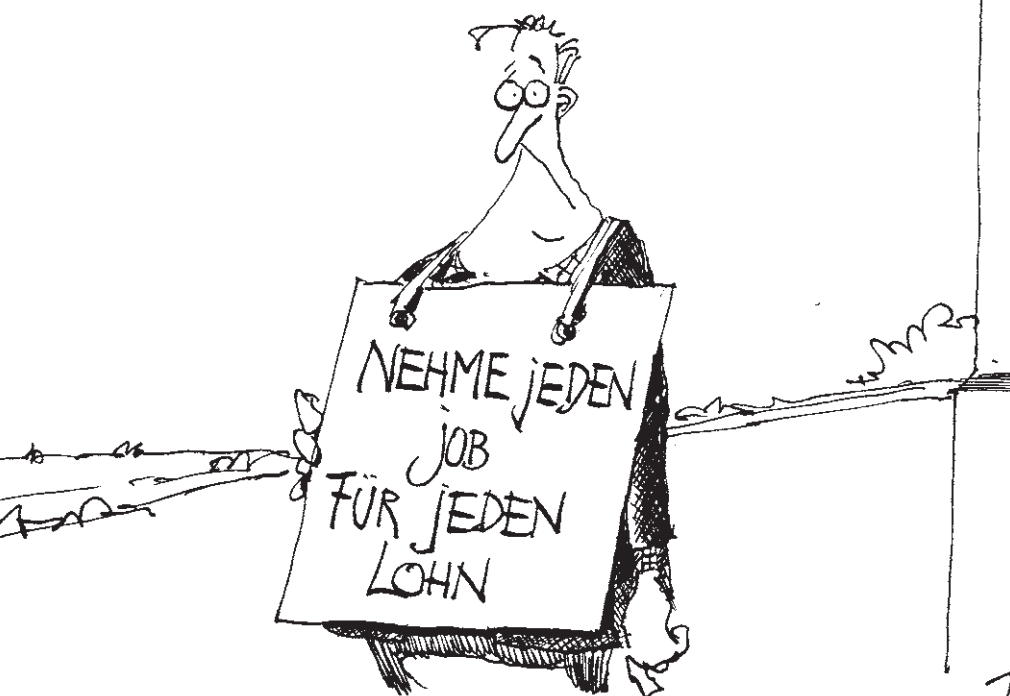
Alternativen sind möglich

Alles schön und gut, könnte jetzt eingesetzt werden, aber in Zeiten des globalen Wettbewerbs kann sich keine Regierung eine grünaffine Politik leisten bzw. muss der Staat in der oben genannten Weise reagieren um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Ein gefährlicher Trugschluss. Ein Zusammenhang niederer Steuer- und Abgabenquoten mit guter wirtschaftlicher Entwicklung lässt sich nicht nachweisen.

So stehen die skandinavischen Länder mit sehr hohen Steuerquoten sehr gut da, während in Deutschland trotz kräftiger Steuersenkungen die Wirtschaft lahmt wie sonst kaum wo. Gleichzeitig stößt der Staat an die Grenzen seiner Finanzierbar-





© Pladmann

GLOBALISIERUNG ALS CHANCE

keit, sodass jetzt erst recht wieder über Steuererhöhungen nachgedacht werden muss.

Zusätzlich ist erwiesen, dass Unternehmensgewinne nur zu einem geringen Teil reinvestiert werden.

Steigende Unternehmensgewinne, herbeigeführt durch großzügige Steuer-senkungen, werden daher kaum zu mehr Arbeitsplätzen führen.

Eine ideologisch motivierte Senkung der Steuerquote, um damit Sachzwänge zu schaffen, um danach die öffentliche Hand aus möglichst weiten Bereichen zurückzudrängen, führt zu einer Spirale nach unten.

Die Nachfrage schwächt sich ab, wichtige Investitionen unterbleiben, das Wirtschaftswachstum lahm, es kommt zu Steuerausfällen die zu weiteren Einschnitten im öffentliche Sektor führen, und so beginnt der Kreislauf von vorn.

Richtig ist allerdings, dass mittlerweile die wichtigsten politischen Entscheidungen auf supranationaler Ebene und hier in erster Linie in der EU getroffen werden.

Hierbei handelt es sich aber nicht um einen Sachzwang der Globalisierung, wie dies seitens der österreichischen Bundes-

regierung dargestellt wird. Vielmehr werden die Rahmenbedingungen von den einzelnen Regierungen aktiv mitgestaltet, und die österreichische Bundesregierung nimmt auf europäischer Ebene in vieler Hinsicht eine Vorreiterrolle bei der Durchsetzung eines neoliberal geprägten Europas ein.

Bremser Österreich

Es war Wolfgang Schüssels ganz persönliches Ziel, das EU-Budget gering zu halten.

Damit sind die Strukturfonds der EU nur schwach dotiert, obwohl die Herausforderungen durch die Osterweiterung stark angestiegen sind.

Besonders kurzsichtig ist diese Maßnahme, da Österreich von der Entwicklung der neuen EU Länder bisher am meisten profitieren konnte.

Die österreichische Bundesregierung blockiert eine EU-Richtlinie zur Geldwäsche und zur Mindestbesteuerung von Zinseinkommen und begünstigt so die Steuerflucht und schadet damit den Partnerländern.

Grassers Budgetpolitik heizt den internationalen Steuerwettbewerb an. Wo bei einem fraglichen kurzfristigen Nutzen

ein langfristiger Schaden für alle gegenübersteht.

Die Gruppenbesteuerung, die es österreichischen Unternehmen erlaubt, die Verluste ausländischer Töchter mit in Österreich gemachten Gewinnen gegenzurechnen, ist in Europa einmalig. Geschätzter Verlust an Steuereinnahmen: eine Milliarde Euro.

Eine Maßnahme, die kurzfristig möglicherweise einige wenige Unternehmen nach Österreich locken kann. Aber nur so lange, bis andere Länder nachgezogen oder ihrerseits überholt haben.

Schließlich hat sich die Bundesregierung auch in der Frage der Dienstleistungsrichtlinie nicht mit Ruhm bekleckert.

Während in Österreich zwar immer wieder bekräftigt wurde, europaweit kritisierte Vorschläge wie das Herkunftslandprinzip müssten aus der Richtlinie herausgenommen werden, vertraten die zuständigen Minister in Brüssel genau das Gegenteil.

RESÜMEE

Anstatt innerhalb der Europäischen Union für mehr Kooperation und eine koordinierte Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene einzutreten (z. B. verstärkte Nachfragepolitik durch öffentliche Investitionen) macht die österreichische Politik das Gegenteil und predigt mit ideologischer Engstirnigkeit die heilbringenden Segnungen des freien Wettbewerbs und lässt auch auf EU-Ebene kaum eine Gelegenheit aus eine nachhaltig positive wirtschaftliche Entwicklung zu torpedieren.

Der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ist es schwer anzukreiden, dass sie, anstatt sich für eine Veränderung dieser Rahmenbedingungen aktiv einzusetzen an vorderster Front an jenen Rahmenbedingungen mitgestaltet. In Folge werden diese später von derselben Bundesregierung als quasi naturgesetzliche Sachzwänge bezeichnet und dazu benutzt werden die Bevölkerung zu verunsichern und in Angst zu versetzen. Ein verwerfliches, aber gerade von rechten Regierungen immer wieder gern eingesetztes Mittel um die eigene Politik durchzusetzen und das eigene Klientel entsprechend zu bedienen.

Statistiken sind Argumente

	Verbraucherpreisindex Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat			
	Nationale VPI		Harmonisierte VPI	
	April 06	Mai 06	April 06	Mai 06
Belgien	2,0	2,2	2,6	2,8
Deutschland	2,0	1,9	2,3	2,1
Finnland	1,3	1,7	1,5	1,7
Frankreich	1,7	2,1	2,0	2,4
Griechenland	3,3	3,1	3,5	3,3
Irland	3,8	3,9	2,7	3,0
Italien	2,2	2,2	2,3	2,3
Luxemburg	2,9	3,1	3,5	3,6
Niederlande	1,2	1,3	1,8	1,8
Österreich	1,6	1,7	2,0	2,1
Portugal	2,5	...	2,9	...
Spanien	3,9	4,0	3,9	4,1
VPI-EWU	—	—	2,4	2,5
Dänemark	1,8	2,0	1,8	2,1
Estland	4,3	4,7	4,3	4,6
Lettland	6,1	6,6	6,1	7,1
Litauen	3,5	3,6	3,4	3,6
Malta	3,5	3,5
Polen	0,7	0,9	1,2	1,5
Schweden	1,5	1,6	1,8	1,9
Slowak. Rep.	4,5	4,8	4,4	4,8
Slowenien	2,7	3,2	2,8	3,4
Tschech. Rep.	2,8	3,1	2,3	2,8
Ungarn	2,3	2,8	2,4	2,9
UK 2.0	2,2	2,0	2,2	—
Zypern	3,0	3,1	2,5	2,5
EU 25	—	—	2,3	2,4
Island	5,5	7,6	3,3	4,8
Norwegen	2,7	2,3	2,8	2,5
VPI-EWR	—	—	2,3	2,4
Schweiz	1,1	1,4	—	—
USA	...	4,2	—	—

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für Interessenvertreter und jeden politisch Interessierten.

Datenquellen: Statistik Austria/EUROSTAT, laufender Monat;
Anmerkung: Der harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- und Beschäftigungspolitik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.
 ...= Bei Redaktionsschluss keine Werte bzw. für Luxemburg zum Teil nur mehr HVP- Werte verfügbar.
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum

Der Arbeitsmarkt im Mai 2006

	Stand Mai 06	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat
Unselbständige Beschäftigung	3.277.150	31.545	48.995
ohne KUG/Präsenzleier	3.156.897	29.280	49.776
Arbeiter	1.300.917	25.813	16.622
Angestellte u. Beamte	1.976.233	5.732	32.373
Männer	1.775.331	21.479	22.705
Frauen	1.501.819	10.066	26.290
Ausländer	390.884	10.051	15.200
Inländer	2.886.266	21.494	33.795
Vorgemerkte Arbeitslose	211.850	-20.608	-11.502
Männer	111.836	-14.261	-7.424
Frauen	100.014	-6.347	-4.078
Ausländer	36.606	-5.343	-1.918
Inländer	175.244	-15.265	-9.584
Jugendliche (bis unter 19)	7.017	-743	-822
Jugendliche (19 bis unter 25)	25.893	-2.765	-2.091
Ältere (50 bis unter 55)	20.246	-2.153	-519
Ältere (55 bis unter 60)	16.858	-1.181	8
Ältere (über 60)	3.936	-203	-762
Arbeitslosenquote	6,1	-0,6	-0,4
Offene Stellen	34.589	2.029	5.324
Lehrstellensuchende	4.217	-241	-136
Offene Lehrstellen	3.643	107	1.243
Geringfügige Beschäftigung *	237.798	2.575	6.044
Männer	71.788	962	3.004
Frauen	166.010	1.613	3.040
Arbeiter	132.409	1.749	2.196
Angestellte	105.389	826	3.848

*) nicht in der unselbständigen Beschäftigung enthalten

Lobbyinggrauzone?

Europäische Transparenz-Initiative: Die Europäische Kommission will mit einem neuen Grünbuch eine Debatte über Lobbying in Brüssel lancieren und im schwer durchschaubaren Geschäft der politischen Einflussnahme neue Regeln für LobbyistInnen aufstellen – allerdings nur auf freiwilliger Basis.

Autorin: Barbara Lavaud

Politische Sekretärin in der Abteilung Europa und Internationales in der GPA

Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, Bescheid zu wissen,« so lautet die vielversprechende Botschaft des Grünbuchs über die europäische Transparenzinitiative, das die Europäische Kommission Anfang Mai in Brüssel veröffentlicht hat.¹⁾ Dem neuen Diskussionspapier gingen intensive Debatten über das Fehlen von Spielregeln für Lobbying und negative Entwicklungen während der letzten Jahre voraus. Aggressive Lobbyingtechniken finanzstarker Industrieverbände wurden von Gewerkschaften und NGO's vermehrt kritisiert.

Lobbying ist legitim, in Brüssel allgemein akzeptiert und von der politischen Bühne nicht mehr wegzudenken²⁾. Es gibt jedoch keinen verpflichtenden europäischen Verhaltenskodex für LobbyistInnen.

Anlässlich der Präsentation des neuen Grünbuchs räumte Kommissionspräsident Barroso ein, dass Handlungsbedarf

bestehe: »Wir brauchen mehr Transparenz und größere Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit, wenn wir an der Legitimität des Entscheidungsprozesses der europäischen Organe festhalten wollen.« Mit anderen Worten riskiert die EU – unter anderem wegen des Fehlens einer echten europäischen Öffentlichkeit – einen Wildwuchs unseriöser und manipulativer Praktiken, die das ohnehin schwächelnde Vertrauen der BürgerInnen in eine demokratische EU vollends zu untergraben drohen.

Debatte über Lobbying

Im Frühjahr 2005 löste der estnische EU-Kommissar Siim Kallas, Vizepräsident für Verwaltung, Audit und Betrugsbekämpfung, eine neue politische Diskussion über den Lobbyismus in Brüssel aus. In einer Rede kritisierte Kallas unerwartet und zur positiven Überraschung der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft, dass es bislang nur freiwillige und unzureichende Register für LobbyistInnen gebe und deren Verhaltenskodizes nur wenige Unterzeichner hätten und keine ernsthaften Sanktionen vorsehen.

Damit trat Kallas in Brüssel eine intensive Debatte über mehr Transparenz- und Ethikregeln für LobbyistInnen los, die von den grossen Industrielobbys teils heftig torpediert wurde. Gleichzeitig formierten sich NGO's und Gewerkschaften zu Bündnissen, die für verpflichtende Ethikregeln für Lobbying eintreten.

INFORMATION

»Worst EU Lobbying Award«

Die **Campaign for Creativity**, kurz C4C, ist der Gewinner des ersten »Worst EU Lobbying Award«. Dieser Preis will unseriöse Lobbyingmethoden und die harten politischen Bandagen in Brüssel anprangern. Mittels einer Internet-Abstimmung wurde die irreführendste und problematischste europäische Lobbykampagne 2005 gewählt. Organisiert wurde die Aktion vom Corporate Europe Observatory in Kooperation mit LobbyControl, Friends of the Earth Europe und Spinwatch.

C4C engagierte sich im Sommer 2005 für starke Software-Patente. In der Öffentlichkeit trat man dabei als Kampagne der »kreativen Berufe« auf. Tatsächlich aber organisierte diese Kampagne eine prominente Londoner Lobbyagentur, die dabei von Softwarekonzernen wie Microsoft und SAP sowie dem internationalen Verband der Softwareindustrie finanziert wurde. Um unauffällig ihre Ziele zu erreichen, versteckten sich die Softwareriesen also hinter einer Interessensvertretung für eine Berufsgruppe. Es handelte sich jedoch um nichts anderes als um eine Tarnfirma.

Zweit- und drittplatziert bei diesem »Award« waren ExxonMobil und das »European Partnership for Energy and the Environment«, die beide für ihren Einsatz trügerischer Mittel, mit denen sie europäische Bemühungen gegen den Klimawandel zu untergraben versuchen, nominiert wurden. Mehr dazu unter www.eulobbyaward.org

1) Mit dem Grünbuch laufen öffentliche Konsultationen über die Lobbyarbeit an sowie auch die Einführung rechtlicher Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten zur Veröffentlichung von Informationen über die Empfänger von EU-Geldern, weiters auch über die Konsultationspraktiken der Kommission. Dieser Artikel befasst sich nur mit der Lobbyingthematik.

2) Mehr zum Thema Lobbying und zum Lobbying der Sozialpartner in Brüssel in der A&W vom Dezember 2005, Seite 24 »Lobbying in Brüssel«.

I N F O R M A T I O N

Grünbuch und Konsultation

Informationen zur Europäischen Transparenzinitiative unter:

ec.europa.eu/comm/commission_barroso/kallas/transparency_de.htm

Auf der Webseite ec.europa.eu/comm/eti/index.htm gibt es alle Informationen zur Teilnahme an der Konsultation sowie die für die Konsultation maßgeblichen Dokumente zum Herunterladen. Auch Privatpersonen können an der Konsultation teilnehmen.

Das Konsultationsverfahren läuft vom 3. Mai bis zum 31. August 2006. Die Kommission wird die Konsultationsergebnisse analysieren und in Form eines Berichts auf ihrer Webseite veröffentlichen. Auf der Basis dieser Konsultation plant die Kommission dann konkrete Maßnahmen zu Verbesserung der Transparenz in Europa zu ergreifen.

Die Kommission selbst gesteht ein, dass es Bedenken darüber gebe, in welchem Ausmaß bestimmte Lobbypraktiken über eine berechtigte Interessenvertretung hinausgingen. Zu diesen Praktiken zählen unter anderem die Verbreitung falscher Informationen über mögliche wirtschaftliche, soziale oder umweltpolitische Auswirkungen von Gesetzesvorschlägen. Zugleich beobachten die Gewerkschaften schon seit längerer Zeit mit Sorge den zunehmenden Einfluss der Unternehmenslobbys auf den Entscheidungsprozess der Europäischen Union.

In Brüssel arbeiten ca. 15.000 LobbyistInnen, die Mehrheit davon für Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Aber das sind nur Schätzungen, es gibt keine sicheren Daten über die Zahl der LobbyistInnen und vor allem nicht über ihre Finanzmittel. So bleibt oft unklar, für wen PR- und Lobbyagenturen, Anwaltskanzleien oder auch so genannte Denkfabriken (»Think tanks«) in Brüssel arbeiten.³⁾

Ein weiteres Problem ist der Wechsel von ehemaligen politischen EntscheidungsträgerInnen zu Unternehmen oder Lobbygruppen, in Brüssel »Revolving Door« (Drehtür) genannt. Know-how

und Kontakte können dabei nach einer Karriere in einer EU-Institution gewinnbringend genutzt werden. So arbeiten z. B. manche Abgeordnete nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament bei Lobbyingfirmen, und auch EU-Kommissare haben schon die Seite gewechselt.⁴⁾

Standards für Lobbyingarbeit

Nach Auffassung der Kommission müssen für Lobbying-Arbeit bestimmte Standards angewandt werden: So soll für die Öffentlichkeit klar erkennbar sein, welchen Beitrag LobbyistInnen den europäischen Organen und Einrichtungen liefern, wen sie vertreten, welches Ziel sie verfolgen und wie sie finanziert werden.

Um dies zu erreichen, schlägt die Kommission ein von ihr verwaltetes Registrierungssystem auf freiwilliger Basis vor:

- 1. Ein System zur Registrierung** aller Interessengruppen und LobbyistInnen, die an Befragungen zu EU-Initiativen teilnehmen möchten.
- 2. Einen gemeinsamen Verhaltenskodex** für alle LobbyistInnen bzw. zumindest gemeinsame Mindestanforderungen, die von den LobbyistInnen selbst entwickelt werden sollen.
- 3. Ein Überwachungs- und Sanktionssystem**, das bei unrechtmäßiger Registrierung und/oder Verstoß gegen den Verhaltenskodex angewendet wird.

Fehlende Verpflichtung

Die Problematik liegt in der Freiwilligkeit. Der einzige im Grünbuch erwähnte Anreiz, sich zu deklarieren, ist die frühzeitige Information der registrierten LobbyistInnen über kommende Konsultationen. Gruppen, die Opazität der Transparenz vorziehen und lieber im Schatten bleiben möchten, werden sich der Registrierung entziehen und über Tarnfirmen und Strohmann agieren.

Obwohl der von der Kommission vorgeschlagene Verhaltenskodex als Initiative zu begrüßen ist, bleibt die Kontrolle

des Kodex und die Verhängung von Sanktionen den LobbyistInnen selbst überlassen. Auch hier gilt wiederum: Wer das Licht der Öffentlichkeit scheut, wird es verstehen, diskret im Hintergrund zu bleiben und hat nichts zu befürchten.

Weiters wird die »Drehtür«-Problematik vom Grünbuch gar nicht angesprochen, ebensowenig wie die Tatsache, dass WirtschaftslobbyistInnen oft privilegierten Zugang zu Informationen haben. In Summe ist das Risiko also sehr hoch, dass die Vorschläge des Grünbuchs sich als ineffizient erweisen werden und nur einen falschen Anschein von Transparenz herstellen: Viele LobbyistInnen würden sich registrieren, jedoch die schwarzen Schafe bleiben weiterhin unbehelligt.

Perspektiven und Risiken

Ein glaubwürdiges und effizientes System zur Regulierung der Lobbyingarbeit wäre machbar – das Grünbuch der Kommission muss in verbindliche Offenlegung und Überwachungsmechanismen münden, deren Nichteinhaltung Sanktionen vorsehen.

Sonst steht zu befürchten, dass die Gangart zunehmend härter wird. Immer öfter wird in Kampagnen mit Desinformation und Manipulation gearbeitet. WirtschaftslobbyistInnen geben vor, Teil der Zivilgesellschaft zu sein und gründen Schein-NGO's und Tarnfirmen (siehe Kasten: »Worst EU Lobbying Award«). Dies droht die Demokratie zu untergraben und entwickelt eine Sogwirkung für andere LobbyistInnen – seriöses Lobbying könnte sich bald immer weniger Gehör verschaffen.

Dazu kommt außerdem, dass finanzstarke Industriegruppen ihren Einfluss auf die Medien verstärken. Die kritische Berichterstattung nimmt ab, die Medien werden durchlässiger für PR-Kampagnen.

Andererseits steht hier auch die Rolle der Gewerkschaften und der europäischen Sozialpartner auf dem Spiel. Wenn Verhandlungen mehr und mehr durch Lobbying ersetzt werden und die demokratisch legitimierte Sozialpartnerschaft in einen aggressiven Kampf um Einflussnahme zerfällt, so werden sowohl der partnerschaftliche Ansatz als auch das Gemeinwohl auf der Strecke bleiben.

3) Olivier Hoedeman, Erik Wesselius: Gehen wir essen, Herr Kommissar? Lobbyismus in Brüssel. In: Das kritische EU-Buch. Herausgeber Attac, Wien 2006.

4) Hoedeman und Wesselius (ebendort) nennen hier die britischen Abgeordneten Nick Clegg und David Bowe sowie den Ex-Vizepräsidenten der EU-Kommission und Handelskommissar von 1994 bis 2000 Leon Brittan, der seitdem für die britische Finanzdienstleistungsindustrie seine Nachfolger lobbyiert.

Literatur in Zeiten der Politikverdrossenheit

Eine Wahl steht bevor, im Leben wie im Roman. Im Epos des portugiesischen Nobelpreisträgers José Saramago sitzen die Wahlhelfer bereits in Position und wundern sich. Das Wetter ist schlecht, doch dass niemand seiner staatsbürgerlichen Pflicht nachkommt, das wundert die Versammelten. Am späteren Nachmittag strömen die Massen wie von einer unerklärlichen Macht getrieben zu den Urnen, doch nicht um eine der Parteien zu wählen, sondern um weiße Stimmzettel abzugeben. »Es gab nur wenige ungültige Stimmen, sehr wenige Nichtwähler. Alle anderen Stimmzettel, über siebzig Prozent, waren leer und weiß.« Das ist die Ausgangssituation und das hat Sprengkraft. Weißwähler als Provokation, die die Herrschenden als Gefahr sehen, Spione ausschicken und Ausnahmegesetze erlassen.

Eine einfache Perspektivverschiebung, und plötzlich hat die Leserin und der Leser die Demokratie in Zeiten der Politikverdrossenheit in einem anderen,

vollkommen neuen Licht zu sehen. Dies wirkt natürlich um so stärker durch den besonderen Stil Saramagos, der es schafft, in der Charakterisierung von politischen Parteien und deren Akteuren sich auf das Wesentliche zu beschränken, um so die größtmögliche Wiedererkennung zu gewährleisten. Auf das Individuelle zu verzichten und einer Typologie Leben einzuhauchen, das ist literarisches Schöpfertum der Extraklasse. Schriftsteller formen die Welt mit Wörtern, für Politiker ist die Sprache Herrschaftsinstrument. Bei Saramago scheint es fast, als habe er Regierungserklärungen, Interviews, Analysen und Diskussionsbeiträge von Politikern destilliert, um daraus einen nicht endenwollenden Faden zu spinnen, an dem Metaphern, schiefe Bilder und Belanglosigkeiten hängen. Die Sätze scheinen nicht zu enden und ein Beistrich ist wie ein Punkt, nach dem groß weitergeschrieben wird. Bereits mit diesem einfachen Trick bringt er die Sueden von Politikern auf den Punkt.



José Saramago: »Die Stadt der Sehenden«. Rowohlt Verlag 2006, € 23,60

Während Revolutionen als gesellschaftlicher Ausdruck von einfachen Problemlösungen der Vergangenheit angehören, schafft es Saramago, dem Souverän Wähler ein zeitgemäßes Denkmal zu setzen. Das Kollektiv sagt Nein, und wenn die Müllabfuhr streikt, greifen Frauen und Männer selbst zu Besen und Kehrschaufel. Einen Funken von Solidarität will der kritische Autor, der bis heute Kommunist ist, offenbar noch glimmen sehen. Das Buch endet pessimistisch, für den Souverän Wähler wie auch für jene Individuen, die sehend werden oder sind. Saramagos Roman bietet den Genuss des Lesens und des Wiedererkennens und Weiterdenkens: Was wäre, wenn dies wirklich passieren würde. *Robert Streibel*

Ein Krimi in Israel

Mit einer Autorin sterben auch ihre Figuren. Selten ist dies so schmerzlich bewusst geworden wie mit dem Tod der israelischen Autorin Batya Gur, die mit Michael Ochajon einen intellektuellen Kriminalkommissar geschaffen hat. Ochajon ist eine Persönlichkeit des 21. Jahrhunderts: kein Held, sondern ein Menschen mit Brüchen und Fehlern. Sein letzter Fall trifft den Nerv der israelischen Gesellschaft, geht es doch einerseits um die Macht der Ultraorthodoxen, andererseits um eine Männerfreundschaft in der Armee, die auch Handlungen gegenüber ägyptischen Soldaten im Krieg deckte, die mit dem Ehrenkodex und der Menschenwürde nicht vereinbar sind. Da die Geschichte in einem israelischen Fernsehsender spielt, werden überdies die Mechanismen einer Mediengesellschaft reflektiert. Krimis sind jenes Genre, in dem so nebenbei

Gesellschaftskritik mundgerecht aufbereitet wird. Die Lust, dem Rätsel auf die Spur zu kommen, hält die Leser bei der Stange, und auf dem Weg zur Enttarnung des Mörders hat die Leserin und der Leser die Chance, menschliche Verhaltensweisen zu studieren und die Geschichte eines Landes und dessen aktuellen Probleme kennenzulernen. Der Roman von Batya Gur ist dafür ein gutes Beispiel und zeigt auch wie stark und kritisch das innerisraelische Potential dafür ist. Auf den letzten Seiten spricht der Kommissar mit seinem Sohn, der von einer Wehrübung kommt und ihm eröffnet, dass er überlegt, nach Kanada zu übersiedeln. »Das hier ist ein irrsinniger Ort, an dem der Preis für Leben schon höher ist als das Leben selbst.« Und den letzten Satz des letzten Romans von Batya Gur spricht der Kommissar zu einer Kellnerin, die sich erkundigt, ob



Batya Gur: Und Feuer fiel vom Himmel. Goldmann Verlag 2006, € 22,60

alles passt: »Alles in bester Ordnung.« Leider nicht, denn der Romantitel hat sich für viele Städte in diesem Sommer als traurige Realität erwiesen. Batya Gur war ein kritischer Geist und sie wird fehlen. *Robert Streibel*

Gesundheit:

Gleiches Recht auf Förderung

Männergesundheit kann nicht Frauensache sein, so Roswitha Bachner, Leitende Sekretärin des ÖGB, bei einer Veranstaltung von »men-health-work« (Männer-Gesundheit-Arbeit).

»Bei Männern ist es immer noch ›schick‹ und ›modern‹, unter Stress zu arbeiten und das auch zu zeigen«, so Roswitha Bachner zum Thema »Männer – Gesundheit – Arbeit« bzw. »Gesundheitsarbeit«. Männer würden dazu neigen, emotionale und körperliche Grenzen nicht wahrzunehmen und gefährden dadurch ihre eigene Gesundheit. Weil die Arbeitsbedingungen von Frauen und Männern unterschiedlich sind, sollten sich diese jeweils

getrennt zusammenfinden und mit Hilfe von ArbeitsmedizinerInnen bzw. -psychologInnen herausfinden, wie ihre spezifischen Belastungen verringert oder ausgeschlossen werden können. An die Adresse der Männer gerichtet, meint die Leitende Sekretärin des ÖGB: Leistung bedeutet doch nicht, keine Pause zu machen, sich nicht um gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen oder um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu

kümmern, was noch viel zu oft zu Lasten der Frauen gehe. Mehr Einsatz für die betriebliche Gesundheitsförderung erwartet sich der ÖGB auch von der Wirtschaft. Das Team von »men-health-work« hilft Männern, chronischen Stress zu vermeiden und dadurch körperlichen und seelischen Krankheiten vorzubeugen. Projektleiterin ist Irmgard Schmidleithner, die ehemalige Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende des ÖGB. *W. L.*

Internet-Verdienstangebote:

Nicht alles nett im Internet

Immer mehr so genannte Geldvermehrungssysteme werden im Internet angeboten. Für die AK handelt es sich dabei vor allem um diverse Pyramidenspiele, die in Österreich verboten sind.

Einige Beispiele aus der von der AKNÖ zusammengestellten Liste verdeutlichen die Problematik: Besonders warnt der AK-Experte Martin Hofecker vor der Eröffnung eines Kontos bei einer Onlinebank. Beispielsweise werbe »moneymaxx« mit einer kostenlosen Kontoeröffnung, einem Begrüßungsbonus, einer Visa-Karte, obwohl Visa Österreich kein Vertriebspartner dieser Online-Bank ist, und mit einer Kreditvergabe, bei der kein Kunde abgelehnt wird.

Für die Werbung von weiteren Kunden wird eine Prämie versprochen, für eine »Maestrokarte« um 20 Euro muss man neue Kunden werben. Hofecker: »Die Konten sind wie ein Pyramidenspiel aufgebaut«, unklar sei auch, welchem Rechtssystem die Bank unterliege, die Rede sei von spanischem, schwedischem oder panamesischem Recht. Ein anderer Anbieter, »Cash Mobile 24«, mache sich den guten Ruf eines schon anerkannten Online-Zahlungsser-

vices zu Nutze, warnt die AK. »Dopplerinvest-limited« wiederum verspricht für eine Werbeeinheit von mindestens 50 Euro dem Konsumenten das Doppelte seiner Einzahlung, wenn genug in dem »Money-pool« zusammenkommt. »Klingt simpel, funktioniert aber nicht. Die einzigen wirklichen Gewinner solcher Pyramidensysteme sind immer nur die Betreiber«, weiß Hofecker. Die sitzen meist im Ausland und sind daher kaum dingfest zu machen. *W. L.*

Gewerkschaftsreform:

Dialog mit BetriebsrätInnen

BetriebsrätInnen verschiedener Gewerkschaften und politischer Fraktionen sowie Vertreter einzelner ÖGB-Bereiche haben sich zum Komitee »ÖGB-Dialog mit der Basis« zusammengeschlossen.

Diese steirische BetriebsrätInnen-Plattform will die Meinungen der ÖGB-Mitglieder, aber auch der Nicht-Mitglieder, zur Zukunft und Struktur der Gewerkschaften sammeln und nach Wien zur Reformgruppe zu tragen, so die Proponentin des 15-köpfigen Komitees, Gerda Bacher, Betriebsratsvorsitzende bei Kastner+Öhler. Der Dialog soll in erste Linie über das Internet stattfinden. Für Roman Heben-

streit von der Gewerkschaft der Eisenbahner soll es eine so »laute Diskussion geben, dass sie in Wien nicht überhört werden kann«. Thomas Stoimaier, Betriebsratsvorsitzender von Magna, und Regina Lammer, Betriebsratsvorsitzende der Uni-Graz, erhoffen sich große Offenheit bei der Äußerung der Wünsche durch die Mitglieder und eine rege Beteiligung: »Auch was nicht erwünscht ist«, soll gesagt

und an uns weitergeleitet werden. Der »ÖGB-Dialog mit der Basis« des BetriebsrätInnen-Komitees will die Debatte über das Internet schnell und direkt führen.

Auf www.oegb-dialog.at kann jede und jeder, unabhängig von einer ÖGB-Mitgliedschaft, Meinungen und Wünsche abgeben. Die Beiträge werden nach Themenbereichen geordnet und sind für alle einsehbar. *W. L.*

Kommentar

Kaplan Franz Sieder

Betriebsseelsorger in Amstetten, geistlicher Assistent von Pax Christi Österreich und Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft »Christen für die Friedensbewegung«



Arbeitslosigkeit

Eine Predigt*) von Kaplan Franz Sieder

Die Arbeitslosigkeit wird eines der Hauptthemen im österreichischen Wahlkampf sein. Wenn in den Ländern der Europäischen Union über 30 Millionen Menschen arbeitslos sind, dann ist die Arbeitslosigkeit auch ein ständiges Hauptthema der europäischen Politik.

Die Arbeitslosigkeit ist kein bloßes Schicksal, das wie ein Erdbeben über die Menschen hereinbricht. Es ist möglich, dass die Arbeitslosigkeit stark reduziert wird und es ist auch möglich, dass die Arbeitslosigkeit beseitigt wird.

Es ist möglich

Ich glaube nicht, dass die Vertreter der Wirtschaft ein ehrliches Interesse haben und sich anstrengen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. In einer Broschüre der Wirtschaftskammer habe ich folgendes gelesen: »Der wirklich dynamische Unternehmer reagiert auf die typisch unternehmerische und zugleich fortschrittliche Art – er rationalisiert und automatisiert seine Produktion so stark, dass er eine gleich bleibende Produktionsmenge mit verringerter Beschäftigungszahl erreichen kann. So macht er trotz Stagnation und Lohnerhöhungen weiter Gewinne – möglicherweise sogar mehr als zuvor.« In der Bundesrepublik Deutschland und vor

allem in den USA arbeiten viele nach diesem Rezept. Daher breitet sich dort am stärksten die Arbeitslosigkeit aus. Doch das darf nicht die Sorge des einzelnen Unternehmers sein. Er muss sich um den Gewinn kümmern. Aus dieser Unternehmermentalität ist auch zu verstehen,

»Die Arbeitslosigkeit ist kein bloßes Schicksal, das wie ein Erdbeben über die Menschen hereinbricht. Es ist möglich, dass die Arbeitslosigkeit stark reduziert wird und es ist auch möglich, dass die Arbeitslosigkeit beseitigt wird.«

dass im vergangenen Jahr ein Betrieb wie die Deutsche Bank riesige Gewinne gemacht hat und im gleichen Jahr tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ge-

kündigt hat. In den Produktionsbetrieben steigt die Arbeitslosigkeit durch Automatisierung und Rationalisierung. Wenn einem Unternehmen der Roboter mehr Gewinn bringt, dann wird sich der Unternehmer für den Roboter und gegen die menschliche Arbeitskraft entscheiden.

Menschenverachtend

Wenn manche große Betriebe durch Geldspekulation mehr Gewinne machen als durch die Produktion, dann wird dem Faktor Arbeit in diesen Betrieben ein immer geringerer Stellenwert gegeben. Ich möchte damit sagen, dass wir von Unternehmerkreisen keine Anstrengungen erwarten dürfen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Unternehmer und Kapitaleigentümer werden eher noch ein Interesse haben, dass die Arbeitslosen eine finanzielle Grundsicherung vom Staat bekommen, mit der sie halbwegs anständig leben können. Sie haben deshalb Interesse an einer solchen Grundsicherung, weil sie die Arbeitslosen ruhig stellen möchten und es ihnen unangenehm wäre, wenn aus dem Heer der Arbeitslosen

*) Predigt beim Gottesdienst der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung (KAB) am Tag der Arbeitslosen, 30. April 2006 im Jugendhaus Schacherhof, Seitenstetten (Niederösterreich).

eine revolutionäre Masse entstände. Schon im alten Rom haben die Kaiser den Slogan geprägt: »Panem et circenses.« Das heißt »Brot und Spiele«.

Geben wir dem »niedrigen Volk« Brot und Unterhaltung, dann sind sie ruhig gestellt. Die Reichen sind dann immer noch reich und können so beruhigt ihre nur auf Gewinn ausgerichteten und Menschen verachtenden Spielchen weiterspielen.

Von den Politikern in Europa ist momentan auch keine wirksame und sinnvolle Lösung in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Ihr einziges Mittel, das sie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anbieten, ist ein erhöhtes Wirtschaftswachstum. Es ist dies ein sehr fragliches Mittel, weil es eines Wirtschaftswachstums von sieben Prozent bedarf, damit es keine Arbeitslosigkeit gibt. Falls ein solches Wirtschaftswachstum möglich wäre, ist es auch nicht zu empfehlen, und zwar aus zwei Gründen: Erstens trägt ein erhöhtes Wirtschaftswachstum immer auch zu einem Mehr an ökologischer Zerstörung bei. Wir haben hier nicht nur eine Verantwortung für die Menschen von heute, sondern auch für die künftigen Generationen. Wir dürfen ihnen nicht den Dreck vor die Tür schmeißen und sie müssen dann schauen, wie sie diesen Dreck wegräumen können.

Der Sinn der Arbeit

Der zweite Aspekt, warum ich das Schielen nach noch mehr Wirtschaftswachstum kritisch sehe, betrifft den Sinn der Arbeit. Ich behaupte, dass Arbeit um der Arbeit willen keinen Sinn macht. Der Sinn der Arbeit liegt nur darin, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Wenn keine Bedürfnisse da sind, dann brauche ich nicht künstliche Bedürfnisse zu schaffen und sie den Menschen medial insuggestieren, damit dadurch vielleicht ein Mehr an Wirtschaftswachstum entsteht und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Meiner Meinung nach macht es zum Beispiel keinen Sinn, ständig die Mode zu wechseln, damit die Menschen ihre alten, noch guten Kleider wegwerfen und sich die neuen modernen Kleider kaufen.

Für eine wirkliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gibt es für mich nur ein

Wort, und dieses Wort ist ein sehr christliches Wort. Dieses Wort heißt: TEILEN. Es geht darum, die vorhandene Arbeit aufzuteilen auf alle Menschen. Dieses Teilen heißt konkret Arbeitszeitverkürzung. Es gibt dann keine 40-Stunden-Woche mehr, sondern nur mehr eine 20- oder 25-Stunden-Woche. Die momentanen Teilzeitjobs werden dann alle zu Normaljobs und natürlich muss dann die Bezahlung der 20-Stunden-Woche sein, wie sie jetzt für die 40-Stunden-Woche ist. Ich behaupte, dass dies möglich ist, weil genug gesellschaftlicher Reichtum da ist. Eine andere Steuerpolitik ist dann natürlich notwendig. Es muss den Reichen mehr weggenommen und umverteilt wer-

»Geben wir dem »niedrigen Volk« Brot und Unterhaltung, dann sind sie ruhig gestellt. Die Reichen sind dann immer noch reich und können so beruhigt ihre nur auf Gewinn ausgerichteten und Menschen verachtenden Spielchen weiterspielen.«

den zu den Armen. Gerechtigkeit heißt jedem das Seine zu geben, das ihm zusteht. Aufgrund der menschlichen Würde steht jedem Menschen ein Arbeitsplatz zu. Dieses Recht auf Arbeit ist auch in der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen verankert.

Lebensfreude

Wenn die Menschen nur mehr 20 Stunden in der Woche arbeiten, dann ist das nicht eine Verarmung unseres Menschseins, sondern eine Bereicherung. Die Eltern werden dann mehr Zeit haben für ihre Vater- und Mutter-Aufgabe. Das Mehr an Freizeit soll die Möglichkeit schaffen zu einem Mehr an menschlicher Kommunikation. Außerdem werden die Menschen auch gesünder werden, weil

der krank machende Arbeitsstress zurückgeht. Der Mensch wird sich dann nicht mehr in erster Linie von seiner Arbeit definieren und seine Identität bezieht sich nicht in erster Linie auf den Beruf. Die Menschen bekommen mehr Lebensqualität und Lebensfreude.

Nichts geschenkt

Es erhebt sich dann noch die Frage, wie das alles politisch durchsetzbar ist. Was die Durchsetzbarkeit anbelangt, erwarte ich mir nichts von den Verantwortlichen in der Wirtschaft und mit moralischen Appellen werden wir das nicht erreichen. Ein wichtiges Instrument wird die Gewerkschaft sein. Was die Arbeiterinnen und Arbeiter heute an sozialen Errungenschaften haben, das wurde ihnen nicht von oben geschenkt – das haben sie erkämpft. Dieser Weg ist auch heute der einzig mögliche Weg in einer Wirtschaft, der es nicht um den Menschen geht. Wir müssen auch unseren Politikern gegenüber kritisch sein. Sie haben immer noch einen großen Spielraum, etwas zu verändern. Wir dürfen uns nicht mit den schönen Phrasen der Politiker abspeisen lassen. Wir müssen sie durchschauen und demaskieren, ob sie nur Vasallen der Wirtschaft sind und eine Politik für die Reichen machen oder ob sie eine Option für die Armen haben und Anwälte der Schwachen und Zukurzgekommenen der Gesellschaft sind. Geht es ihnen wirklich um ein Mehr an Gerechtigkeit oder sind ihre Worte nur Schönrederei und Wahlslogans? Das Volk soll politisch wacher werden und nur mehr Politiker wählen, die ehrlich sind, die sich für Gerechtigkeit einsetzen, die dem Volk dienen und nicht sich selbst suchen.

Ich glaube, dass eine Wende möglich ist, weil der momentane Weg der neoliberalen Wirtschaft ein Weg ist, der einem Turmbau zu Babel gleicht, der zusammenbrechen muss. Schon die Vernunft sagt uns, dass ein wirklicher Weg in die Zukunft nur ein Weg des Teilens sein kann. Am Ende wird der siegen, der die größere Liebe hat.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung aus der Zeitschrift »Kritisches Christentum«, www.akc.at

So funktioniert Ausverkauf

Am Beispiel Ericsson: Einst ein Paradebetrieb mit bis zu 1800 Beschäftigten, ist die ehemalige Schrack AG, dann Ericsson-Schrack, und nunmehrige Firma Ericsson in Wien-Meidling zu einem Vertriebsstandort mit 120 Mitarbeitern herabgesunken.



Wie Ausverkauf und Auslagerung funktioniert, darüber sprach Wilfried Leisch mit dem Betriebsratsvorsitzenden von Ericsson, Michael Stangelberger.

Arbeit&Wirtschaft: Wie fing alles an? Betriebsratsvorsitzender Michael Stangelberger: Die erste Vorläuferfirma wurde als »Schwachstromtechnische Geräte und Anlagen« schon 1872 gegründet. Im Jahre 1908 begann bereits das erste Mal eine Kooperation mit LM Ericsson & Co am Standort Pottendorfer Straße in Wien-Meidling. Als 1913 W. Deckert, der Firmengründer, verstarb, erwarb LM Ericsson & Co den gesamten Firmenanteil. Die Geschichte um Herrn Dr. E. Schrack begann 1919, als er die »Tri-

otron«-Röhre patentierte und die Produktion aufbaute. Aus Kapazitätsgründen erfolgte eine Kooperation mit Philips und führte 1938 zum Verkauf der »Radiowerke Schrack AG«. Im Jahr 1939 gründete Schrack bereits ein neues Unternehmen, die »Schrack Entwicklung und Erzeugung von Telefonanlagen«. Nach dem Krieg wurde die »Schrack Elektrizitäts AG« im Jahre 1948 gegründet.

Wann erfolgte der Einstieg in die Elektronik?

Etwa 1968. Zu diesem Zeitpunkt war in der Pottendorfer Straße bereits zwei Drittel der Produktion untergebracht. Hier wurden unter anderem Gleichrichter, Telefonapparate, Lichtrufanlagen, kleine Nebenstellenanlagen für den Post-Vertrieb (Zwischenstellenumschalter) usw. entwickelt und komplett zusammengebaut. Das begann mit der hauseigenen Schlosserei, Galvanik und Lackiererei für die Gehäuse über Werkzeugbau bis zur Endfertigung. Die Produktpalette umfasste Nebenstellenanlagen für den maximalen Ausbau von fünf Amtsleitungen und 25 Nebenstellen. Zudem gab es ein Testlabor für die Nebenstellenanlagen.

Wie kam es zur Übernahme durch Ericsson?

Zunächst war es bei der Schrack AG der Grundgedanke, mit der Montage- und Serviceabteilung ausschließlich für den österreichischen Raum tätig zu sein. Später dann sollte aus dem rein österreichischen Betrieb ein internationales Unternehmen werden. Die Schrack AG war aber zu klein, um den internationalen Markt zu beliefern. So wurde in kleinen Schritten aus der österreichischen Lösung der Übergang in die internationale Um-

setzung gelegt. Dazu benötigte man jedoch einen entsprechenden Kooperationspartner, der sich in unserem Fall im schwedischen Multikonzern Ericsson anbot. Anfänglich bestand die Kooperation ausschließlich aus Produktlieferung im großen Nebenstellenbereich und setzte sich fort mit der kompletten Übernahme der Schrack AG.

Wie hat sich das auf den österreichischen Standort ausgewirkt?

In den 1970er-Jahren ist die Produktion in kleinen Schritten aus der Pottendorfer Straße abgewandert, teilweise ins Werk Kindberg, teilweise wurde sie komplett eingestellt. Die notwendigen Gehäuse oder Elemente wurden zugekauft. Es wurden in dieser Epoche die Aktivitäten mit der damaligen Österreichischen Post- und Telegraphengesellschaft sowie mit privaten Kunden vermehrt. Auch wurden Großprojekte realisiert – etwa das AKH mit Brandmeldesystemen ausgestattet.

In den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren ist man mit eigenen kleinen TH-Systemen (Telekommunikation) sehr erfolgreich gewesen. Da es für den Bereich mit 50 Nebenstellen kein eigenes Produkt gab, wurden Produkte von ITT und Hasler für den Hotelbereich, von Siemens für den Großkundenbereich übernommen. Das war gleichzeitig der Start in den Großkundenbereich. In der Folge wurde dann TK Technik BOSCH integriert, die in dieser Zeit bereits Ericsson-Systeme installierte und entsprechendes Service leistete.

1984 erfolgte die Einführung der MD 110 als elektronische Großnebenstellenanlage, die in verteilten Unternehmen wie eine homogene Telefonanlage agierte. Das war für diese Zeit eine kleine Revo-

lution. Dieses System ist heute, etwas modifiziert und angepasst, noch immer im Einsatz. Bei Schrack wurde eine kleinere Version davon, die MD 180, entwickelt und in Kindberg produziert. Die Ericsson-Linie wurde somit immer stärker.

Vom österreichischen Markt hinein in den Konkurrenzkampf der Elektrogiganten?

Die Produktpalette wurde sukzessiv erweitert, es wurden Netzgeräte für IBM entwickelt und in Kindberg produziert. Aufgrund von hohen Dollarkursschwankungen wurde dieser Bereich zuerst bereinigt und schließlich ebenso wie die Produktion dieser Geräte in Kindberg an einen Produzenten verkauft.

Wie schaute es etwa in der Forschung und Entwicklung aus?

Bei der Amtstechnik begann eine Kooperation mit Nortel und Kapsch zur Adaptierung des Systems (damals noch Post) an österreichische Verhältnisse. Zu Beginn war das Verhältnis der Entwicklung aus beiden Häusern 1:1, doch mit der Zeit verschob sich das Verhältnis auf 3:1 für Kapsch und 1992 endete für uns (Schrack-Ericsson) die Zusammenarbeit durch Verkauf dieses Bereichs. Ericssons Versuch, im Bereich des Festnetzes Fuß zu fassen, brachte leider keinen Erfolg. Die Teststellung bei der UTA wurde dann durch Siemens ersetzt.

Was war die weitere Firmenstrategie?

1993 kam im Zuge eines Projektes die Businessphone (eine Nebestellenanlage für bis zu 250 Teilnehmer) von Schweden nach Österreich. Es dauerte bis 1996, dass die Anlage durch Weiterprogrammierung der Software einen Stand erreichte, damit sie wirklich europaweit einsetzbar war. Ab diesem Zeitpunkt befanden sich die Anlageverkäufe bis etwa 2001 ständig im Höhenflug. 2001 wurden die Vertriebskanäle international verkauft und damit ging auch der Umsatz stetig zurück. In Österreich wurde der Vertrieb sowohl in Richtung Behörden als auch in Richtung Privatkunden ausgegliedert und schließlich verkauft. 2004 wurde es immer drängender, eine neue TK-Produktgeneration einzuführen. Um nicht alles neu zu entwickeln und Funktionalitäten zu über-

nehmen, wurde das Konzept auf der Basis einer französischen Kleinanlage verfolgt. Damit konnte man schneller in die Produktion treten. Da aber in Schweden wieder eine Kosten- und Strukturbereinigung erfolgte, entschied man sich, die Entwicklungskräfte zusammenzufassen und damit die neue Anlage ab jetzt in Frankreich zu entwickeln. Damit war das Aus der Entwicklung hier in Wien unvermeidlich.

Man könnte den Eindruck gewinnen, kaum geht ein Bereich gut, wird er verkauft oder verlagert. Auf der Strecke bleiben die Beschäftigten.

Ja. Dasselbe Schicksal traf schon früher andere Bereiche wie die Produktionsstätten BECOM (Lockenhaus, Burgenland), Waidhofen a. d. Ybbs (Relaisfertigung), Atzgersdorf mit dem Starkstrombereich, Mediakom mit der Studioteknik und schließlich Kindberg, als von dort die Produktion nach Ungarn verlagert wurde. Der Bereich Modems und später die Entwicklung von Mehrfachanschlußrichtungen im Amtsbereich fand auch eine wechselvolle Geschichte. Hier wurden für Ericsson Technologiezentren aufgebaut und auch für den internationalen Markt entwickelt (z. B. ADSL). Doch die Ausgliederung dieses Bereiches brachte auch nicht den gewünschten Erfolg und erzwangen ein Aus infolge des scharfen Wettbewerbs in diesem Bereich.

Was bleibt?

In der Pottendorfer Straße liegt nun der Fokus auf Vertriebstätigkeiten des mobilen GSM-Netzes. Anfänglich nicht sehr positiv abgelaufen (Anbote für GSM 900 und 1800 bei den Kunden Mobilkom, Connect/ONE, TeleRing usw.) – wobei Ericsson nicht den Zuschlag bekam, hob dieser Bereich jedoch mit UMTS ab und ist derzeit das Hauptgeschäft an diesem Standort.

Wie viele Mitarbeiter sind jetzt noch am Standort Pottendorfer Straße tätig?

Diese wechselvolle Geschichte hat den Personalstand in der Pottendorfer Straße kräftig verändert. Von ca. 1800 Mitarbeitern in den 1970er-Jahren erfolgte durch Auslagerungen in andere Standorte, Abspaltung (AIROSPACE, SECONET, SAT, SCHRACK Components, Schrack

Business Com usw.) beziehungsweise Aufgabe von Geschäftsfeldern eine sukzessive Reduzierung der Mitarbeiter auf gegenwärtig 120 Mitarbeiter. Für die zuletzt gekündigten 76 Mitarbeiter haben wir einen Sozialplan erarbeitet, sodass die meisten wieder unterkommen oder sich selbständig machen konnten.

Was sind deine Schlussfolgerungen aus dieser wechselvollen Geschichte?

Eines zeigt sich: Wenn man lange auf dem Markt bleibt und mit ihm mitgeht, dann hat man Erfolg. Heute heißt es oft zu schnell »des brauch man net mehr«. Lange hat es geheißt, wenn du in einem großen Unternehmen arbeitest, dann hast du Sicherheit. Die ist aber nicht gegeben. Wie sich zeigt, führen die vielen Zusammenschlüsse zu Schließungen, Produktionseinstellungen und zu Jobverlust. Klassische Angestelltenverhältnisse werden in Zukunft immer rarer werden. Arbeitsuchende müssen in der Regel im nächsten Job Lohneinbußen hinnehmen. Die Firmenchefs wiederum jagen jedem auch nur marginalen Gewinn ohne Rücksicht auf Verluste nach. Offensichtlich fordert der Kapitalismus bedingungslose Gefolgschaft. Doch das kann doch nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Da muss angesetzt werden.

Wie könnte das gehen?

Zum Beispiel dadurch, dass man die Vergabe von Fördergeldern an die Nachhaltigkeit von Entwicklungen und Produktionen koppelt. Businesspläne, die heute schnell erfunden und morgen schon wieder über den Haufen geschmissen werden, müssten mindestens auf fünf Jahre ausgelegt werden. Ich habe auf einer ÖGB-Veranstaltung den Spruch gehört: »Der Kapitalismus hat mehr Geld als Verstand.« Das hat mir gut gefallen. Und auf manchen Plakaten kann man lesen »Arme, reiche Welt«. Das trifft den Nagel auf den Kopf. Was mich besonders stört in unserer heutigen Gesellschaft ist das Phlegma, das Zuschauen, aber nicht wirklich hinsehen. Es gibt immer mehr Fremdbestimmung, mehr Zeitarbeits- und Arbeitslosenverhältnisse als Angestelltenverhältnisse. Ich meine, bedächtig und langfristig zu investieren und auf die gerechte Verteilung zu achten, bringt für alle mehr.

Schöne neue Kleinbetriebswelt

Brave New World of Small and Medium Sized Enterprises¹⁾

Auf Einladung des VÖGB haben sich unter dem Arbeitstitel »Schöne neue Kleinbetriebswelt« Gewerkschafter des britischen Dachverbandes T.U.C. (Trade Union Congress) im Rahmen eines EU-Projektes²⁾ zwischen Oktober 2005 und April 2006 dreimal mit Kollegen aus Österreich getroffen.

Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte hatten bei diesen Workshops die Gelegenheit, über gewerkschaftliche Organisation und Mitgliedergewinnung Erfahrungen auszutauschen. Bei einem von der T.U.C. im Mai organisierten Abschlusstreffen in London wurden die Ergebnisse der drei Workshops schließlich zusammengefasst und analysiert.

Was können wir lernen?

Mitgliedergewinnung in Klein- und Mittelunternehmen (KMUs) ist eine besondere Herausforderung für die internationale Gewerkschaftsbewegung. Sind es doch gerade Firmen in der Größenordnung von fünf bis 50 Beschäftigten, die oft keinen Betriebsrat aufweisen. Daher gingen wir der zentralen Frage nach, was wir von Großbritannien bzw. was die Briten von uns für das gemeinsame Ziel einer stärkeren Annäherung an diese KMUs lernen können. In einem eigenen Workshop für Betriebsräte wurden gesondert Wünsche und Vorschläge an Gewerkschaftsvertreter beider Länder formuliert, um den Betriebsräten mehr Werkzeuge zur Mitgliedergewinnung in die Hand zu geben.

»Diese Workshops brachten gewinnbringende Darstellungen vieler Kollegen, die auch konkrete Anregungen für die zukünftige Gestaltung von Mitgliederwerbung in Österreich bieten«, resümiert der österreichische Teilnehmer Gottfried Köck. Besonders gefallen haben Köck an

den britischen Beispielen die speziellen Werbeaktionen für die Zielgruppe Frauen wie z. B. der Einsatz von Werbeteams, die unter dem Slogan »Frau sein und Erwerbsleben« konkret auf Frauen zugehen. Auch »kleine Geschenke wie das Lipgloss mit der Aufschrift ›The Flavour of Solidarity³⁾ halte ich für eine gute Idee.«

Die britischen Gewerkschafter hatten großes Verständnis für die augenblicklich sehr schwierige Lage des ÖGB. Waren sie doch nach einer Reihe von gescheiterten Konfrontationen mit der Regierung von Premierministerin Thatcher Anfang der Achtzigerjahre selbst finanziell und machtpolitisch in die Enge gedrängt worden. Die Privatisierung zahlreicher Schlüsselbetriebe, verbunden mit einer hohen Arbeitslosigkeit, taten das übrige, um den Organisationsgrad rapide herunterschnellen zu lassen. Seit Ende der Neunzigerjahre hat sich jedoch die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bei einem Organisationsgrad von 26 Prozent stabilisiert, erste größere Erfolge bei der Werbung neuer Mitglieder lassen unsere britischen Kollegen wieder aufatmen.

Wahrscheinlich?

Ein Widererstarken nach einer bitteren Niederlage war also möglich. Freilich nicht ohne die eine oder andere tiefgehende strukturelle Reform. Könnte die österreichische Gewerkschaftsbewegung von der Neuorientierung ihrer britischen Kollegen lernen?

Wahrscheinlich. Doch eines sollte dabei beachtet werden: Ein gegenseitiger Lernprozess ist nur dann möglich, wenn man sich auch die in manchen Bereichen erheblichen Unterschiede in der gewerkschaftlichen Organisation der beiden Länder bewusst macht.

So lösten die direkten und hohen Spendenzahlungen des T.U.C. an ausgewählte Abgeordnete des englischen Un-

terhauses bei manchem österreichischen Kollegen Verwunderung aus.

Für unsere englischen und schottischen Kollegen war es dagegen nur schwer verständlich, wieso es das österreichische System zulässt, dass viele Betriebsräte keine Gewerkschaftsmitglieder sind. In Großbritannien ist jeder Betriebsrat sowohl betrieblicher als auch gewerkschaftlicher Vertreter am Arbeitsplatz.

»Es war für mich spannend zu hören, dass Arbeitnehmervertreter in Großbritannien selbstverständlich der Ansicht sind, dass der Einsatz für Kollegen im Betrieb Gewerkschaftsarbeit ist«, erklärt Gottfried Köck. »Österreichische Betriebsräte unterscheiden häufig zwischen dem Einsatz für die Kollegen im Betrieb und Einsatz für die Gewerkschaft und den ÖGB. Dabei ist Einsatz und Kampf für Arbeitnehmer Gewerkschaftsarbeit!«

KV auf Branchenebene und betrieblich

Weitere Unterschiede zwischen Großbritannien und Österreich sind offensichtlich. Während etwa in Österreich Kollektivverträge in der Regel bundesweit auf Branchenebene abgeschlossen werden, findet der Großteil der Tarifverhandlungen in Großbritannien auf betrieblicher Ebene statt. Ein Recht auf Anerkennung besteht für einen britischen Betriebsrat nur dann, wenn in seinem Unternehmen zumindest 50 Prozent plus ein Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind. In Österreich ist die Organisationsstruktur durch einen hohen Grad an Konzentration gekennzeichnet, wogegen in Großbritannien nicht weniger als 67 Gewerkschaften unter dem Dach des T.U.C. vereinigt sind. Daneben organisiert noch eine Reihe von kleineren Gewerkschaften an die 300.000 Mitglieder (T.U.C.: 6,5 Millionen Mitglieder).

Trotz aller Unterschiede scheinen beide Gewerkschaftsdachverbände mit äh-

1) Brave New World of Small and Medium Sized Enterprises/Tapfere neue Welt der Klein- und Mittelbetriebe.

2) Das Projekt TRACE (Trade Unions Anticipating Change in Europe/Gewerkschaften nehmen Veränderungen in Europa vorweg) wird von der ETUI-REHS (European Trade Union Institute for Research, Education and Health and Safety/Europäisches Gewerkschaftsinstitut für Forschung, Bildung und Arbeits- und Gesundheitsschutz) durchgeführt.

3) „The flavour of Solidarity“/Der Geschmack der Solidarität.

lichen Problemen konfrontiert zu sein: Verschiebung vom Produktions- zum Dienstleistungssektor, Zunahme von KMUs und atypischer Beschäftigung und generelle Entsolidarisierung der Gesellschaft. Als Argumente gegen einen Beitritt zur Gewerkschaft wird folglich, wenig überraschend, von Nichtmitgliedern in beiden Ländern unisono angeführt, dass sie etwaige Probleme mit dem Chef selber besser lösen könnten. Viele Leute klagen aber andererseits, dass sie überhaupt nie ernsthaft zu einem Beitritt aufgefordert worden seien.

Infobus

Die Gewerkschaften beider Länder zeichnen sich dadurch aus, mit neuen interessanten und kreativen Methoden an die Nichtmitglieder heranzutreten. Die Österreicher stellten ihren englischen Kollegen von den Interessengemeinschaften der GPA bis zum Infobus-Projekt der Gewerkschaft Metall-Textil viele bereits laufende Aktivitäten vor. Der Grundgedanke des Infobusses ist, dass dort, wo die Mitgliedererkrutierung nur schwer realisierbar ist, speziell also in KMUs, die Gewerkschafter direkt Kontakt mit den Beschäftigten im Betrieb aufnehmen müssen. Das bloße Verteilen von Infomaterial ist nicht ausreichend. Was die Diskussionsplattformen der GPA betrifft, so sind diese auch für Nichtmitglieder offen und bieten Beschäftigten mit ähnlichen beruflichen Tätigkeiten die Möglichkeit, sich zu vernetzen und Informationen aufzubereiten.

Beispiele aus Großbritannien sind neben den erwähnten Werbeaktionen für Frauen etwa die Bildungsinitiativen der TGWU (Transport and General Workers' Union) und die Referiertätigkeit an Schulen. Die TGWU bietet kostenlose Kurse für Beschäftigte an, die Fertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen nur mangelhaft beherrschen. Einerseits wird so das Selbstvertrauen und die Verhandlungsposition der Mitarbeiter gestärkt, andererseits werden fast von selbst neue Mitglieder gewonnen.

Referenten des T.U.C. sind auch in vielen britischen Schulen im Einsatz. Das Thema »Rechte und Pflichten am Arbeitsplatz« ist in Großbritannien Teil des nationalen Lehrplanes. Es wird seitens

des T.U.C. darauf geachtet, dass die ausgewählten Gewerkschafter nicht zu alt sind, damit sich die Schüler mit ihnen identifizieren können.

Das besondere Interesse der österreichischen Teilnehmer erweckte die britische »Organising Academy«. Diese sogenannte Organisationsakademie wurde 1998 gegründet und gilt als zusätzliches Instrument zur Mitgliedergewinnung, vor allem in KMUs, und als Dienstleistung für die Einzelgewerkschaften. In einem 12-Monats-Programm mit regelmäßig stattfindenden Kursen werden den Teilnehmern Strategien und Taktiken zur Mitgliedergewinnung vermittelt. Außerhalb der Schulungszeiten beteiligen sich die Teilnehmer an Projekten ihrer Gewerkschaft und versuchen, bereits während der Ausbildungsphase das Gelernte praktisch umzusetzen. Bisher haben 230

Ein Wiedererstarken nach einer bitteren Niederlage war also möglich. Freilich nicht ohne die eine oder andere tiefgehende strukturelle Reform. Könnte die österreichische Gewerkschaftsbewegung von der Neuorientierung ihrer britischen Kollegen lernen?

bis 250 Gewerkschafter diese Ausbildungsschiene absolviert. Sie werden einerseits zur Ausweitung der Organisation in bisher nicht erfassten KMUs eingesetzt.

Andererseits vertiefen sie die gewerkschaftliche Präsenz auch in schon organisierten Betrieben.

Carl Roper, Direktor der »Organising Academy«, betont die Wichtigkeit der Mitgliedergewinnung: »Ich bin 1986 mit 17 in die Gewerkschaft eingetreten. Ich hätte alle diese Chancen, die ich genutzt habe, sonst überhaupt nicht bekommen. Leider gehen die meisten Leute in England an Arbeitsplätze wo es keine Ge-

werkschaften gibt. Dagegen können wir als Gewerkschaften aber etwas tun!«

Roper legt großen Wert auf eine hohe Qualität der Ausbildung und erklärt, dass die Absolventen regelmäßig Erfolgsergebnisse erbringen müssten. Darüber hinaus würden die Referenten sehr sorgfältig ausgewählt. »Unsere Ausbilder sind fast ausnahmslos erfahrene hauptamtliche Gewerkschafter, die aus der Praxis kommen.«

Höchst lebendig

Die essentielle Rolle der »Organising Academy« ist unübersehbar. In allen vier Workshops wurde ihr breiter Raum eingeräumt. Wir kamen aber nicht nur zusammen, um »Best Practise«-Beispiele auszutauschen, sondern auch, um die Betroffenen in den Betrieben selbst zu Wort kommen zu lassen. So wünschen sich Betriebsräte beider Länder einen direkten Ansprechpartner in der Gewerkschaft, der ihnen mit Rat und Tat zur Seite steht, wenn sie bei der Mitgliederwerbung Unterstützung benötigen. Des weiteren wurde von unseren Teilnehmern angeregt, dass dem Thema Mitgliedergewinnung im Rahmen der gewerkschaftlichen Grundkurse ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. Ferner wurde der Aufbau eines Betriebsräte-Netzwerkes angeregt, in dem Erfahrungen ausgetauscht werden können und man sich gegenseitig motiviert. In Großbritannien wird ein solches Netzwerk bereits aufgebaut und weist erste Erfolge auf.

Die österreichischen Kollegen wünschten sich darüber hinaus eine bessere Versorgung mit aktuellen Mitgliederdaten sowie die Installation eigener Mitgliederwerbeteams in den Teilgewerkschaften, die den Betriebsrat vor Ort beim Organisieren unterstützen sollen.

Die spannenden Diskussionen und kreativen Ideen der vier Workshops zeigten jedenfalls, dass die Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien wie hierzulande höchst lebendig ist. Für die zukünftigen Herausforderungen hat Carl Roper einen Merksatz parat: »Don't just join in, join in the activity of the union!«⁴⁾

Martin Bolkovac

4) „Tritt nicht nur bei sondern beteilige dich auch an der Arbeit der Gewerkschaft!“

Sozialphilosophie

Wer sich näher mit sozialen Phänomenen und gesellschaftlichen Entwicklungen befasst, kommt nicht um die Konfrontation mit gesellschaftswissenschaftlichen Theorien herum.

In einem knappen Abriss beschreibt Detlef Horster einige zentrale Ansätze, von Hobbes über Rousseau zu Marx, Durkheim, Weber und Parsons bis hin zu Habermas und Luhmann. Das Buch ist nicht in allen Teilen ganz einfach zu lesen – aber es gibt einen guten Überblick über zentrale Fragestellungen der Sozialphilosophie und Hinweise fürs Weiterlesen.

Horster will Sozialphilosophie vor allem als die Disziplin verstanden wissen, »die das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft und die sich daraus ergebenden Probleme aufgreift«. (Seite 8)

Entwicklungsgesetz

Er beginnt seine Darstellung mit **Auguste Comte (1798–1856)**. Comte, in seiner Jugend Sekretär des utopischen Sozialisten Saint-Simon, war vom Kampf zwischen Revolution und Restauration in Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts geprägt. In welche Richtung die Gesellschaft sich entwickeln sollte, konnte seiner Überzeugung nach nicht nach politischen Sympathien und Antipathien, sondern nur durch Entdeckung ihres Entwicklungsgesetzes entschieden werden. Er sah das wissenschaftliche oder positive Stadium der Menschheitsgeschichte gekommen – und nach dem Vorbild der aufblühenden Naturwissenschaften sollte auch die Lehre von der Gesellschaft auf eine wissenschaftliche – positive – Basis gestellt werden. Comte prägte für diese Wissenschaft die Bezeichnung Soziologie. Nach seinen Theorien erhielt die sich an naturwissenschaftlichen Methoden orientierende Richtung der Geisteswissenschaften die Bezeichnung Positivismus.

Erklären und Verstehen

Doch diese Konzeption einer einheitlichen wissenschaftlichen Methode erwies sich, so Horster, als unzureichend. Sie berücksichtigt nicht, dass der Gesellschaftswissenschaftler stets selbst Teil seines For-

schungsgegenstandes ist. Im Unterschied zu den Naturwissenschaften die auf (kausale) Erklärung abzielten – Horster zitiert hier **Wilhelm Dilthey (1833–1911)** – käme es in den Geisteswissenschaften auf das Verstehen an. Allein durch Beobachtungen könne man keinen Zugang zur sozialen Welt finden. »Der Sozialwissenschaftler muss der Lebenswelt seines Beobachtungsgegenstandes selbst angehören. Nur so ist der Sinn von Handlungen überhaupt identifizierbar.« (Seite 36)

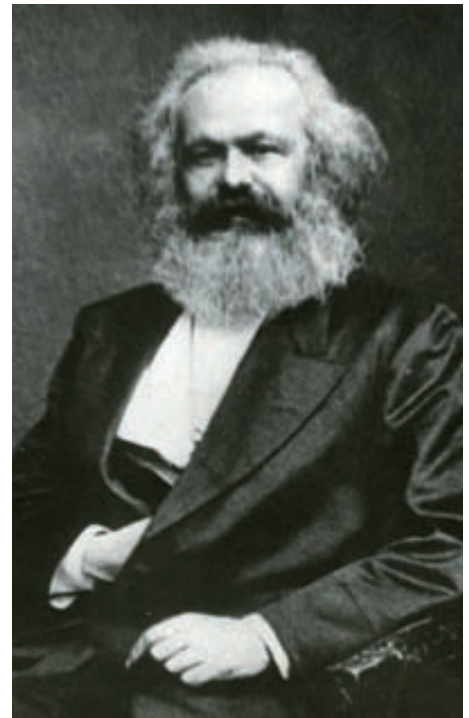
Erklären und Verstehen – das ist die erste der Unterscheidungen, die Horster in Bezug auf die Sozialphilosophie trifft.

Soziologie und Sozialphilosophie

Den Ausgangspunkt sozialphilosophischer Betrachtungen bilden nach Horster soziale Pathologien – etwa Entfremdung und Ausbeutung bei Marx – und das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft – oder die Frage, wie die Individuen im Staat zusammenwirken, z. B. bei Hobbes. Vor allem **die Vertreter der Kritischen Theorie** – Adorno, Horkheimer und heute Habermas – suchen nach einem Bezugspunkt außerhalb der Theorie, der als soziales Problem sichtbar ist und das Interesse an gesellschaftlicher Emanzipation trägt. Gesellschaftsanalyse sei nur möglich, »wenn man erstens das Ideal einer gerechten Gesellschaft als normativen Maßstab der Analyse vor Augen habe. Man müsse zweitens angeben, welche Mechanismen in der unzulänglichen Gesellschaft die Weiterentwicklung verhindern und man müsse drittens zugleich das Entwicklungspotenzial aufzeigen, das man zu entfalten habe.« (Seite 54)

Beharrendes Moment

Diese normative Orientierung wird von den **Vertretern einer deskriptiven (beschreibenden) Soziologie** wie Luhmann abgelehnt. Es handle sich dabei um Sozialphilosophie und nicht um (empirisch überprüfbare) Soziologie.



»Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kömmt drauf an, sie zu verändern.« (Karl Marx, Thesen über Feuerbach, 1845)

Dass »es trotz gesellschaftlicher Ordnung immer wieder zu Problemen kommt, lasse vermuten, dass ein beharrendes Moment in der Gesellschaft steckt, über das der euphorische Blick auf das Telos (Ziel, H. W.) einer besseren Gesellschaft hinwegzutäuschen drohe.« (Seite 54)

Horster fasst seinen Standpunkt so zusammen: »Sozialphilosophen analysieren zunächst die Gesellschaft, indem sie die historische Entwicklung bis zur Gegenwart betrachten, und dann reflektieren sie die mögliche Weiterentwicklung. Soziale Entwicklungen werden der einen Seite (der kritischen Theorie, H. W.) zufolge durch menschliches Handeln bewirkt, bei der andern durch nicht oder kaum beeinflussbare Entwicklungsgesetze.« (Seite 54-55)

Handlungs- und Systemtheorie

Eine weitere Unterscheidung trifft Horster zwischen Handlungs- und Systemthe-

orie. Hier trifft er eine für viele, die sich an einer konventionellen Marx-Interpretation orientieren, überraschende Zuordnung: **Karl Marx (1818–1883)** ist für Horster in erster Linie Systemtheoretiker. »Marx vermag im Kapital zu zeigen, wie sich aus ursprünglich zielgerichteten menschlichen Handlungen im Verlauf der Geschichte ein autopoietisches (sich selbst immer wieder neu erzeugendes, H. W.) System entwickelt.« (Seite 56)

Zwar ging Marx – etwa im **Kommunistischen Manifest** – ursprünglich »davon aus, dass die Menschen ihre Geschichte durch bewusstes Handeln selbst gestalten. Er entwickelte sich aber im Verlauf seiner Kapitalanalyse vom Handlungs- zum Systemtheoretiker. Seine eigenen Forschungsergebnisse führten ihn zu der Auffassung, dass die Menschen durch die von ihnen selbst hergestellten Verhältnisse, in denen sich ein dann von Menschen nicht beeinflussbarer gesetzmäßiger Bewegungsmechanismus etabliert hat, beherrscht werden.« (Seite 67–68)

Am Beispiel von Habermas und Luhmann führt Horster dann die unterschiedlichen Ansätze von Handlungs- und Systemtheorie näher aus. Für **Jürgen Habermas (geb. 1929)** gehört es »zur Gesellschaftstheorie, die Mechanismen zu ermitteln, die die Weiterentwicklung der Gesellschaft verhindern, und außerdem das Entwicklungspotenzial aufzuzeigen, das zu entfalten sei.« (Seite 76)

Für **Niklas Luhmann (1927–1997)** dagegen zerfällt die Gesellschaft in durch Eigeninteressen geleitete Systeme. Zu ihrer Koordination müssen sie sich koppeln. Entscheidend ist, ob diese Kopplung gelingt. »Gelingt sie, dann entsteht etwas Neues. Gelingt sie nicht, ist das evolutionäre Potenzial aufgebraucht.« (Seite 85)

Individuum und Gesellschaft

Ein letzter Punkt betrifft das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, mit dem sich die Sozialphilosophie seit der Mitte des 17. Jahrhunderts befasst. **Thomas Hobbes (1588–1679)** Leviathan (1651 erschienen) ist der von den Menschen durch Übereinkunft geschaffene Staat – repräsentiert durch den Souverän –, der ihr Zusammenleben regelt.

Ähnlich argumentiert **John Locke (1632–1704)**: Vorrangiger Grund zur

Vereinigung der Individuen zum Staatswesen ist der Schutz des Eigentums. Dazu überträgt der Einzelne seine Rechte an die Gesellschaft.

Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) beginnt sein Werk über den Gesellschaftsvertrag mit den Worten »Der Mensch wird frei geboren, und überall ist er in Ketten«. (Seite 95) Doch zur Bündelung der menschlichen Kräfte gegen die Hindernisse der Natur schließen die freien Menschen einen Vertrag (den *contrat social*), in dem der Gemeinwille zum Ausdruck kommt. »Der Gemeinwille ist die Seele des als Körper aufgefassten Gemeinwesens«. (Seite 96)

Der Philosoph Immanuel Kant entwickelt das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft zunächst in Bezug auf die Erkenntnis, dann in Bezug auf den Willen, schließlich auf dem Gebiet der Rechtsphilosophie als Verhältnis des Rechtssubjekts zum Recht.

Eine wesentliche Veränderung erfährt die Auffassung vom Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft beim eigentlichen Begründer der Soziologie als eigenständiger Wissenschaftsdisziplin, **Émile Durkheim (1858–1917)**: »Das Soziale hat [...] für Durkheim deutlichen Vorrang, und das Individuelle wird durch das Soziale bestimmt.« (Seite 111)

Der amerikanische Soziologe **Talcott Parsons (1902–1979)** entwickelt ein theoretisches Schema, durch das er den Zusammenhang von Individuum und Gesellschaft darlegt.

Davon grenzt sich **Jürgen Habermas** ab. Für ihn ist die Lebenswelt »die zentrale Schaltstelle der Sozialintegration, wo sich Individuen und Gesellschaft miteinander verbinden.« (Seite 128)

Niklas Luhmann schließlich sieht das Individuum nicht als Teil, sondern als Umwelt der Gesellschaft. Gesellschaft besteht für ihn nur aus Kommunikation, die ihrerseits auf dem Bewusstsein der Individuen beruht und dessen Funktionieren voraussetzt. »Luhmann hat damit die Verbindung von Individuen und Gesellschaft durch die Unterscheidung und gleichzeitige Verknüpfung von Bewusstsein und Kommunikation systemtheoretisch konstruiert und auf diese systemtheoretische Weise eine Antwort auf die Ordnungsfrage moderner Gesellschaft gegeben.« (Seite 133)

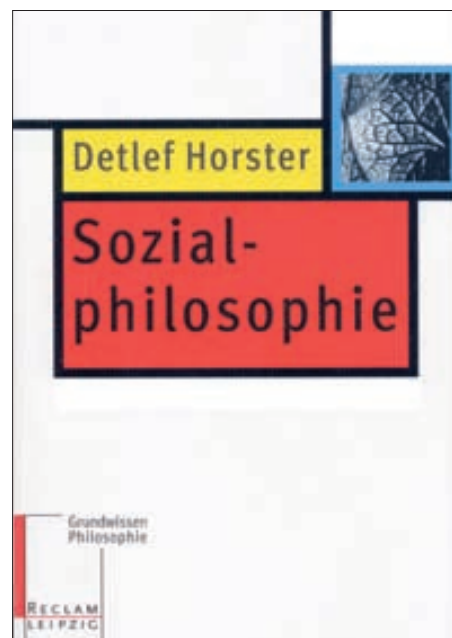
In einem abschließenden Teil zieht

Horster zwei Schlussfolgerungen: Erstens, »dass die Autoren des Geschichtsprozesses in ihn verstrickt« seien; und zweitens, »dass die sinnverstehende Methode für die Sozialphilosophie unverzichtbar ist, ganz gleich, in welchem theoretischen System man sich befindet«.

Horster geht mit vier grundlegenden Unterscheidungen an seinen Gegenstand heran: Erklären und Verstehen, Soziologie und Sozialphilosophie, Handlungstheorie und Systemtheorie, Individuum und Gesellschaft. Die Unterscheidungen, mit denen wir die Welt um uns betrachten, bestimmen, was wir zu sehen bekommen – und was nicht. Wünschenswert wäre, wenn man mehr über das Verhältnis moderner naturwissenschaftlicher Argumentation jenseits der Kausalität zu geisteswissenschaftlichen Ansätzen erführe; und ob die Unterscheidung von Handlungs- und Systemtheorie sinnvoll auf Theorien wie die Gesellschaftstheorie Marx' anwendbar ist, scheint auch angesichts der Schwierigkeiten, die Horster selbst dabei hat, zweifelhaft.

»Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kömmt draufan, sie zu verändern.« (Karl Marx, Thesen über Feuerbach, 1845)

Herbert Wabnegg



Detlef Horster: Sozialphilosophie. Reihe Grundwissen Philosophie, Reclam Bibliothek Leipzig, Band 20118, Leipzig (Reclam) 2005, 160 Seiten, ISBN 3-379-20118-9, € 10,20

Adorno, Theodor W.: deutscher Philosoph, Soziologe und Musiktheoretiker (1903–1969), stammte aus einer ursprünglich jüdischen Familie; lebte 1934–1949 in England und den USA. Mit seiner Kritik an der bürgerlichen Ideologie der allmählich zu Wohlstand gekommenen Nachkriegsgesellschaft und an der modernen bürokratisierten und technisierten Welt erreichte er vor allem die junge Generation. Dabei lehnte er die gewalttätige Zuspitzung der Studentenbewegung und jede Art von Terror, auch im Dienste der Revolution, entschieden ab. (Seite 44)

affin: verwandt, auseinander hervorgehend (Seite 31)

ASVG: Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, regelt seit 1956 die Pflichtversicherung unselbständig Erwerbstätiger in Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung. Eigene Sozialversicherungsgesetze gibt es für Selbständige, Freiberufler, Bauern und Beamte. (Seite 17)

Aufklärung: Epoche im 17./18. Jahrhundert, welche durch das Bestreben geprägt war, das Denken mit den Mitteln der Vernunft von althergebrachten, starren und überholten Vorstellungen, Vorurteilen und Ideologien zu befreien und Akzeptanz für neu erlangtes Wissen zu schaffen. Allgemein wurde der Glaube an Autoritäten in Frage gestellt. (Seite 22)

Brave new world: 1932 entstandener Roman von Aldous Huxley (dt. Titel: »Schöne neue Welt«), in welchem er eine Welt beschreibt, in der »Stabilität, Frieden und Freiheit« durch Konditionierung des Einzelnen auf eine festgelegte Rolle, das Fehlen von tieferen Gefühlen und die Beschränkung von Religion und Kultur gewährleistet werden sollen. (Seite 42)

CAFTA: US-Central America Free Trade Agreement, Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua. Seit dem Beitritt der Dominikanischen Republik 2004 wird das Freihandelsabkommen offiziell DR-CAFTA genannt. Die CAFTA ist im Grunde eine Ausdehnung der NAFTA (North American Free Trade Agreement) nach Süden und ein weiterer Schritt in Richtung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (FTAA). (Seite 26)

EPU: Abkürzung für: Einpersonen-Unternehmen (Seite 30)

Flexicurity: Kunstwort, das aus der Kombination von Flexibility und Security gebildet wird; bezeichnet die Idee, die geforderte Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt mit sozialer Sicherheit zu verbinden. (Seite 22)

galvanisieren: Metalle oder oberflächlich leitend gemachte Nichtmetalle durch elektrolytische Abscheidung mit Metall überziehen. (Seite 40)

Gleichrichter: Geräte, die elektrischen Strom in eine Richtung leiten, das heißt Wechselspannung gleichrichten. (Seite 40)

GSM: Global System for Mobile Communications; als digitaler Nachfolger der analogen Systeme ist GSM der erste Standard der so genannten zweiten Generation und damit der weltweit am meisten verbreitete Mobilfunk-Standard. (Seite 41)

Habermas, Jürgen: deutscher Philosoph und Soziologe (geb. 1929), seine Thesen wurden erstmals bei den Studentenunruhen in den 60er und 70er-Jahren allgemein bekannt, allerdings standen sich Habermas und die Studenten kritisch gegenüber. In seinem Hauptwerk »Theorie des kommunikativen Handelns« beschrieb er 1981, dass sich normative gesellschaftliche Ansprüche in der Sprache spiegeln. 2001 erhielt er den Friedenspreis des deutschen Buchhandels. (Seite 45)

Hedonismus: in der Antike entstandene Philosophie-richtung, nach der das Streben nach Sinneslust und Genuss das höchste ethische Prinzip ist. (Seite 25)

Hobbes, Thomas: englischer Philosoph und Staatstheoretiker (1588–1679), zentraler Ansatz seiner Thesen ist die Lehre von der Unfreiheit des Willens und vom Selbsterhaltungstrieb, der alle menschlichen Handlungen steuert. Im Naturzustand sind alle Menschen gleich, alle kämpfen gegen alle (»der Mensch ist des Menschen Wolf«). Der Staat dient der notwendigen Sicherung des Friedens. (Seite 45)

Insider-Geschäfte: Primärinsider sind Personen, die durch ihren Beruf oder eine Kapitalbeteiligung Zugang zu vertraulichen Informationen haben, die mit einem Wertpapier o.ä. zusammenhängen und geeignet sind, den Kurs eines Wertpapiers zu beeinflussen, sobald diese der Öffentlichkeit bekannt werden. Das Ausnutzen von Insider-Informationen ist nach österreichischem Börsengesetz verboten und strafbar. (Seite 29)

Korridorpension: Im Zuge der Pensionsharmonisierung wurde 2005 der so genannte Pensionskorridor geschaffen. Ein Pensionsantritt kann damit in einem Korridor zwischen dem 62. und dem 65. Lebensjahr erfolgen. Bis zum Alter von 68 Jahren kann ein Bonus erworben werden. Die Korridorpension soll allmählich die vorzeitige Alterspension bei langer Versicherungsdauer (mindestens 450 Versicherungsmonate) ablösen. (Seite 14)

Mauren: Sammelbezeichnung für die arabisch-berberische Mischbevölkerung in NW-Afrika. Im 7. Jahrhundert wurden die als Nomaden lebenden Berberstämme von den Arabern islamisiert, worauf sie diese bei der Eroberung der iberischen Halbinsel unterstützten. Auf diese Weise beherrschten die Mauren mehrere Jahrhunderte hindurch in weiten Teilen Spaniens. Während der Kreuzzüge im späten Mittelalter wurden die Mauren meist als Sarazenen bezeichnet. (Seite 25)

Morales, Evo: bolivianischer sozialistischer Politiker, geb. 1959, entstammt sehr armer indigener Familie. Seit Jänner 2006 ist Morales trotz großer Widerstände z. B. seitens der USA Ministerpräsident. Anfang Mai begann er – in Erfüllung eines Wahlversprechens – mit der Verstaatlichung des Erdöl- und Erdgassektors. (Seite 26)

Opting-out: Ausstiegsmöglichkeit; (vorübergehende) Aussetzung gemeinsamer Beschlüsse. (Seite 15)

paritätisch: gleichberechtigt (Seite 17)

Pathologie: Wissenschaft von den Krankheiten und deren Entstehung (Seite 45)

Pax Christi: Internationale katholische Friedensbewegung (Seite 26)

Phlegma: Schwerfälligkeit, Gleichgültigkeit (Seite 41)

Reformation: In Deutschland von Martin Luther (1483–1546), in der Schweiz von Calvin und Zwingli, initiierte Erneuerungsbewegung im Christentum. Unter anderem kritisierte der Augustinermönch Luther den Ablasshandel, also das Freikaufen von Sünden. Er übersetzte die Bibel in eine verständlichere, volkstümlichere Sprache und forderte, dass einzig die Bibel Basis für das Kirchenrecht sein sollte. (Seite 22)

Rousseau, Jean-Jacques: französischer Philosoph und Schriftsteller (1712–1778), forderte gleiche Rechte für alle Bürger. Nach seiner Theorie ist der Staat eine politische Organisation, die auf einem Gesellschaftsvertrag beruht, den die selbstbestimmten Bürger kraft ihrer angeborenen Rechte auf Freiheit und Gleichheit eingegangen sind. Tugend ist für Rousseau die Übereinstimmung des individuellen Willens mit dem allgemeinen. (Seite 45)

Smith, Adam: schottischer Philosoph (1723–1790), gilt als Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre, befasste sich unter anderem mit den Themen Arbeitsteilung, Freier Markt und den Aufgaben des Staates. (Seite 22)

supranational: überstaatlich, die EU beispielsweise zählt zu den supranationalen Organisationen, bei der Entscheidungen nicht mehr auf nationaler Ebene gefällt werden. (Seite 32)

Turmbau zu Babel: Erzählung des Alten Testaments (Babel = hebr.: Geplapper). Beschrieben wird ein Volk aus dem Osten, welches eine Sprache spricht und das beschließt, eine Stadt mit einem Turm »mit einer Spitze bis zum Himmel« zu bauen. Gott befürchtet, dass ihnen »nichts mehr unerreichbar« erscheint, was sie sich auch vornehmen mögen, also dass das Volk größenwahnsinnig werden könnte. Daher »verwirrt« er ihre Sprache und vertreibt sie »über die ganze Erde«. Der Turm wird nicht fertiggestellt. (Seite 27)

UMTS: Universal Mobile Telecommunications System, Mobilfunk der dritten Generation mit hohen Datenübertragungsraten. Damit können Fotos, Landkarten etc. extrem rasch via Handys übertragen werden. (Seite 41)

unisono: einstimmig (Seite 43)

Uribe Vélez, Álvaro: kolumbianischer Politiker, geb. 1952, studierte Jura und Politik in Harvard und Oxford, gehörte anfangs der liberalen Partei an, bewarb sich 2002 erfolgreich als unabhängiger Kandidat für das Präsidentenamt – unter anderem wegen seiner strikten Law and Order-Politik, die beispielsweise militärisches Vorgehen gegen die Linksguerilla FARC vorsieht. (Seite 27)

1-Euro-Job: Bezeichnung für Jobs, von denen der Arbeitnehmer mehr schlecht als recht leben kann und die zum Teil illegal sind, in der Regel außerdem unzureichende soziale Absicherung bieten. (Seite 17)



Remo Sacherer
Bernhard Schwarz
**Arbeitskräfteüber-
lassungsgesetz**
2. neu bearbeitete
Auflage 2006
ca. 436 Seiten, € 35,-

Arbeitskräfte- überlassungsgesetz

Die Stammfassung des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes wurde seit Erscheinen der ersten Auflage durch zahlreiche Novellen geändert, sodass eine Neuauflage der Kommentierung dringend geboten war. Hervorzuheben sind insbesondere die durch das „Zusammenwachsen“ Europas bedingte Neuregelung der grenzüberschreitenden Überlassung sowie Änderungen bei der Konzernüberlassung, beim Arbeitsschutz und der Behördenzuständigkeit.

Auch bei den für die Arbeitskräfteüberlassung maßgebenden Nebengesetzen gab es zahlreiche Änderungen. Wesentlich sind insbesondere die Novellen der Gewerbeordnung (GewO 1994) sowie des Arbeitsmarktförderungsgesetzes (AMFG). Zentrale Bedeutung kommt auch dem im Jahre 2002 in Kraft getretenen Kollektivvertrag für das Gewerbe der Arbeitskräfteüberlassung zu, der in seiner Wechselwirkung mit dem AÜG zahlreiche

Besonderheiten vorsieht und auch zur Lösung von Auslegungsschwierigkeiten des Gesetzes herangezogen werden kann.

Darüber hinaus war es notwendig, auch die Entwicklung der Arbeitskräfteüberlassung darzustellen. In kaum einem anderen Gebiet des Arbeitsrechts tritt nämlich die Polarisierung der Interessenslagen stärker zu Tage als bei dieser Form des flexiblen Personaleinsatzes. Um einen objektiven Zugang zum Thema zu finden, ist es daher hilfreich, die bewegte Geschichte der Arbeitskräfteüberlassung zu kennen.

GARANTIERT GUT INFORMIERT
www.oegbverlag.at

Bestellung:

per Fax: 01/534 44/136
per Mail: buchmedia@oegbverlag.at oder
im Web: www.oegbverlag.at

BESTELLSERVICE

In jeder Buchhandlung
oder direkt beim ...

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Buch-Media-Service
Wipplingerstraße 37, A-1010 Wien

Telefon: 01/534 44/132, Fax: 01/534 44/136
E-Mail: buchmedia@oegbverlag.at

Ja, ich bestelle ____ Exemplar/e von **Arbeitskräfteüberlassungsgesetz** à € 35,-

Name	
Firma/Institution	
PLZ	Ort
Anschrift	
Telefon, E-Mail	
Datum, Unterschrift	

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten.
Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der Besteller. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 2,50 Versandkosten. AW 7-8/06



Unsere Ausbildung. Österreichs Zukunft.

**10.000 Jugendliche werden
im Herbst keine Lehrstelle finden.**

**Der ÖGB fordert eine
Ausweitung des Auffangnetzes.**



Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse / Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl / Ort

Besten Dank

AW